Gesperrt



Stiftung
Wilhelm Carl v. Rothschild.

Geschenk
der
Freifrau Mathilde v. Rothschild
an die
Frankfurter Stadtbibliothek.
1901.



Geſchichte der Juden

in Franken

mit beſonderer Rückſicht auf die beiden Städte

Nürnberg und Fürth.

Auf Grund des vorhandenen gedruckten Materials,
der in den königl. Archiven zu Nürnberg und Bamberg befindlichen
Akten und Urkunden,
der Archivalien im Cultusgemeindebeſitz ꝛc. ꝛc.

herausgegeben

und bis auf die Neuzeit ergänzt

von

A. Kurländer.

Fürth.
Verlag von A. Kurländer.
1887.

STADTBIBLIOTHEK
FRANKFURT AM MAIN.

Geschichte der Juden

in Franken

mit besonderer Rücksicht auf die beiden Städte

Nürnberg und Fürth.

Auf Grund des vorhandenen gedruckten Materials,
der in den königl. Archiven zu Nürnberg und Bamberg befindlichen
Akten und Urkunden,
der Archivalien im Cultusgemeindebesitz 2c. 2c.

herausgegeben

und bis auf die Neuzeit ergänzt

von

A. Kurländer.

Fürth.
Verlag von A. Kurländer.
1887.

A[dolf] Kurländer

STADT-BIBLIOTHEK
FRANKFURT AM MAIN.

Vorwort.

Ueber die Geſchichte der Juden in Nürnberg und Fürth liegen aus früherer Zeit zwei Werke des Pfarrers A. Würfel vor, die unter den Titeln: „Hiſtoriſche Nachricht von der Judengemeinde in dem Hofmarkt Fürth (Frankfurt und Prag 1754)“ und „Hiſtoriſche Nachrichten von der Judengemeinde in Nürnberg (Nürnberg 1755)“ erſchienen. In Beiden, von den intoleranteſten Anſchauungen geleitet, verfehlte der Verfaſſer nicht, ſeinem religiöſen Eifer durch viele Entſtellungen von Thatſachen in geradezu ſtaunenerregender Weiſe Ausdruck zu geben.

Seit dieſer Zeit iſt nur ein Werk, dem hervorragende Bedeutung in Bezug auf die Fürther Geſchichte beizulegen und das auch von ausreichendem Quellenmaterial unterſtützt iſt, erſchienen. Es iſt dies „S. Hänle's Geſchichte der Juden im ehemaligen Fürſtenthum Ansbach“. Dieſes Werk zeichnet ſich durch ſeine Objektivität und Verläßlichkeit aus, und bietet dadurch dem weiteren Bearbeiter eine ſichere, wohlbegründete Unterlage.

Ganz anders verhielt es ſich mit Nürnberg. Hier mußte das geſammte Urkundenmaterial neu geſichtet werden, da eine angeſtellte Probe die totale Unzuverläſſigkeit des vorhandenen ergab, trotzdem ſolches bisher immer noch hochgeſchätzt und, abgeſehen von ſeiner intoleranten Tendenz, als ſichere Quelle betrachtet wurde.

Es war ſomit die Arbeit, ſoweit ſie Nürnberg betraf, anfänglich vorwiegend eine berichtigende, und erſt nach Erledigung dieſes Theiles konnte an die Erweiterung desſelben gegangen werden, die ſich hauptſächlich auf die meiſt noch unbenützten Akten und Urkunden des Nürnberger Kreis-Archivs ſtützte.

Eine Ergänzung der Fürther Geſchichte konnte außer einzelnen zerſtreuten Nachrichten aus dem Bamberger Kreis-Archiv

und dem Archiv der Fürther Cultusgemeinde gewonnen werden, wozu als neuer Theil die möglichst ausführlich dargestellte Handelsgeschichte beigefügt wurde, die, bisher noch nirgends im gleichen Umfang erwähnt, das verbindende Glied der Geschichte der Juden im ganzen Kreis und an beiden Orten abgibt.

Der Herausgeber hat die Mühe nicht gescheut, dies Alles zu einem Ganzen zusammen zu fassen, so daß dem geehrten Leser ein richtiges Bild über die politische und soziale Lage der Juden in Franken sich entfaltet, das Unduldsame des Pfarrers Würfel in Bezug auf Judengeschichte aber bestimmt markirt erscheint.

Hiermit sei noch Derjenigen dankend gedacht, welche in anerkennenswerthester Weise die Arbeit unterstützten, der Herren Dr. Josefthal, Lehrer Heinemann, Hugo Barbeck in Nürnberg, Dr. Feust (selig) in Fürth, und noch bemerkt, daß, um zu einer sichereren und schnelleren Ausgabe des Werkchens zu gelangen, der Herausgeber sich, einem Herzensbedürfniß folgend, die Aufgabe gestellt hat, einen Theil des Reinertrages dem Central-Comité für bedrängte Russische Glaubensgenossen in Memel zuzuwenden.

Der Verleger

A. Kurländer.

Fürth, im Juli 1887.

Register.

Geſchichte der Juden in Nürnberg. (I.) . . . . . Seite 1 bis 41.
Geſchichte der Juden in Fürth. . . . . „ 45 „ 94.
Geſchichte der Juden in Nürnberg. (II.) Neuzeit . . „ 97 „ 100.

Beilagen:

I. „Die Verbeſſerung des ſittlichen Zuſtandes der Judenſchaft in Franken betreffend. 1792." . . „ 103 „ 105.
II. Nachrichten zur Geſchichte des Judenzolls in Nürnberg. „ 106 „ 108.
III. Erwähnung der Urkunden, die wegen vorgeſchrittenen Drucks nicht mehr im Texte verwendet werden konnten. „ 109 „ 112.
IV. Das iſraelitiſche Waiſenhaus in Fürth. . . . „ 113 „ 114.

Bemerkung zu Seite 99 Zeile 7 v. o.: Dem folgte im Amte Herr Rabbiner Dr. Ziemlich, früherer Rabbinats-Subſtitut in München.

Nürnberg I.

Alle Nürnberger Chroniſten können ſich nicht über das Vorurtheil hinwegſetzen, die Geſchichte ihrer Stadt, über deren Erſtanfänge wir nun einmal keine Belege haben, möglichſt früh beginnen zu laſſen. Auch Würfel benützt eine alte Chronikformel zur Einleitung ſeines erſten Capitels: „Von der Stadt Nürnberg Freyheit Juden aufzunehmen," und beginnt, ſich auf Böhmer ſtützend, mit den charakteriſirenden Worten: „Unter denen heydniſchen Kayſern hatten die Juden viele und herrliche Freiheiten (ſoll wohl heißen Gleichberechtigung, in welchem Punkt allerdings hie und da Heiden ziemlich tolerant waren) genoſſen. Sobald aber das Römiſche Reich auf Chriſtliche Regenten gekommen, ſo wurden dieſe Vorzüge guten Theils beſchnitten. Dies ſchmerzte die Juden und wollten ſie das Regiment gern hinwieder auf heidniſche Regenten bringen. Sie erregten deswegen Verrätherey, Mord und Aufſtand. (?) Mit ſolch böſen Beginnen, haben ſie ſich der Chriſten Haß, heimlich zugezogen, welcher dann zu unterſchiedlichen Zeiten, in grauſamen Verfolgungen öffentlich ausgebrochen iſt. In ſolchen Verfolgungen ſuchten die Juden Schutz bey denen Römiſchen Kayſern; haben auch ſolchen gefunden. Weil dieſe Advocatia etwas ungewöhnliches war, ſo zahlten die Juden, an die Kayſere, Tributa personalia, und daher wurden ſie servi Camerae Imperialis specialis oder Servi Fiscalini genennet. Waren die Juden unter den Schutz der Römiſchen Kayſer einmal aufgenommen, ſo wurde ihre Aufnahm auch denen Kayſerlichen Reservatis zugezählet. Daher ſodann niemanden, ſonder Kayſerliche Vergünſtigung, die Juden aufzunehmen und zu ſchützen, zugeſtanden wurde." Dieſe Vergünſtigung genoß unter Andern auch Hartung von Egloffſtein zu Henfenfeld bei Hersbruck, verliehen 1418 durch Kaiſer Siegismund. Nachdem Henfenfeld durch Kauf an die Pfinzingiſche Familie kam, hat man ſich jedoch dieſer Freiheit nicht mehr bedient. Eine ſolche Freiheit war aber weiter gar nichts anders, als von den Betreffenden für einen mäßigen Schutz ziemlich unmäßige Steuer erheben zu dürfen.

Auch das 1427 von Burggraf Friedrich von Nürnberg verkaufte Wöhrd beſaß dieſes Recht, das allenthalben als ein profitables Geſchäft galt, weßwegen dasſelbe durch die goldene Bulle 1356 unter Karl IV. auf die Churfürſten, unter Karl V. auf alle unmittelbaren Stände übertragen wurde, und, bezeichnend genug, neben der Erlaubniß, Gold- und Silberbergwerke zu benützen, ſtand, jedenfalls auf Verlangen. Bevor dieſe Uebertragung auf alle unmittelbaren Stände geſchah, wozu auch die freien Reichsſtädte zählten, beſaß, urkundlich nachgewieſen, die Stadt Nürnberg dieſes Recht ſchon längere Zeit. Der nicht immer ſichere Rathsſchreiber Müller bezeichnet in ſeinen Annalen das Jahr 1298 als dasjenige, in welchem König Albrecht ſolches Recht der Stadt zuſprach, mit vollſtändiger Sicherheit iſt dies jedoch erſt aus einer Urkunde von 1310 unter Heinrich VII. zu erſehen; daß vor dieſem definitiv ertheilten Recht jedoch ſchon zahlreich Juden in Nürnberg vertreten waren, geht daraus hervor, daß Würfel bereits ein Stadt-Geſetz-Buch von 1290, mit vielen, die Juden erwähnenden Paragraphen citirt, und ſchon unter Konrad III. 1246 der Juden in Nürnberg Erwähnung gethan wird. Die nach Würfel „glorwürdigen“ Kaiſer beſtätigten mehrmals dieſes Recht, ertheilten überdies ſogenannte „Privilegia,“ welche allerdings ganz richtig der Stadt „favorabilia“ waren, die Juden aber unter die „odiosa“ zählen mußten. Ein ſolches Privilegium Heinrich VII. von 1310 befiehlt den Juden in Nürnberg, ihr Vieh an den chriſtlichen Fleiſchbänken nicht mehr, ſondern in abgeſonderten Räumen zu verkaufen, ferner von den Bürgern und Inſaſſen, von einem Pfund Heller die Woche über, nicht mehr als 2, vom Ausländer nicht mehr als 3 Heller Zins zu nehmen. Ein Pfund Heller war gleich einem Gulden, ſank jedoch nach 1370 raſch im Werth, indem der Gulden 1373 bereits 2 Pfund 12 Schillinge galt; 1503 galt der Gulden, der ſtets Goldmünze war, 8 Pfund 12 Pfennige, ſo war das Silber im Werth gegenüber dem Golde geſunken.

Da den Juden ein Gewerbe zu treiben nicht geſtattet war, ſahen ſich dieſelben auf den Handel angewieſen und zwar meiſt auf Geldgeſchäfte, welch letztere den Chriſten nach canoniſchem Rechte allgemein verboten waren. Von 1378 — 82 kommt in einem Stadt-Gerichts-Manuale vorzüglich „Jacob Rapp der Jud“ als Geldverleiher vor, von 1380 — 87 „Gutta Rappin.“ 1364 kauft Rapp ein Haus im Taſchenthal (bei der Judengaſſe). 1368 verkauft derſelbe ein Haus bei der Judenſchule. 1371 erhält derſelbe eine Bauerlaubniß, nachdem er 1370 ebenfalls ein Haus erworben. 1410 wird ſeine Wittwe Jutta (die obige) Un-

gehorsams halber, in die Acht erklärt. Jacob Rapp legte öfters ganze Steuern für seine Glaubensgenossen vorläufig aus, so z. B. 1376 2000 Gulden, welche die Juden als Beisteuer zu einer dem Burggrafen anheimfallenden Entschädigungssumme, für eine Burgmauer zu zahlen hatten; 1381 zahlte er 2400 Gulden, wofür er 8 Jahre steuerfrei wurde.

Weiterhin wurde verboten, an den Vormittagen der christlichen Festtage den Juden Fische zu verkaufen. Im Jahre 1313 gebot der Kaiser dem Schultheißen zu Nürnberg, die Juden zu schirmen und vor unbilliger Gewalt zu schützen. Ludwig der Bayer erlaubte ferner dem Rath, aus besonderen Gnaden und Gunsten, im Jahre 1315, die Kellereingänge (sogenannte Kellerhälse), Kammern und Lauben vor den Judenhäusern, soweit sie die Straße eng machten, abzubrechen und neue derartige Bauten zu verbieten. Sieben Jahre später versetzte der Kaiser die Juden, seine Kammerknechte, förmlich an Burggraf Friedrich IV., welch' letzterer sich seiner neuen Unterthanen übrigens, wie es den Anschein hat, etwas annahm. Einen neuen Befehl zur Beschützung der Juden ertheilte derselbe 1333. Im Jahre 1344 verspricht derselbe, nicht mehr Beihülfe zu thun, daß Christenhäuser durch Kauf in jüdische Hände gerathen.

Ein eigenthümliches Recht erwarb Nürnberg 1347 von Karl IV., indem derselbe, in Ansehung des Schadens im Reichswalde, 200 Pfund Heller, der Judensteuer entnommen, alljährlich der Stadt anweisen ließ, wovon die Kosten bestritten wurden, falls er in Nürnberg anwesend sei und aus dem Reichswald die Stadt ihn „behulzen sull," das heißt das nöthige Holz liefern mußte. War dies nun eigenthümlich, so war ein weiteres Privilegium von 1349 tief einschneidend in das Vermögen der Juden. Da nach kaiserlicher Meinung Nürnberg an dem Gebrechen litt, keinen großen Platz, auf welchem ohne Gedränge Einkauf und Verkauf vor sich gehen könnte, zu besitzen, erlaubt König Karl, alle früheren Rechte annullirend, die Judenhäuser zwischen Franz Haller's und Fritz Behaim's Behausung behufs Herstellung zweier Märkte abzubrechen und an Stätte der Judenschule eine Kirche zu St. Marien zu bauen. Schulden waren ehemals mit der kaiserlichen Würde nicht nur vereinbar, sondern meist auch vereint, und Karl IV. hatte jedenfalls unter andern auch seine getreue Stadt Nürnberg damit gnädig bedacht, denn 1352 versichert er dem Rath zu Nürnberg, daß er den jährlichen Zins und Nutzen, der ihm von den Juden zu Nürnberg zufalle, Niemandem verschreiben oder verpfänden wolle. Damit konnte absolut nichts anderes gemeint sein, als eventuell Deckung für gemachte Schulden zu bieten. Ferner übertrug er 1360

dem Rath, die Juden 15 Jahre lang zu ſchützen, mit dem Bemerken, daß ein Drittel der Judengefälle dem Rathe zufallen ſollte. Auch erlaubte er 1371, alle Gefälle einzuziehen, gegen 400 Gulden jährliche Entſchädigung an ſeine Kammer. Kaiſer Wenzel bot 1390 dem Rath zu Nürnberg, betreffs der Juden, folgende Freiheiten: Erſtens, noch mehrere Juden in Schutz nehmen zu dürfen; dann die daraus reſultirenden Einkommen zur Hälfte zu behalten; ferner wurden die 400 Gulden, die der Rath für den Judenaufenthalt an den Kaiſer bezahlte, erlaſſen, dagegen mußte jede majorenne jüdiſche Perſon jährlich einen Gulden „Opfer-Pfenning" bezahlen; endlich durfte das geſammte Eigenthum der Juden Niemandem verſchrieben werden, und ſo ein jüdiſcher Einwohner aus der Stadt zog oder ſonſt abging, konnte deſſen Habe binnen Jahresfriſt verkauft werden, von welchem Erlös die eine Hälfte an die Königliche Kammer, die andere Hälfte an die Stadt fiel. In demſelben Jahre verordnete derſelbe Kaiſer um den Betrag von 40,000 Gulden, wovon Nürnberg allein 4000 Gulden zahlte, daß, wer von den Städten den Juden etwas ſchuldig ſei, ſolches den Juden nicht zu bezahlen brauche, die Juden dagegen alle Pfänder und Verſchreibungen wieder herausgeben mußten. Zuwiderhandelnde wurden als Landesfriedensbrecher behandelt. (Und da wunderte man ſich noch, wenn einer auf die Obrigkeit ſchimpfte?) Uebrigens iſt die obige Geſammtſumme nicht bewieſen; nach Ulman Stromer waren mehr Fürſten, als Städte betheiligt, womit die Summe 50,000 Gulden überſtieg und jedenfalls die anderweit gemeldete Summe von 85,000 Gulden erreichte; da hievon, nach Stromer, der Herzog von Bayern, der Biſchof von Würzburg und der von Otting (Oettingen) je 15,000 Gulden zahlten, außerdem noch die Biſchöfe von Augsburg und Bamberg ꝛc. ꝛc. betheiligt waren, ſo konnten auf die Städte nicht 40,000 Gulden treffen; Würfel ſowohl, als ſeine citirte Quelle verwechſeln die Summe mit einer ſpäter zu erwähnenden vom Jahre 1385.

Ein weiteres Dokument von 1573 von Maximilian II., das die Handelſchaft und den Verkehr der Juden mit Nürnberg ſo ziemlich abſchnitt, gehört, obgleich es Würfel anführt, nicht hieher, da ſolches nur auswärtige Juden betraf, denn 1499 erfolgte die Ausweiſung der Juden aus Nürnberg und bedient ſich die Stadt vorläufig nicht mehr des Rechtes, (!) Juden aufzunehmen.

Damit ſchließt Würfel ſein erſtes Capitel, aus welchem zur Genüge hervorgeht, daß der Handel ſich in lucrativſter Weiſe in den Händen der Juden befand und deren rechtloſe

Stellung von großen und kleinen Gewalthabern sattsam benutzt wurde, deren Nutzen wesentlich zu beeinträchtigen.

Charakteristisch ist folgende Mittheilung: Gegen das Statut, das der päpstliche Legat, Cardinal Nikolaus, auf der Synode zu Bamberg im Jahre 1451 erließ, suchte sie Kaiser Friedrich III., auf Ansuchen des Rathes, zu schützen. Es wurde nämlich auf dieser Synode beschlossen, daß alle Juden, die in der Diöcese Bamberg, wozu auch Nürnberg gehörte, ihren Sitz haben, fortan keinen Wucher mehr treiben, sondern arbeiten und, zum Unterschied von Christleuten, gelbe Zeichen tragen sollten. Der Rath zu Nürnberg sah sich genöthigt, den Juden, wenn auch nur zum Schein, allen Geldhandel zu verbieten und das Tragen der gelben Zeichen zu gebieten. Für die Handels- und Gewerbsleute Nürnbergs, die zu ihren Geschäften Geld nöthig hatten und dasselbe besonders bei den Juden vorräthig fanden, war jene Maßregel sehr drückend. Der Rath bat beim Papst und bei dem Kaiser um Aufhebung derselben. An beide ordnete er eigene Gesandtschaften ab. In seinem Schreiben an den Papst schilderte er die großen Nachtheile, die die Durchführung einer solchen Maßregel für die Stadt und ihre Bürger nach sich ziehen müßte, und die jetzt schon nach so kurzer Zeit sich bereits fühlbar gemacht hätten. Besonders betonte er, daß, wenn die Aufhebung des Synodal-Beschlusses nicht erfolge, das Laster des Wuchers, das man bisher nur bei den Juden angetroffen, auch unter dem christlichen Volke einreißen werde. — In dem Schreiben an den Kaiser hob er hervor, daß die Jüdischheit der Stadt im letzten Kriege (1449 und 1450) „sehr und fast" verdorben sei, indem viele ihrer Schuldiger während des Krieges und der damals grassirenden Seuchen entweder gestorben, oder verdorben, oder von Armuth wegen aus der Stadt weggezogen seien. Durch das Wucherverbot des Cardinals aber seien die Juden von ihrer Nahrung gekommen und in Armuth verfallen. Ihr Vermögen sei nun gar klein geworden. Da auch der Papst das Wucherverbot aufrecht halten wolle, so sei großer Schrecken unter die Juden gefahren und ihr Verderben unvermeidlich. Der Kaiser verwendete sich während seines Aufenthaltes zu Rom persönlich bei dem Papste Nikolaus, und dieser versprach ihm mündlich und schriftlich, daß die Beschlüsse des Cardinals die Bürger und die Juden zu Nürnberg nicht beeinträchtigen sollten. Er erließ deßhalb auch eine Bulle, die im Sinne dieses Versprechens abgefaßt war und deren Beobachtung dem Rath durch den Bischof Anton von Bamberg im Jahre 1453 angelobt wurde. Der Wucher wurde sodann den Juden eine Zeit lang, immer nur für

eine bestimmte Anzahl Jahre, erlaubt. Dies geschah namentlich durch Kaiser Friedrich im Jahre 1464 und 1470, indem er ihnen den Wucher und ihre Freiheiten auf je 6 Jahre bestätigte.

Mit erwähntem Chronikformelton beginnt Würfels zweites Capitel, indem er aus Gundling citirt, daß bereits im Jahre 100, Regensburger Juden nach Nürnberg gekommen sein sollen. Begnügte sich Gundling mit dem Jahre 100, so geht der Nürnberger Geschichtschreiber Falckenstein noch weiter zurück und meldet, daß bereits im Jahre 46 ein Jude im Nordgau von dem heiligen Syto das Abendmahl empfing, „ohnfehlbar in der Absicht, solches zu schmähen." Diesen beiden vollständig der Phantasie angehörenden Vermuthungen schließen sich weitere Nachrichten an, welche an die Geduld des Papiers nicht minder große Anforderungen stellen und wörtlich lauten: „So viel ist gewieß, daß allbereit zu Kayser Heinrich des IVten Zeiten, die Juden, schon lange einen gesicherten Ansitz in Nürnberg gehabt haben. Denn, damit daß Sie Heinrich Vten, dem Sie heimlich angehangen sind, die Stadt, (welche dem alten Kayser treu verblieben), verrathen hatten, stifteten Sie sich, das erste, aber auch das schändlichste Andenken, von ihrem Aufenthalt in Nürnberg. Denn, durch die treulose Verrätherey der Juden, kam Nürnberg in die Hände des erzürnten Kayser Heinrich des fünften. Dieser hat Sie dem Volk Preiß gegeben, welches Sie geplündert, verbrennet und auf den Grund verwüstet. Auch die meisten Einwohner verjaget oder erwürget. Nachdem diese Stadt einige Jahre, in ihren Ruinen begraben gelegen, so haben diejenigen Juden, welche in den verwüsteten Gebäuden verblieben, nach dem Tod des K. Heinrichs, endlich auch andre Juden herbeygerufen. Mit Geld mochten Sie es bei dem K. Lothario II. erlangen, daß Sie die bisher oed gelegene Stadt wieder aufbauen durften. Es ist dahero dann geschehen, daß die Juden, als die ersten Wiederaufbauere der Stadt, die der unüberwundenen Reichs-Burg nahe gelegene beste Orte, zu ihren Sitz erwählet und sich daselbst sehr bequem angebauet, wo es heute der Salz und grüne Markt, hinter dem Rathhauß und am Zottenberg (jetzt Dötschmannsplatz und Umgebung), genennet wird."

In wie weit diese Nachrichten Werth verdienen, ist in den einleitenden Worten derselben angedeutet worden und man thut diesen Schreibseleien eigentlich durch die Erwähnung schon zu viel Ehre an. Richtig ist, daß die Juden die bezeichneten Wohnungen inne hatten, und (hier darf man sich auf Würfel verlassen), es liefen auf dem jetzigen Markt zwei Gassen, welche die vordern Judengassen benannt wurden. Zwischen Franz

Hallers Haus (ungefähr wo jetzt der ſchöne Brunnen) und Fritz Behaims Häuſern (die jetzigen Häuſer Nr. 6 und 8 am Hauptmarkt) waren die Wohnungen der Juden. Vor der Synagoge (jetzt Frauenkirche), zwiſchen den Häuſern des Konrad Groß (jetzt Plobenhof) und des Ulrich Stromair (jetzt Eiſenbach's Haus) waren vier Judenſitze. Hinter der Synagoge ſtand wieder eine Reihe Judenwohnungen. Oberhalb des Hauſes zum weißen Hund (der weiße Hund war am Obſtmarkt entweder das Haus Nr. 8 oder 12; zwiſchen dieſen beiden Häuſern, die beide an den Seitenwänden Fenſter haben, liegt ein niedriges Haus Nr. 10, das neueren Datums zu ſein ſcheint und die hier früher durchführende Gaſſe verbaute, welche bis auf dieſes Haus noch begehbar iſt) war der Eingang in die hintere Judengaſſe, welche neben dem Jakobsbruder (jetzt Tucherſtraße Nr. 6) wieder herausführte. Die Häuſer in der Capadocia, am weſtlichen Theil des Spitalplatzes, im Mehlgäßlein (jetzt Hans Sachſen-Gaſſe), am Zottenberg, das Kreßiſche Majorats-Haus (nunmehr Haus am Obſtmarkt), das Chriſtianiſche dortſelbſt, waren ebenfalls Judeneigenthum. Daß mit der Vermehrung der Gemeinde, die Wohnungen allmählig zu eng wurden, iſt ſelbſtverſtändlich, und ſuchte man weitere, in der Nähe gelegene Häuſer zu erwerben. So kauften ſie unter Mithülfe Kaiſer Ludwigs, der ſich aber, wie oben bemerkt, beim Rath entſchuldigte, Heinrich Holzſchuhers Haus am Salzmarkt (jetzt die Synagoge).

V. Stromer war derjenige, der 1350, nach Würfel, dem Kaiſer Karl IV. vorhielt, daß man nicht wüßte, ob Nürnberg eine Juden- oder Chriſtenſtadt ſei. Dieſe „vernünftige und zur rechten Zeit angebrachte Vorſtellung hatte bey Seiner Majeſtät eine geſegnete und beglückte Wirkung," denn, ebenfalls nach Würfel, erſchien bereits 1349, alſo ein Jahr vorher, die Dekretirung des Abbruchs der Judenhäuſer! Würfel, der für die Rede Stromers keinerlei Quelle angibt, ſcheint hier, wie frühere Schreiber, etwas untereinander gerathen zu ſein. Der Abbruch der Häuſer konnte übrigens erſt nach Verhandlungen mit dem Biſchof von Bamberg, dem Burggrafen und mit Arnold von Seckendorf, welche mehr oder minder dabei durch die erlöſchenden Steuerrechte intereſſirt waren, erfolgen, und zwar durch die Vermittlung des Augsburger Biſchofs Marquard, nach welcher die Stadt den oben Genannten 1600 Gulden zahlte. Einige Häuſer, die nicht im Weg lagen, durften ſtehen bleiben. Es fielen dieſer Verſchönerung übrigens auch einige Chriſtenhäuſer zum Opfer, wofür die Beſitzer mit Judenhäuſern entſchädigt wurden. Weiter verloren die Juden auch noch an dieſem Platz mehrere Häuſer durch Verkauf, da der nun ſchön

gewordene Platz einen Anziehungspunkt für die begüterten Chriſten bot, und ſchließlich noch deren ziemlich viele durch Schenkungen des Kaiſers an Ulman Stromer und deſſen Onkel Ulrich Stromer, ſowie an Friedrich Schopper, der die Judenhäuſer zwiſchen den jetzigen Hauptmarktnummern 19 und 16 erhielt, von wo aus ſpäter die Heiligthumsweiſungen ſtattfanden. Das ſind zwar die einzigen bekannten, jedenfalls aber nicht die einzig Beſchenkten. Den Vertriebenen wurde zum Anbau die große Brandſtätte im Taſchenthal, die ſogenannte alte Hofſtatt (jetzt Judengaſſe) angewieſen, die von einem aus dem Jahre 1340 herrührenden, in dem Eckhaus des Heugäßchens und Heumarkts ausgebrochenen Brande, der in zwei Tagen 400 Häuſer vernichtet haben ſoll, noch unangebaut lag. Eigenthümlicher Weiſe wird, allerdings unbewieſen, eines Brandes erwähnt, der 1365 bei einem Juden gegenüber dem Auguſtinerkloſter (jetzt Juſtizpalaſt) ausgebrochen ſein ſoll.

Um den Aufenthalt der Juden in den nun an Chriſten gekommenen Häuſern zu verwiſchen und dem Charakter des Platzes an der Marienkirche zu entſprechen, ſollen die neuen Beſitzer ihre Häuſer mit Heiligen, beſonders aber mit Madonnen, geſchmückt haben. Iſt auch der Anlaß nicht hiſtoriſch feſtzuſtellen, ſo verdient doch die Sache deshalb Beachtung, weil wirklich in dieſem ehemaligen Judenviertel die meiſten Häuſerecken ſolche Statuen hatten und heute noch ſind ſolche am Hauptmarkt (Eiſenbachs Haus, Obſtgaſſe Nr. 2), Obſtmarkt (nunmehrige Beſitzer Jean M. Bauer Nr. 16, Nuſſelt Nr. 1 und Groſch Nr. 22), am Fünferplatz (am gläſernen Himmel), Bindergaſſe Nr. 1 und am Rittner'ſchen Haus Nr. 2, am Dötſchmannsplatz (Nürnberger Anzeiger, Nr. 20), in der Tucherſtraße (Haus Nr. 13), in der Bindergaſſe (Haus Nr. 10 und 12), Spitalgaſſe Nr. 1, Burgſtraße Nr. 1, Dürerplatz Nr. 4, Winklerſtraße Nr. 3 und 24, ſowie auch an nahe gelegenen Häuſern zu ſehen.

Waren den Juden hiemit ziemlich kategoriſch ihre beſtimmten Wohnplätze angewieſen, ſo mußten dieſelben ſich überdies durch beſondere Kleidung überall kenntlich machen. Ein hoher rother Hut war das gewöhnliche Abzeichen, das ſpäter durch ganz flache Barets erſetzt werden durfte. Fremde Juden mußten überdies noch die Gugel, eine große auf den Rücken herabfallende Mütze tragen, die den Einheimiſchen bei Strafe von einem Pfund Heller unterſagt war. An den Kleidern bezeichnete bei Männern ein gelber Ring, bei Frauen eine blaue Schleiereinfaſſung die Abſtammung. (Verordnung von 1451; die gelben Ringe an den Kleidern

wurden 1458 auch den fremden Juden geboten). Der Bart durfte nicht lang getragen, sondern mußte alle vier Wochen etwas abgenommen werden. Im Jahre 1343 wurde dies letztere besonders befohlen. Außer diesen Vorschriften waren sie aber noch weiteren besonderen Gesetzen unterworfen. Ob dieselben deßhalb nothwendig waren, weil die Juden „manchmal ausschweifend und fürwitzig" lebten, bleibe dahingestellt. Diese Gesetze besagten folgendes:

Wenn Juden unter sich in Streit gerathen und Einer den Andern rauft oder schlägt, so soll der zuerst Schlagende zahlen zehn Pfund Heller. Uebertritt der Geschlagene die Nothwehr, so ist er gleiche Summe zu zahlen schuldig. Wer eines solchen Unfugs halber angezeigt wird und kann dessen Unwahrheit nicht beschwören, hat gleiche Strafe zu gewärtigen. Wer nicht im Besitze der Strafsumme ist, wird so lang der Stadt verwiesen, bis er solche erlegt. Die Klage ist ohne „misseton" anzubringen (d. i. der Wahrheit gemäß). Ausgenommen sind Raufereien von Kindern unter fünfzehn Jahren oder wenn ein Erwachsener ein Kind unter fünfzehn Jahren strafend schlägt. Gleiche Strafe wie oben gilt auch, wenn die Händel mit Christen oder fremden Juden stattfanden. (In letzterem Punkt weichen die verschiedenen Aufzeichnungen ab, indem eine derselben über die Bestrafung dieses Falles auf das Stadtrecht verweist, also kein besonderer, für die Juden geltender Paragraph da war).

Juden oder Jüdinnen, die bereits Bürgerrecht besaßen und die solches wieder aufgeben wollten, oder denen es wieder aufgesagt wurde, mußten dennoch in der Stadt bleiben und durften Niemand Anderm unterthan werden, außer sie erfüllten die darüber bestehenden Vorschriften. Die Nichtbefolgung zog eine Strafe von tausend Gulden, sowie Annullirung der Forderungen und der Habe nach sich. Die Steuer mußte übrigens auch noch für das folgende Jahr erlegt werden.

Außer mit Fleisch (Vieh) und Pferden zu handeln, ohne besondere Erlaubniß, kostete zehn Pfund Heller. Wein und Bier an Christen zu verschenken, noch Gewürze, die gewogen wurden, zu verkaufen, war verboten.

Wer Juden ohne Geleitsscheine beherbergte, zahlte für jede Person einen Gulden. Wer solche länger, als erlaubt war, beherbergte, erlitt für jeden Tag Ueberschreitung die gleiche Strafe. Eine Variante ist: Es soll Niemand fremde Juden länger halten, als vier („vier" ist später ausgestrichen und „ein" darüber gesetzt) Wochen. Es wäre denn, daß er ein Schüler sei, der hier lernen wolle „ungefährlich." Wer von

ſolchen Schülern etwa Geld um Zins leiht, ſoll verlieren den vierten Pfennig. Ein Jude konnte, ausgenommen ſeine Dienſtboten, keinen Chriſten beherbergen, bei einem Pfund Heller Strafe für jede Perſon. Spiele waren bei Jud und Chriſt verboten.

Auf Korn, Weizen, Gerſte, Haber ꝛc. Geld zu leihen, koſtete ein halbes Pfund Heller für jedes Simra. Desgleichen war ſolches verboten bei Armbrüſten, Aexten, Eimern ꝛc., die der Stadt Zeichen trugen, bei blutigen Gewändern, Meßgewändern, bei Kreuzen, Kelchen und Sachen, die durch irgend welche Umſtände als geſtohlen erkannt werden konnten; weiter werden noch Meßbücher, Chorkappen, Monſtranzen, überhaupt Alles, was zu Kirchen oder zu Klöſtern gehören konnte, namentlich erwähnt, Alles bei Strafe der Herausgabe ohne Entſchädigung. Daß der Verkauf oder die Verpfändung von kirchlichen Sachen von Seiten Geiſtlicher, namentlich Kloſtergeiſtlicher, als auch von Dieben ſehr im Schwunge war, erhellt daraus, daß ſich der Sachſenſpiegel ſogar in der Weiſe darüber ausſpricht, daß ein Jude, der Kelche, Meßbücher und Meßgewänder von Unbekannten als Pfand nimmt, dem Diebe gleich zu behandeln ſei.

Pfänder durften überhaupt nur bei heller Tageszeit angenommen werden. Es ſollte auch kein hieſiger Jude einem fremden Juden ſein Geld leihweiſe geben, bei Strafe des vierten Pfennigs, ausgenommen auswärts bezahlbare Nürnberger Wechſel, die hingegeben werden durften. Fremde Juden konnten nur auf Wechſel leihen.

Ein Schneider oder anderer Handwerker, der um Lohn arbeitete, konnte einen Gegenſtand, der nicht ſein war, nur um den darauf haftenden Lohn verſetzen und konnte um dieſen letzteren der Beſitzer jederzeit das Pfand auslöſen.

Die Juden durften auch keinen Laiſter, noch Laiſtpferd (d. i. Bürgen, der auf Geheiß des Darleihers ſo lange in des Schuldners Wohnung oder in einem beſtimmten Haus leben mußte, bis die Zahlungsverpflichtungen des Schuldners erledigt waren; daher kommen auch die in der Nürnbergiſchen Verordnung erwähnten Laiſt-Pferde, d. i. Bürg-Pferde, die zur Sicherheit des Darleihers an beſtimmten Plätzen eingeſtellt wurden) in ihrem Haus halten, bei zehn Pfund Heller Strafe. Desgleichen durfte kein Laiſter von den Juden in einem Chriſtenhaus gehalten werden, ausgenommen der betreffende Jude zahlte deſſen Zehrung. Bezüglich der Pfand- und Wucher-Geſchäfte wurden ſpäterhin in den gedruckten Reformationen (Geſetzbüchern) der Stadt, der Juden wegen, eigene Paragraphen eingeſetzt.

An Sonn- und Feiertagen war den Juden die Handelschaft untersagt. In der Charwoche hatten dieselben gebührlich still zu sein und durften keine „Unstümmigkeit“ machen, noch die Christen von ihren „Gaupen belugen,“ d. h. von ihren Gängen aus behorchen und besehen (was einer Milderung des canonischen Rechts gleichkommt, nach welchem die Juden am Charfreitag sich nur innerhalb ihrer geschlossenen Häuser aufhalten durften).

Ein vom Rathe eingesetzter Juden-Rath ordnete die Angelegenheiten innerhalb der Gemeinde. Auf die Bestimmung dieser Juden-Räthe einzuwirken, kostete 200 Pfund Heller; diejenigen, die sich auf der Juden Geheiß wählen ließen, mußten die Hälfte entrichten, außerdem jeden dadurch entstandenen Schaden decken.

Bezüglich der Zinsen wurde bestimmt, daß bei ausgeliehenem Geld unter 100 Gulden, die Woche ein neuer Heller vom Gulden erhoben werden könnte; bei Capitalien über 100 Gulden, von jedem Hundert zehn, für das ganze Jahr, bei Verlust der Zinsen und weiterer Strafe. Den Dienstboten der Juden war verboten „wuchers allhie zu pflegen.“

Weder Christ noch Jude durfte sich vom Kaiser einen Brief, d. i. Vergünstigung erwirken, die wider der Stadt Recht, Freiheit, Gesetz oder Gewohnheit war (ist aber oft geschehen), bei Strafe von hundert Pfund Heller.

Die Abschaffung der Kellerhälse ꝛc. wurde schon erwähnt. Das Uebertreten des Verbots des Neubaues kostete dreißig Pfund Heller jährlich, diejenigen, so daran arbeiteten, wurden der Stadt verwiesen.

Heiratheten Juden unter sich und hatten deren Väter beide das Bürgerrecht, so durften dieselben bei Strafe eines Guldens für jeden Tag, ohne besondere Erlaubniß nur vier Wochen in der Stadt bleiben. Hatten aber nicht beide Väter das Bürgerrecht, so war diese Frist unter gleichen Bedingungen auf zwei Wochen gekürzt. Aus den Jahren 1409 und 1431 werden Bestrafungen deswegen gemeldet; in letzterem Jahre betraf es viele Kinder, die sich bei ihren Eltern aufhielten.

Trödlern und Käuflern, Mägden und Knechten durfte auf kein Pfand mehr als ein Pfund Heller geliehen werden, es geschah denn mit ausdrücklicher Bestimmung des Besitzers. Die Uebertretung mußte mit kostenfreier Herausgabe und von jedem Pfund mit sechzig Heller gebüßt werden.

Uebermäßiger Wucher wurde mit zehn Pfund Heller geahndet. Verlor ein Jude das hinterlegte Pfand, so mußte der ganze Werth desselben ersetzt werden.

Wurde in einer Schuldſache ein Bürger Bürge für den Juden und wurde durch den Selbſtſchuldner (ſelbſcholn) von der Bürgſchaft erlöſt, ſo war dies dem Bürgen, wo derſelbe auch war, binnen 8 Tagen anzuzeigen, und mußten deſſen Verſchreibungen ſolchem zurückgegeben werden, bei Strafe von ſechzig Heller für jeden Tag

Kein Jude durfte einen Selbſtſchuldner in die Laiſtung thun (ſiehe oben) ohne ſpecielle Erlaubniß; die Uebertretung machte etwaige Bürgen aller Verpflichtungen ledig.

Ein Bürger konnte nur dann Bürge für einen Auswärtigen werden, wenn letzterer Kaufmann und Gaſt bei ihm war und die Summe zehn Pfund Heller nicht überſtieg, bei gleicher Summe Strafe.

War der Gaſt kein Kaufmann und geſchah das Bürgen ohne des Raths Erlaubniß, ſo koſtete dies den vierten Pfennig.

Daß Kaufmann für Kaufmann und der Wirth für einen Kaufmann, der bei ihm in Herberge lag, bürgte, war erlaubt.

Daß die Juden nicht mehr unter den Fleiſchbänken der Chriſten ſchlachten und verkaufen durften, wurde ſchon erwähnt; ebenſo war es verboten, denſelben Fleiſch abzukaufen und weiter zu verkaufen. Verfehlungen koſteten für jedes Rind ein Pfund, für Kalb oder Geis je ſechzig Heller.

Wer das von Juden gekaufte Fleiſch heimlich verkaufte, mit andern vermiſchte, einſalzte ꝛc., war gleicher Strafe ſchuldig und wurde ein Jahr der Stadt verwieſen. Ein von Auswärts herein kommendes Fleiſch, das von Juden geſchlagen wurde, wurde ebenfalls nur unter den Judenbänken verkauft. Der Einkauf des Viehes durfte bei einem Pfunde Heller Strafe, halb vom Käufer, halb vom Verkäufer zahlbar, nur auf dem Viehmarkte ſtattfinden. Die Fleiſchtaxe mußte eingehalten werden, die Gewichte mußten das amtliche Zeichen tragen.

Ein Kalb unter dem Alter von vier Wochen zu ſchlagen, war verboten. Ebenſo wurde um ſechzig Heller gerügt, wenn das Vieh auf der Straße getödtet, oder Blut auf dieſelbe gegoſſen wurde. Kaufen und Schlachten von Vieh nach Feierabend und an Feiertagen mußte unterbleiben.

Das Capitel vom Fleiſch bringt Würſel mit einer langen Anmerkung, in der es unter Anderm heißt: „Aus dem 1. Buch Moſe XXXII, 32 iſt bekannt, daß die Juden kein hinter Theil vom Fleiſch eſſen dürfen. (Der betreffende Bibel-Abſchnitt lautet: Daher eſſen die Kinder Iſraels keine Spannader auf dem Gelenke der Hüfte bis auf den heutigen Tag, darum, daß die Spannader an dem Gelenke der Hüfte Jakobs gerührt ward). Sie verkaufen ſolches darum denen Chriſten

gemeiniglich etwas wohlfeiler. Aber sie mißhandeln dafür dies Fleisch desto schändlicher. Sie speyen es an und ihre Söhne und Töchter müssen das Wasser darauf lassen. Wünschen noch dazu, daß die Christen den jähen Tod daran hinein schlucken mögen."

Wer den Juden Fische in's Haus trug oder vor ihrer Schule, statt auf dem Markte feil hielt, mußte sechzig Heller zahlen. An Fasttagen durften ihnen Vormittags Fische nicht verkauft werden (siehe oben); die Verkaufsstätte der Fischer war bei ihren Stecken auf dem Fischmarkt.

Daß Juden oder Jüdinnen in Christenbädern, oder Christen in Judenbädern badeten (womit die sogenannten Badstuben, welche die heute noch darnach genannten Bader ehedem halten mußten, gemeint sind), kostete für den übertretenden Juden ein Pfund, den Christen aber, und den Bader, der solches litt, sechzig Heller.

Gassen und Häuser hatten die Juden rein zu halten und durfte weder Kehricht noch Mist an die Brunnen gegossen werden. Wer einen Krug hat, soll den Unrath mit dem Regen abfließen lassen und wenn es lange nicht regnet, soll man es nächtlicher Weile austragen und ausschöpfen, damit es abrinne; alles bei sechzig Heller Strafe. Eier und lebendig Vieh durften die Juden, bei einem Pfund Heller-Buße, erst nach neun Uhr des Morgens kaufen. Kraut, Rüben, Obst, Knoblauch und Zwiebeln waren an eine bestimmte Verkaufszeit nicht gebunden.

Diese sämmtlichen Gesetzesparagraphen citirt Würfel aus einem älteren Stadt-Gesetzbuch wörtlich, bei bekannten Sachen Erläuterungen hinzusetzend, schwierige Stellen jedoch nicht beleuchtend. Da sich aber im Druck so viele, selbst sinnstörende Fehler eingeschlichen haben, und das citirte Original nicht zu erlangen war, wurde vorgezogen, dieselben in obiger Form zu geben (ergänzt mit anderen Aufzeichnungen), welche dem Sinne nach dem Original gleich kommt. Abweichende Paragraphen, die in zwei andern, im Nürnberger Archiv aufbewahrten Gesetzbüchern enthalten, wurden mit eingeschaltet. In peinlichen Fällen standen die Juden unter den allgemein geltenden Gesetzen und geriethen damit, wobei Vorurtheil keine kleine Rolle gespielt haben wird, öfters in Berührung. So wird (siehe auch Nachtrag) z. B. gemeldet:

A. 1363 ist Joseph, ein Jude von Nürnberg, außerhalb des Galgens (auch) beim Hängen noch confessionelle Unterschiede) gehängt worden.

1368. Jacob, Jud von Citadell, ſuchet Geleit, ſich etlicher Injurien halb zu verantworten. Ihm und ſeinen Conſorten ſagt die Stadt ſicher Geleit zu. So es ihm nicht geſtattet würde, bittet er die verliehenen 1000 fl. zurück, nebſt Zinſen. Er ſollte geſagt haben, die von Nürnberg halten ihre Briefe, Siegel und Treue nicht. Bezüglich dieſer Angelegenheit iſt aber 1468 das richtige Jahr; eine falſche Aufſchrift auf der betreffenden Urkunde hat Alle, die ſolche bisher benützten, irre geführt.

1377 wurde ein Jud außerhalb des Galgens gehängt.

1385 haben die Burger zu Nürnberg die reichen Juden auf die Burg des Reichs, die Armen aber in die Keller des Rathhauſes gefangen geſetzt. Die mußten ſich alle mit Geld (80,986 Gulden) loskaufen. Specielle Urſache dieſer Inhaftirung waren die Schulden; dasſelbe iſt übrigens zugleich auch in anderen Städten geſchehen, da ſolches ein förmlicher Beſchluß des ſchwäbiſchen Städtebundes war und auf einem kaiſerlichen Gnadenakt beruhte, der um den Preis von 40,000 fl. für die betreffenden Städte alle Judenſchulden herabſetzte. Die Einziehung des Reſtes übernahmen die Städte und behielten ihn. Dabei zugleich beſchloſſen die Städte gegenſeitig, keinen ihrer Juden aufzunehmen. Aus den Jahren 1383 und 1401 werden ähnliche Vorkommniſſe gemeldet. Die Achtserklärung gegen die Rappin hängt mit letzterem zuſammen.

1463 iſt ein Jude von Miſtweiler (?) an den äußeren Balken (man vergleiche den Fortſchritt gegen 1377) des Galgens gehängt worden. Man ſetzte ihm ein Häublein mit Pech auf den Kopf; er bezeigte ſich jedoch trotzig und ſang immer hebräiſche Pſalmen.

1467 wurden 18 Juden, welche vier Chriſten-Kinder ermordet, auf dem Judenbühl verbrannt (?).

1420 wurde Jude Strolein wegen Umgang mit Chriſtenfrauen auf ewig verbannt; desgleichen Jude Pürzel, der Urfehde ſchwören muß.

1430 werden die Juden Symon und Gottſchalk Pack von Neuenhaus verbannt und ſchwören Urfehde.

1436 ſollte ein Jude als Dieb proceſſirt werden. Durch Uebergang zum Chriſtenthum wurde dies durch den Pfarrer von Sebald eingeſtellt.

1440 wird der Schulklopfer der Juden wegen gefährlicher Alchemie in's Loch (Gefängniß unter dem Rathhaus) gelegt und durch die Stirn gebrannt (gebrandmarkt).

Als erwähnenswerth dürfte übrigens gelten, daß 1389 eine Frau, welche einen Juden ermorden wollte, lebendig begraben wurde.

Daß trotz mancher ſehr drückenden Beſtimmung die Judengemeinde ziemlich ſtark, auch die das Bürgerrecht beſitzenden und erwerbenden Juden zahlreich waren, geht aus einem Bürger-Buch von 1338 hervor, in welchem bereits 212 Juden als Bürger der Stadt aufgeführt werden und deren Herkunft theilweiſe Erwähnung gethan wird, wobei folgende Ortsnamen vorkommen: Wurzheim, Wetzlar, Bach, Wörth, Kornburg, Pretzfeld, Neuſtadt, Ebermannſtadt, Windsheim, Ansbach, Dorf (?), Windsbach, Roßſtall, Eger, Cadolzburg, Bayreuth, Straßburg, Amberg, Würzburg, Forchheim, Stein, Ulm, Schwabach, Scheßlitz, Coburg, Gräfenberg, Oettingen, Aurach, Cöln, Nördlingen und Herrieden. In weiteren Urkunden wird noch gefunden, daß in älteren Zeiten, außer von ſchon genannten Orten, noch von Bamberg, Freyſtadt, Rothenburg, Erfurt, Pappenheim, Külzheim, Allersbach, Weißenburg, Linz, Eichſtädt, Frankfurt, Stetbach (wohl Stöppach bei Hersbruck), Neuburg und Fulda Juden einwanderten. Namentlich wird Neuſtadt, Freyſtadt, Ansbach und Bayreuth oft erwähnt.

Bei Aufnahme als Bürger, die manchmal auf kaiſerlichen Befehl geſchah (1458 Smohel von Erlangen, 1487 Lein aus Volkenmarkt), legte ein Eid folgende Verpflichtungen auf:

„Es ſoll ein jeder Jude und auch Jüdin die Wittwe iſt, nebſt den ihnen Untergebenen bei ihrem Judeneid ſchwören, den Schöffen und Rath zu Nürnberg, dem ſie Treue verſprochen, ſolche auch zu halten und in keiner Weiſe wider die Stadt zu thun. Was ſie miteinander auszumachen haben, ſo ſollen ſie ſich an dem Chriſten-Recht nach dem Nürnberger Recht begnügen, wären es aber ſolche Sachen, die ihren jüdiſchen Glauben und ihr jüdiſches (Cultus-) Recht betreffen, ſo ſoll ſolches nach dem herrſchenden Judenrecht, hier zu Nürnberg vor dem Judenmeiſter oder vor den Juden, die der Rath dazu beſtimmt, zum Austrag kommen und ſonſt nirgendwo. Hat ein auswärtiger Juden-Gaſt mit einem jüdiſchen Bürger oder Bürgerin etwas rechtlich zu ordnen, der ſoll ſich gleichen Rechten unterwerfen. Wer dagegen handeln wollte, dem ſollte kein jüdiſcher Bürger irgend welchen Vorſchub leiſten.

Wird ein auswärtiger Jude in Folge des Rechtshandels verurtheilt, dem ſoll keinerlei Unterſtützung zukommen, ſondern ſolcher ſoll angehalten werden, daß er ſich dem Recht unterwerfe, bei Strafe von hundert Gulden.

Und ſo die Juden Bündniſſe (Verträge nach Auswärts) geſchloſſen, ſo ſollen ſie ſolche abthun und keine weiteren eingehen. Ohne Löſung darf kein hier angeſeſſener Jude einer anderen Obrigkeit ſich unterſtellen.“

Mit der Aufnahme war eine Receptionstaxe verbunden und zwei Bürger mußten als Bürgen für den Neuaufgenommenen haften. Bei Aufgabe des Bürgerrechts hatte der Betreffende eine Urkunde auszufertigen, in welcher er alle noch laufenden Rechtshändel in der Stadt durch seinen Anwalt zu ordnen versprechen mußte. Er durfte ferner kein Pfand mit aus der Stadt nehmen, sondern mußte die bei ihm hinterlegten Pfänder einem andern „bescheidenen" Juden übergeben. In der Stadt befindlicher Grundbesitz, sowie Hauseigenthum mußte binnen Jahresfrist an einen Bürger oder an eine Bürgerin verkauft werden; konnte solches nicht vollführt werden, so waren doch die darauf haftenden Steuern weiter zu bezahlen.

Den Juden David, der den Martin Löffelholz aus der Gefangenschaft entledigen half, nahm man 1457 als Erkenntlichkeit ohne Gebühren als Bürger auf.

Die Juden mußten, wie Eingangs erwähnt, an den Kaiser, ihren Beschirmer, bestimmte „Kron-Steuer" zahlen, was wohl auch regelmäßig geschah. Einer Ausnahme, eines gegen den Strom Schwimmenden wird übrigens in einem Urfehde-Buch (Urfehde hieß der Schwur, sich an Jemandem Unbills oder Strafe halber nicht zu rächen) erwähnt, in welchem es heißt:

„Jakob Jud von Citadell sunteret sich von all den Jueden zu Nürnberg, welche zur krönung unnsers Herrn Kayser friederich (Friedrich III.) zu verehren versprochen, kommt darumb auf zween Monaten ins gefängnüß v muß zohlen, tut dann Vrfet 1441." (Gleiches ist urkundlich 1453 geschehen und dürfte dies ein und derselbe Fall, die letzte Zahl die richtige sein.)

Ferner mußten dieselben gleich anderen Juden-Gemeinden am Oberstag (Epiphaniastag) und gegen Michaelis alljährlich einen Canonem (Lehensschilling) in des Kaisers Kammer zahlen, weil sie mit Leib und Gut dahin gehörten. Diese Steuer wurde der goldene Opferpfennig genannt und belief sich in Nürnberg auf drei- bis viertausend Gulden.

Außer diesen Steuern waren sie von kaiserlichen Auflagen befreit und Kaiser Siegismund verbriefte ihnen 1413, daß sie mit weiterer Steuer nicht belegt werden sollten. Diese Begnadigung wurde vom Kaiser 1421, 1428 und 1430 wiederholt (des Kaisers Brief und Wort scheint also nicht lange gehalten zu haben, auch Johannes Huß fiel trotz desselben Kaisers Frei-Brief), und von Friedrich III. 1462 bestätigt.

Kaiser Karl IV., der 1352 dem Rathe versicherte, daß er sein Einkommen von den Juden Niemandem verschreiben oder anweisen wolle, hatte sich auch im Jahre 1371 an sein Versprechen nicht mehr erinnern können und befahl dem Rath

von den Gefällen 1500 fl. an Berthold Haller, 2000 fl. an Paulus von Penzenſtain (nach einer Urkunde im Nürnberger Archiv 2500 fl. an Paulus von Jenzenſtein, wie es wohl richtiger ſein wird) und 300 fl. an Peter von Wartenberg und Cunz von Coltitz zu zahlen. Die von Coltitz übertrugen ihren Theil an Caſpar Schlick.

Kaiſer Wenzel erlaubte in den Jahren 1394, 1395 und 1396 Herrn Berthold Pfinzing 3000 fl. von der Judenſteuer zu Nürnberg, Rothenburg und Windsheim, für ſeine Beſtallung einzunehmen. Auch im Jahre 1399 quittirt dieſer den Empfang der halben Judenſteuer.

Mit Einwilligung des Churfürſten von Mainz, der als oberſter Schutz- und Schirmherr der Juden beſtätigt war, verpfändete Kaiſer Siegismund 1434 die Hälfte der Judenſteuer, auch 1429 an Sebald Pfinzing zu Nürnberg 500 fl. von den Juden zu Nürnberg und Wöhrd.

Im Jahre 1418 verſchreibt übrigens derſelbe Kaiſer bereits die Hälfte der zu Nürnberg fälligen Judenſteuer ſeinem Rath Wigul Schenk von Geyern, nachdem ſich 6 Jahre vorher die Juden um 12,000 fl. das kaiſerliche Wohlwollen geſichert hatten, und dafür folgende Freiheiten erhielten:

Niemand, weder er ſelbſt noch ſonſt Jemand, ſoll von ihnen, die gewöhnliche Judenſteuer ausgenommen, eine Bethe oder Steuer ohne ihren guten Willen nehmen oder heiſchen. — Niemand darf ihnen ihre Schuldner entrücken oder ledig ſagen und ähnliche Satzungen machen. — Nur vor den Gerichten der Städte und Orte, in welchen ſie ſitzen und die ihnen ohne Verzug Recht zu thun haben, kann man ſie belangen, und man ſoll ſie auch nicht laden vor des Reiches Hof- oder Landgericht. — Von ihren zollbaren Waaren ſoll man an Stätten, da Zölle ſind, die vom Reiche rühren, nicht mehr Zoll nehmen, als von Waaren der Chriſten; von ihrem Leib aber ſollen ſie gar keinen Zoll geben. — Geleite dürfen ihnen nicht aufgedrungen und nicht mehr dafür verlangt werden, als bei Chriſten. — Werden ſie in Kriegen zwiſchen Herren und Städten gefangen, ſo ſollen ſie, als in die königliche Kammer gehörig, nicht für dieſelben Pfand ſein; ſelbſt der König und das Reich werden ſie, im Falle eines Angriffs, nicht als Pfand hingeben. — Die von ihnen an die Herrſchaften und Städte, bei welchen ſie ſitzen, jährlich abzureichenden Zinſen dürfen nicht gehöhert werden. — Bezüglich der Ausleihung ihres Geldes hat es beim alten Herkommen zu verbleiben. Niemand darf ihnen deshalb eine neue Satzung machen. — Reichsfürſten und Städte, welche die eingeſeſſenen Juden

zum Nachtheile der königlichen Kammer vertrieben haben, ſollen und mögen ſie wieder aufnehmen nach altem Herkommen. — Briefe, welche von ihm, dem Könige, Jemanden über einen oder mehrere Juden oder über ihre Habe gegeben worden wären, oder noch gegeben würden, ſollen kraftlos ſein, ausgenommen das, was ſie ihm von des Reiches wegen zu thun pflichtig ſind. — Judenkinder, die noch zu jung ſind, um zu wiſſen, was gut oder böſe, dürfen nicht mit Gewalt zu Chriſten gemacht werden. — Zur Handhabung und Schirmung dieſer Freiheiten, Rechte und Gnaden wolle er der Jüdiſchheit in allen Städten, Märkten und Orten, wo ſie es begehren, eigene Richter ſetzen, die nach des Reichs Hofgerichts Recht zu richten haben — ꝛc. Dagegen ſollen hinfüro alle und jegliche Juden und Jüdinnen, die ihr eigenes Gewerb oder Genießen haben, von aller ihrer fahrenden Habe, ihre Kleidungsſtücke, Leibeszierden und Hausgeräthe ausgenommen, bei Verluſt aller Freiheiten, Rechte und Gnaden, jährlich den zehnten Pfennig in die königliche Kammer entrichten, halb an St. Walpurgis und halb an St. Michels Tag. Die Kraft dieſes Briefes ſoll ſich erſtrecken von dato desſelben auf drei Jahre.

Auch 1416 ertheilte Siegismund Privilegien.

Friedrich III. verſchrieb die eine Hälfte an Caſpar Schlick, die andere Hälfte von 1463 bis 1472 an Heinrich von Pappenheim. Dem Mathias Schlick (wahrſcheinlich dem Rechtsnachfolger des Caſpar Schlick) hat der Rath 1480 zweitauſend Gulden Stadt-Währung jährlichen Einkommens an der Judenſteuer abgekauft.

Von der Steuer der Juden galten 200 fl. für Holzlieferung nach der Burg, bei kaiſerlichem Aufenthalt; ob dies aber alljährlich der Fall war, iſt nicht zu erweiſen. Auch die Betten hatten die Juden nach der Burg zu liefern, welche Obſervanz ſie 1485 unterlaſſen wollten, worauf der Rath zu Wiſſen gab: Wann Sie die Reichsburg nicht mit Bett-Gewand nothdürftig verſehen wollten, ſo würde der Rath die Betten kaufen und die Erſtattung der Koſten ſogleich von den Juden einfordern laſſen. Auch im Jahre 1471 kam der Kaiſer nach Nürnberg. Es war ein altes Herkommen, daß die Juden bei der jedesmaligen Ankunft eines Kaiſers, zur Einrichtung der Burg beitragen mußten. In genanntem Jahre nun, brachten oder liehen ſie auf die Burg 28 Strohſäcke, 31 Federbetten mit Polſtern, Kiſſen, Decken und Leilachen, die man in drei Kammern, je zwei Betten auf einander gelegt, vertheilte. Auch liehen ſie hinauf 3 Kettenhenkel von Eiſen, 2 neue kupferne Keſſel und 4 große Bratſpieße von

Eiſen. Sodann gaben ſie auf die Burg mehrere Stücke Leinwand, die des Kaiſers Küchenmeiſter zu Tiſchtüchern und Handzweheln verſchneiden ließ. In des Kaiſers grüne Kammer ließen ſie auch noch einen Vorhang machen.

Außer dieſer oft verkauften, verpfändeten, vom Kaiſer Wenzel halb an die Stadt geſchenkten Steuer, mußten die Juden, ſowohl Bürger als Schutzverwandte, alljährlich gegen Michaelis einen gewiſſen Betrag als Schutzgeld zahlen.

Unter den öffentlichen Gebäuden der Juden nahm die Synagoge die erſte Stelle ein. Dieſelbe ſtand vor Erlaſſung der berühmten Marktsurkunde, an Stelle der jetzigen Frauenkirche, nach einer fraglichen Abbildung, beſtehend aus zwei neben einander ſtehenden einſtöckigen Häuſern, deren eines jedenfalls Rabbinerwohnung war, umgeben mit Mauer und Thor. „Bei Einreißung derſelben fand man viele Gänge zur Synagoge, auch hin und wieder Gewölbe unter der Erden mit Waaren, die aber die boshaftigen Juden alle verſchütteten, als ſie ihre Gaſſen verlaſſen mußten.“ So berichtet wenigſtens der Nürnbergiſche Geſchichtsſchreiber Gundling in ſeiner „hiſtoriſchen Nachricht von Nürnberg,“ die ein wunderliches Gemengſel von unbeweisbaren Thatſachen bietet. Würfel meint noch dazu: „Ich glaube die Juden hätten gerne verſchmerzet, daß man ihnen ihre Synagog abgenommen hat, wenn man nur keine Chriſten-Kirche daraus gemacht hätte. Können ſie doch die Kirchengebäude kaum, ohne Uebeles zu wünſchen, anſehen, welche ihnen doch nichts ſchaden.“ Die neue Synagoge war nach einer Meinung im Hauſe Nr. 1105, es ſollen Löwen am Haus angemalt geweſen ſein, in der Judengaſſe, weil in dieſem Hauſe, über einem Gewölbe ein Stein-Aufſatz mit hebräiſcher Inſchrift war, von dem Chroniken ſagen:

„Der Judenſtain iſt geblieben,
die betrüger ſind vertrieben
aus dieſem Haus, das iſt wahr,
in 1400 und neun o neunzigſten Jahr.“

Dem ſteht nicht etwa entgegen, daß beſagtes Haus ſtets im Beſitze der Familie Tucher geweſen, was zwar von Würfel, Murr ꝛc. behauptet wird, aber urkundlich widerlegbar iſt, doch geht aus letzterem Umſtand auch die anderweitige Beſtimmung des Hauſes hervor. Es geht eine zweite Meinung dahin, daß ſich die Synagoge mit der jüdiſchen Hochſchule (Talmudſchule, Gymnaſium, Medroſchim) in einem Hauſe befunden habe, welches das Haus zur rothen Roſe, ehedem nicht

etwa dem berühmten Buchdrucker Anton Koburger gehörend, wie Würfel ſagt (Koburger hatte nur eine Hypothek darauf), jetzt Wunderburgergaſſe Nr. 6, wäre. In der Hofſtube des Hauſes ſoll die Canzlei geweſen ſein. „In der Canzleiſtube war ein Cabinet, an deſſen einem Bret ſtunde mit Rabbiniſcher Current-Schrift, daß in dieſer Rathsſtube einem Juden der Kopf iſt abgeſchlagen worden. Bey vorgenommenen Bau hat man dieſes Bret vor einigen Jahren abgebrochen und verbrennet. Es ſind auch noch etliche Bachöfen in den Kellern. Ein Gewölb wird die Schmelz genannt, dort ſoll nach gemeiner Tradition ein fürnehmer Rabbi, welchen ein Ochs erſtoßen, in Geſellſchaft verſcharret liegen," ſagt Würfel. Ein jüdiſches, nicht mehr beſtimmbares Cultusgebäude war das Haus im unteren Judenhof Nr. 12. Nach der Vertreibung wurde die Synagoge „mit Sampt Irem Dantzhaus" auf 350 fl. geſchätzt.

Die Talmudſchule befand ſich ehedem im Hauſe des Iſaak von Scheßlitz (Kreßiſches Majoratshaus) am Zottenberg, wovon der vorhandene Saal und die Tucken (Bäder) Zeugniß geben ſollen. Später ſoll dieſelbe, wie erwähnt, in das Haus zur rothen Roſe übergeſiedelt ſein. Bei großem Andrang ſollte 1406 eine zweite Schule errichtet werden, was aber der Rath bei zehn Gulden Strafe für jede Woche und Perſon verbot. Intereſſant iſt noch zu bemerken, daß auswärtige Juden mit Rathserlaubniß das Laubhüttenfeſt in Nürnberg feiern durften. Im Jahre 1451 wurde die Schule durch Wetterſchlag heimgeſucht.

Der Rabbiner war auch Vorſtand der Schule. Durchreiſende oder ſich zeitweiſe hier aufhaltende Lehrer gaben ebenfalls Unterricht. Rabbi Jakob Weil theilt mit, daß bei ſeinem Aufenthalt in Nürnberg der Mehari Molen (Rabbiner Jakob Levi) die Erlaubniß gegeben habe, für ſich eine hohe Schule zu führen (Vorleſungen zu halten), obgleich der Rabbi Salmann Kohen lang ſchon vor ihm da war. Mehari Weil erwähnt, daß die Rabbis Iſrael und Koppelmann in Nürnberg neben einander verträglich lehrten, welch' letzteres, wie es ſcheint, nicht immer der Fall war, denn unter Rabbi Koppelmann (ca. 1406) ſchreibt derſelbe einen längeren Brief nach Nürnberg, in welchem er eröffnet, daß er in Erfahrung gebracht, wie ſich dortige Lehrer befehden und daß die Gemeinde ſolches unterdrücken ſoll. Die Aufſchrift von dem betreffenden Briefe lautete: „Denen wahrhaftigen Leuten, welche dem Recht nachjagen, die da recht halten am Geſetz des Herrn und begierig ſind, ſeine Gebote zu beobachten. Die das Recht lieben und dagegen Unrecht und die Lügen verachten, dieſen

Leuten ſey Frieden, der heiligen Verſammlungen, welche ſind in Nürnberg und den dazu gehörigen Ortſchaften." Der Zwieſpalt wurde indeß dadurch nicht geſchlichtet, ſo daß vom Rath verordnet wurde, daß der neu hergekommene Meiſter (Rabbi) und der Koppelmann alle Tage in ihren Vorleſungen abwechſeln ſollen. Wer je einen hören will, der mag das thun, wer ſie aber beide hören will, der mag das auch thun.

Fremde Rabbis durften übrigens nach Herkommen in den Häuſern Unterricht geben.

Um obige Streitigkeiten vollends zu ſchlichten, ernannte der Rath, Gottſchalk Ganß mit zwei Männern aus der Judengemeinde zu Schiedsrichtern mit dem Bemerken, daß die Streitenden die Richtungen halten ſollen, die Gottſchalk Ganß und die dazu beſtimmten zwei Juden gemacht haben. Deren Beſcheid lautete, daß ſie ferner untereinander gute Freunde ſein ſollen und alles gegenſeitig und von Anderen angethane Unrecht verziehen ſein müſſe, auch andere keine Rache in ſtreitiger Sache in Ausführung zu bringen haben. Wie ſie wieder Freund werden ſollen, darin wollten ſie die drei Schiedsmänner unterweiſen.

Das Ausbrechen von Streitigkeiten deutet nicht nur auf eine durch die Zahl der Mitglieder geſtützte feſte Stellung (eine Zählung von 1338 erwähnt ſchon einer 2006 Seelen zählenden Gemeinde), — wo anders hätte man einen oder beide Widerſacher einfach ausgewieſen, — ſondern auch auf eine gewiſſe Berühmtheit der Schule hin, wo gegenüberſtehende Anſichten zum Austrag kommen konnten. Außer dem bereits genannten Weil zählte auch ein gewiſſer Margolet zu den Celebritäten, der auf das Talmudſtudium weſentlich einwirkenden Schule, von dem ſich ſelbſt Reuchlin Nachrichten, die Kabbala betreffend, erbat; deſſen Schüler Pollack wird als Hauptverbreiter der ſophiſtiſchen Talmudlehre bezeichnet, welches Syſtem als das der Nürnberger (ſiehe ſpäter) benannt wurde.

Mehari Weil gibt eine längere Beſchreibung von einem großen Gezänk, welches ſich zwiſchen Rabbi Simelin zu Ulm und drei anderen daſelbſt befindlichen Rabbinern, Seligmann, Laſen und Gerſon, erhob. Erſterer wollte die nach Nürnbergiſchen Muſter aufgeſtellten Ordnungen, die er aber doch unterzeichnet, nicht anerkennen und harte Worte müſſen gefallen ſein, bevor der Entſchluß gefaßt wurde, ſich mit ihm nach Nürnberg zu begeben und was dortſelbſt über Simelin ausgeſprochen würde, das müſſe er ſich gefallen laſſen.

Die jüdiſche Schule zu Nürnberg verurtheilte denn auch Simelin und trug denſelben öffentliche Buße auf. Rabbi

Weil ſchrieb dem Beſchuldigten unter Androhung des Bannes Art und Ordnung der Buße und Ausſöhnung vor und mußte derſelbe in Nürnberg und Conſtanz in der Synagoge, vom Migdal aus, zwiſchen den Gebeten Aſchre und Lamenazeach (Frühgebete) öffentlich ableſen: Höret mir doch zu Ihr meine Rabbiner, ich Simelin bin ein Verräther geweſen, ich habe gebrochen die Verordnungen, welche die Rabbiner gemacht und wobei ich mich ſelbſt unterſchrieben habe. Ich bitte Euch Alle um Verzeihung meiner Sünden.

Auch mit Rabbiner Mendel zu Rothenburg gab es Streit und iſt in einem Geſetzbuch deßhalb eingetragen: Es gebieten die Bürger vom Rath, daß fürbaß keiner unſrer Juden und Jüdin, keines ihrer Kinder oder Freunde nicht lernen ſollen laſſen von Meiſter Mendel dem Juden, geſeſſen zu Rotenburg, dieweil er mit uns nicht Fried. Und welcher unſer (Bürger) jetzo Kind oder Freunde bei ihm hat liegen, die von ihm lernen, die ſoll er in den nächſten vier wochen her heim gen Nürnberg heißen, bei Strafe von 100 Gulden für jedes Kind. Actum Ambrosii 1383. Selbſt bei Aufgabe des Bürgerrechts mußte eine Zeit lang die Gemeinſchaft mit Meiſter Mendel „von deſſelben Kriegs wegen“ aufgegeben werden, „wer aber von deſſelben Kriegs wegen hinausführe,“ der und ſeine Kinder ſollten nimmermehr „hie ſeßhaft“ werden.

Aus mehreren Notizen geht hervor, daß die Nürnbergiſchen jüdiſchen Gelehrten einen gewiſſen wiſſenſchaftlichen Ruf genoſſen. Ob derſelbe in ſich begründet war, oder ſich nach Würfel und Wagenſeil mehr in einer Wortverdrehungs- und Disputirkunſt, dem ſogenannten „Nürnbergern,“ ſich äußerte, gehört wohl, bei Mangel weiterer oder wenigſtens nicht bekannter Beiſpiele, zu den nicht zu entſcheidenden Thatſachen. Weitere die jüdiſche Schule berührende Nachrichten mögen hier noch Platz finden. Im Jahre 1381 verhandelte (teidingte) der Rath mit dem Juden Kaufmann von Bamberg, deſſen Sohn Heylmann und dem jungen Meiſter (Rabbiner, der Unterricht gab) um 150 Gulden jährlich. Letzterem gönnte er, Meiſter zu ſein, doch ſollte er nicht mehr als 12 Schüler haben, die nicht hier Bürger wären. Der damalige Sangmeiſter Jakob Meiſter Meir von Frankfurt, wurde 1383 vom Rath aufgenommen; man erlaubte ihm Meiſter zu ſein und Studenten zu halten. Iſak von Salzau war 1395 Lehrmeiſter, Michel von Weyl Sangmeiſter (Vorſänger) von 1396—1402. Ein Wolfel wird 1425 als „Vorſinger“ erwähnt. Iſak von Wörth zieht 1435 in die Stadt, erhält die Erlaubniß zur Unterrichtsertheilung, jedoch nur an Bürgerkinder. Von 1449—58

treffen wir David Sprintz als Rabbi, als Sangmeister 1461 Mosse.

Aus dem Jahre 1412 wird verzeichnet, daß ein „Copelmann, der Säcklin Sohn" für immer aus der Stadt gewiesen wird; es liegt hier die Vermuthung nicht fern, daß dieser mit dem oben erwähnten identisch ist. Bei Fällung des Urtheils war derselbe nicht mehr Bürger, denn 1408 zahlt die Secklin „für sich und koppelmann iren sun" Steuer, wobei letzterer schon sein Bürgerrecht aufgibt. Das erste Mal wird dieser mit „Weiß des Seckels sun vnd koppelmann sein Bruder" erwähnt 1396.

Alle Jahre nach Pfingsten ernannte die Stadt, die den Juden-Rath bildenden Personen, in welchem Collegium nur der Stadt-Rabbi permanent und zwar als Vorsitzender blieb. Diese Juden-Räthe mußten geloben, daß sie die zu verhandelnden Sachen so lange geheim halten, bis ein endgiltiger Beschluß gefaßt sei, der vor die Gemeinde zu bringen bestimmt war. Was einmal beschlossen sei, das sei auch Jeder bereit auszuführen. Nach Herkommen stellte der Juden-Rath auch die Steuer fest und verfügte über die Ausgaben, die jedoch nicht über zehn Gulden betragen durften, wenn sie nicht vorher der Gemeinde mitgetheilt waren.

Der Rabbiner war zugleich Richter und unterschrieb mit zwei sogenannten Barnossen (d. i. Beisitzern aus dem Rath, die monatlich wechselten) alle Urkunden. Zwei weitere Beisitzer besorgten die Cassageschäfte. Die Versammlungen waren in der Canzlei. Aus den späteren Gesetzen geht hervor, daß entweder die Thätigkeit dieses Juden-Raths nicht genau bestimmt war, und deswegen Mißhelligkeiten mit der Obrigkeit entstunden, oder solche manchmal eigenmächtig erweitert wurde. Eine solche Uebertretung kann möglicher Weise der von Würfel angeführte Kaufbrief sein, der in chaldäischer Currentschrift ausgestellt ist, was sicher nicht vor dem zuständigen Stadtgericht geschehen; doch kann dieser Brief auch die Uebersetzung einer legal gefertigten Urkunde sein. Ehe- und Erbsachen, Gemeindeangelegenheiten, gehörten vor den Juden-Rath; Geldsachen, Bürgschaften u. s. w. vor das Stadt- oder Landgericht. Der Juden-Rath hatte nebenbei noch zu sorgen, daß die Juden, den auch den Bürgern vorgeschriebenen Salzvorrath führten, und zwar 100 Scheiben, bei Strafe von sechzig Pfennigen für jede fehlende Scheibe. (Verordnung von 1417.) Bei nicht entscheidbaren Fällen mußte unter besonders vorgeschriebenen Formeln der Eid entscheiden, welcher in der Schule geleistet wurde und zwar mußte dabei der Schwörende nach Osten sehen und die rechte Hand bis

an das Gelenk in die „Fünf Bücher Mosis" legen. Der Wortlaut des Eides enthielt eine Anrufung Gottes und seiner Gebote, die er gegeben auf dem Berge Sinai, auf zwei steinernen Tafeln. Und so der Schwur falsch sei, soll den Meineidigen das Feuer heimsuchen, das Sodom und Gomorrha zerstörte, soll Gott, der Laub, Gras und alle Dinge geschaffen hat, in keinen Nöthen und auf kein Anrufen helfen und soll jeder Fluch, der an der Tarras (Thora) geschrieben steht, sich erfüllen. Der Eid der Juden wurde später in die Reformation (Gesetzbuch der Stadt) aufgenommen und lautete wörtlich in der ersten Ausgabe von 1484, jedenfalls nach dem 1478 gepflogenen Rathschlag der Gelehrten:

Form vnd ordnung des judenayds so gepraucht wirt zu Nurenberg.

So einem Juden ein ayd aufgelegt wirdet. so soll er zuuoran (zuvor) Ee er den ayd thut vorhannden vnd vor augen haben ein puch dar Innen die gepott gottes die dem Moscheh (Moses) auf dem perg synay von gott geschriben geben sein. vnd mag darauf den juden bereden vnn beschwern mit den nach volgenden worten.

Jude ich beschwere dich bey dem einigen lebentigen vnnd allmechtigen got. Schöpfer der himel vnnd des ertreichs. vnd aller ding. vnd bey seinen Torah vnnd gesetze. das er gab seinem knecht Moscheh auf dem perg synay. das du welleſt warlichen sagen vnnd ver Jehen (bekennen). ob ditz gegenwertig puch sey das puch. darauf ein Jude einem Christen oder einem Juden einen rechten gepürlichen Ayde thun vnd volfiern müge vnd sölle.

So dann der Jude auf sölliche beschwerung bekent vnnd sagt das es dasselb puch sey. So mag Ine der Crist. der den ayd von Im vordert. oder anseiner statt. der. der Im den ayd gibt. fürhalten vnn verlesen diese nachuolgende frag vnd vermanung. Nemlich

Jude Ich verkunde dir warhafftiklichen das wir Cristen anpetten den einigen allmechtigen vnn lebentigen got. der himel vnn erden vnn alle ding beschaffen hatt. vnn das wir ausserhalb des. keinen andern got haben Eren noch anpetten. das sag ich dir darumb vnn auß d vrsach. das du nit meineſt das du wereſt entschuldigt vor got eins valschen aydes in den dz (daß) du wenen vnn halten möchteſt. das wir Cristen eins vnrechten glawbens wern vnd frömbde götter anpetteten. das doch nit ist vnnd darumb seinddenmalnn das die Nesie. oder hauptleutte des volcks Israel schuldig geweſt sein zehalten das. so sie geschworn hetten den mennern von

Giffhon die doch dienten den frömbden göttern. Vil mer biſtu ſchuldig vns Criſten als den. die da anpetten ainen lebendigen vnd allmechtigen got. zeſchwern vnd zehalten. einen warhafftigen vnd vnbetrieglichen ayde.

Darumb Jude frage ich dich. ob du des glaubeſt das einer ſchendet vnn leſtert den allmechtigen gott In den ſo er ſchwert einen falſchen vnn vnwahrhaftigen ayde. ſo ſprech der Jud Ja.

Der Criſt.

Jud ich frage dich verrer. ob du auß wolbedachten mute. vnn one alle argeliſte vnn betrieglicheit den einen lebentigen vnd almechtigen got welleſt an rüffen zu einen zewgen der warhait. das du in diſer ſache. darumb dir ein aid auf gelegt iſt. kayn erlay vnwarhait. falſch oder betrieglicheit reden noch gepranchen welleſt In eynich (irgend einer) weiſe. So ſprech der Jud ja.

So das alles beſchehen iſt. ſo ſol d Jude ſein rechte hand bis an den knorren legen. In das vorgemelt puch. vnd nemlich auf die wort des geſetzs vnnd gepotts gottes. welche wort vnd gepott In hebraiſch lauttend alſo.

nicht. erheb. den namen. des herren. deines gottes
Lo ſiſſa etſchen adonay eloecha
vnnützlich. wan. (weil) nicht wirt vnſchuldig oder vngeſtraft laſſen.
laſchaff. ki lo ienaqqe
der her den der da. erhebt ſeinen namen. vnnutzlich.
adonay etaſcher iſſa etſcheno laſchaff.

Alßdann vnd darauf. vnn eedann (bevor) der Jude den ayde volfürt. ſol der Jude dem Criſten. dem er den ayde thun ſol. oder an ſeiner Stat dem der Im den ayde gibt. nachſprechen dieſe wort.

Adonay. ewiger allmechtiger got. ein herr vber alle Malachym. ein einiger got meiner väter. der du vns die heiligen Toraj gegeben haſt. Ich rüff dich vnn deinen heiligen namen adonay. vnn dein allmechtigkeit an. das du mir helffeſt beſtetten (beſtätigen) meinen Ayde den ich yetzo thun ſol. vnd wo ich vnrecht oder betrieglich ſchwern werde. ſo ſey ich berawpt aller gnaden des ewigen gottes. vnd mir werden aufgelegt alle die ſtraffe und flüche die gott den verfluchten Juden. aufgelegt hat. vnd meine ſeele vnnd leibe haben auch nymmer eynichen tail an der verſprechung. die vns got gethan hatt. vnnd ich ſolle auch nit tail haben an meſſias. noch an dem verſprochen ertrich des hailigen ſeligen landes.

Ich verſprich auch Unnd bezewg das Bey dem Ewigen gott Adonay das ich nit will begeren. Bitten oder aufnemen

eynich Erclerung. Außlegung. Abnemmung. Oder vergebung von keinen Juden noch anderm menſchen. wo ich mit diſſem meinen Aide. ſo ich yetzo thun wird eynichen menſchen betriegen Amen.

Darnach ſo ſchwer der Jude vnd
ſprech dem Criſten nach diſſen ayde.

Adonay ein ſchöpffer der himel vnd des ertreichs. vnn aller ding. auch mein vnd der menſchen die hie ſteend. Ich rüff dich an durch deinen heiligen namen. auf dieſe zeit zu der warheit.

Als vnd der N. mir zugeſprochen hatt. umb den oder den handel. So bin ich Im darumb oder daran gantz nicht ſchuldig oder pflichtig. vnd hab auch in diſem handel kainerlay falſchaitt oder vnwarhait geprauchet. ſonder wie es verlawt hatt. umb hauptſach ſchuld oder ſunſt was die ſach iſt. alſo iſt es war on alles geuerde (Gefährdung, Betrug). argeliſte vnd verporglichait. alſo pitt ich mir gott adonay zehelffen vnd zebeſtetten (zu beſtätigen) diſe warheit. Wo ich aber nit recht oder war hab an diſer ſachen ſonder eynich vnwarhait. falſch. oder betrieglichait dar Inne geprauchet. ſo ſey ich heram (gebannt) vnnd verflucht ewigklich. wo ich auch nit war vnd recht hab in der ſach. das mich dann vbergen und verzere das fewr das Sodoma und Gomorra vbergieng. vnd alle die flüche. die an der thora geſchriben ſteen. vnd das mir auch der war gott. der lawb vnd graß vnnd alle ding beſchaffen hatt. nymmer zu hylff noch zu ſtatten kome. In eynichen meinen ſachen oder nötten. wo ich aber war vnn recht hab. In diſer ſach alſo helff mir der war gott Adonay vnd nit anders."

Man ſieht, daß der Judeneid für beide Theile eine ziemlich umſtändliche Prozedur war.

Warum dieſer Eid ſowohl, als auch noch weitere Judengeſetzparagraphen, außer in den Reformationsausgaben von 1484, 1488 und 1499, auch noch in der Ausgabe von 1503 zu finden ſind, iſt erklärlich dadurch, daß in den zu Nürnberg gehörenden Städten ꝛc. vielleicht noch Juden waren. In der Ausgabe von 1522 finden ſich noch Judenparagraphen, doch fehlt der bisher ſtets angeführte Juden-Eid; in der Ausgabe von 1564 endlich, wird der Juden nicht mehr erwähnt.

Wo das alte Schlachthaus oder die Fleiſchbänke der Juden waren, iſt nicht zu beſtimmen. Das neue, nach der Vertreibung vom Markt, befand ſich in der Judengaſſe, neben dem Judenhöflein, im Hauſe zur weißen Krone (gegenüber der Wirthſchaft zum Hufeiſen S. 1107).

Ob es, wie Würfel angibt, ein Judenbad gab, iſt zweifelhaft. Wie die Chriſten ihre Badſtuben hatten, ſo werden

ſolche auch die Juden gehabt haben und davon iſt eine neben der Schule am Zottenberg, oder doch in der nächſten Nähe geweſen (ſtieß, wie aus Bauſtreitigkeiten hervorgeht, an das Haus S. 979), die noch der erſten Periode angehörte; ſpäterhin wird eine ſolche nebſt „Ducke“ (richtiger Tucke, von tauchen, baden) ebenfalls dem Hauſe zur weißen Krone zugeſchrieben. Würfel bemerkt zu dieſem Capitel:

„Obſchon die Juden alles, was Ihnen zur Abſchwämmung ihres Wuſtes erforderlich und dienlich war, in ihrem Bad gefunden, ſo blieben ſie doch nicht in ihrem eigenen, ſondern badeten gerne unter den Chriſten oder lockten Chriſten zu ſich in ihre Badſtube.“

Des bezüglichen Verbotes iſt bei den Geſetzen ſchon erwähnt worden. Es ſtützt ſich daſſelbe auf das canoniſche Recht. Bei dieſer Gelegenheit ſei mitgetheilt, daß mit dieſen Badſtuben die Geſchichte eines Rabbi Mardochai zuſammenhängt, der 1310, nach der einen Verſion, wegen der in Bädern getriebenen Ungebührlichkeit zum Tode verurtheilt, nach einer zweiten, nur des Landes verwieſen und endlich nach einer dritten, um der Religion willen umgekommen ſei.

Der jüdiſche Begräbnißplatz, der anfänglich außerhalb der Stadt war, bei der letzten Erweiterung (1350—1427) aber innerhalb der Mauern zu liegen kam, umfaßte Theile der äußeren Laufergaſſe, das Manghöflein (Manggaſſe), die Hitze (Wirthſchaft im Manghöflein, nach welcher ein größeres Areal bezeichnet wurde) und Theile der Beckſchlagergaſſen. Warum bis in das vorige Jahrhundert die jetzige Wunderburggaſſe „Judenkirchhof“ genannt wurde, iſt unbekannt. Ueber den Begräbnißplatz gibt Würfel noch folgende Notizen:

„In den großen Sterbens-Läufften 1367, 1407, 1437 wurden auch viele Juden aufgerieben. Und zwar ſind Sie ſo häufig dahin geſtorben, daß Sie in bemelten Jahren, Ihren Leichenhof jedesmalen um etwas erweitern mußten. Das erſtemal ſind Sie ſo weit hinausgefahren, daß Sie denen Chriſten die Wege und Eingänge in ihre daſelbſt habende Gärten verbaueten.

Als Ao. 1499 die Juden auf beſtendig aus Nürnberg vertrieben wurden, ſo hat man die Gebäude, welche auf dem Leichenhof ſtunden, abgebrannt. (Urkundlich iſt nachweisbar, daß ſie abgebrochen wurden.) Die leere Plätze wurden denen Chriſten verkauft, welche Sie in balden mit neuen Häuſern überbauet haben. Die Grabſtaine hat man zum Grund in in das neue Salzhauß (jetzt Mauth) das iſt die obere Waag am Frauen-Thor, und zu der gegen über liegenden Stein-Hütten gebrauchet. Was es für eine beträchtliche Anzahl

ſolcher Staine müſſe geweſen ſeyn, kan man daraus ſchlüſſen, weil die groſſe Waage, welche 279 Schuh lang und 65 Schuh breit iſt, ſamt dem alten Stainhauß, welches 106 Schuh lang iſt, auf lauter Judengrabſtainen im Grunde ruhen."

(Sicherer mündlicher Ueberlieferung verdanke ich die Nachricht, daß noch in der Mitte unſeres Jahrhunderts hinter der Mauer zwiſchen dem Königsthor und Marienthor zahlreiche jüdiſche Grabſteine abgelagert waren, die erſt nach und nach verſchwanden.)

„Wagenſeil in ſeiner Commentatio de Civitate Norimb. beklaget ſehr, daß von Privat- und öffentlichen Gebäuden nichts übrig geblieben, als die bloſſe Benennungen der Judengaſſen und des Juden-Höfleins, und nur ein kleiner und dazu zerbrochener Grabſtain. Allein es ſind doch noch mehrere Grabſteine conſerviret worden, welche wir, wo Sie noch in den Augenſchein können genommen werden, anzeigen wollen, und zugleich die Ueberſetzung dabey ſetzen werden.

Derjenige Stain, deſſen Wagenſeil am angeführten Ort gedenket, iſt bey dem Eintritt in den Sebalder Pfarrhof rechter Hand, zur Seiten, wo man nach des Kellers Stube gehet, etwas in der Höhe eingemauert, zu finden, und iſt dieſes davon zu ſehen und zu leſen (in hebräiſcher Schrift):

Dieſer Hauſe iſt ein Zeichen der Erbarn Gutlein, einer Tochter Tochter Rabbi Simſon, welche begraben worden, den 29ſten Tag des Monden Thebet, am Mondtag.

Von dieſem fragmento eines Jüdiſchen Grabſtaines häget Wagenſeil die Meynung als wenn Er als ein kleiner Stain bey Erbauung des Salz- oder Kornhauſes, nicht geachtet, darum von jemanden genommen und ein Loch damit zu vermachen, wäre nach dem Pfarrhof zu St. Sebald gebracht worden. Es ſagen aber die ſichern Nürnbergiſchen Chroniken, daß dieſer Stain lange Jahre nach Vertreibung der Juden, auf dem Juden-Kyrchhof iſt ausgegraben und ſodann hieher gebracht worden.

Müllner ſchreibt in ſeiner XVII. Relation: „Im Jahr Chriſti 1468, als man an der Mauer des Fiſchbachs in der Pfannenſchmidtgaß gebauet, hat man einen alten Juden-Grabſtain gefunden, mit eingehauener Ebräiſchen Schrift, welche zu erkennen gegeben, daß Elias, Salomon Judens Sohn geſtorben ſey, den 27. Tag Septembris, im Jahr, nach Erſchaffung der Welt, — — Daraus ſich findet, daß dieſer Stain geſetzet worden um das Jahr Chriſti 1130 (?) Dieſen Stain hat man ſeines Alters halben, zu einem Gedächtnüß

in den Zwinger hinter der Peunt, an das Vorwerk des Frauen-Thors eingemauret." So weit Müllner.

Alldort findet ſich dieſer Stain auch annoch im Thurn, etwann 2. Schuh hoch über der Erden eingemauret, weil Er aus einer weiſen ſehr milden Schaalen beſtehet, ſo iſt die Schrift von der Witterung beynahe ganz ausgeflöſet worden. Nur wenige Buchſtaben ſind daran kenntbar. Man kan alſo von dieſem Judenſtain heutiges Tages, weiters nichts beſtimmen, als daß Er 4. Schuh und 3. Zoll lang iſt, in die Breite aber auf 1. Schuh und 8 Zoll. lauft.

In der Pfannen-Schmidtgaß bey Johann Stör Rind-Mezgern, liegt im Hof auch ein Theil und zwar der rechte, von einem zerbrochenen Judengrabſtain, eingeſenket; Es ſind aber nicht mehr als folgende Worte leſerlich (in hebräiſcher Schrift):

Allhier (iſt am — Adar, den — tag in der Wochen) geſtorben Jungfer Gütla, eine Tochter —

Da dieſes Hauß, dem Alten Salz- und groſſen Waag-Hauß, nahe genug lieget, ſo läſſet ſich leicht erachten, daß ſolches Stück oder auch der ganze Stain liegend geblieben, und hernach von dem ehemaligen Beſitzer dieſes Hauſes, in ſeinen Nutzen mag verwendet worden ſeyn. Und wer weiß ob in dieſem Hauß ſelbſten, oder in den dort herum befindlichen Wohnungen, nicht noch mehr ſolche Jüdiſche Grabſtaine ſind verbauet worden, welche aber nur bis daher, denen Liebhabern des Alterthums verborgen geblieben.

Auf dem Weiſſenthurn, auf dem oberſten Boden, ſind gegen das Spittler-Thor zu, auch noch zween Grabſteine den langen Weg nach eingemauret. Davon muſte die Abſchrift mit vieler Mühe genommen werden (die überſetzt lautet:)

1) Dieſen Grabſtain hat geſtellet Simon zum Kopf ſeines Vatters Rabbi Jachia, welcher iſt ins Grab gekommen am XIten Tag Jjar — Im iahr da man zählt 5033 (1273) Jahr. Sein Seel ſoll eingebunden ſeyn in den Bund der Lebendigen, Amen, Sela.

2) Dieſer Grabſtein iſt geſtellet worden zum Kopf der Erbarn Jungfrau Rebecca. Der Tochter Rabbi Moſche des Leviten. Welche in ihre Ewigkeit eingegangen iſt am 6ten Tag des Mondten Adar — Im Jahr da man zählt 5068 (1308). Ihr Seele ſey eingebunden in den Bund der Lebendigen. Im Paradieſe, Amen, Amen Sela.

Auf dieſem weiſſen Thurn iſt ein gut Theil von der Mauer gegen das Teutſche Hauß und gegen das Spitler-Thor zu, von ſolchen Judengrabſteinen aufgeführet. Man

ſiehet noch in den härteſten und dazu ſehr zarten Steinen, ſonderlich, wo die Angeln von den groſſen Läden darinnen gehen, die Ebräiſchen Buchſtaben eingehauet. Wie dieſe Judenſteine auf dieſen Thurm gekommen ſind, kunnte nirgendswo finden. Müſte geſchehen ſeyn zu einer Zeit, da der Thurm gebeſſert worden, daß man der, öfters ad tempus exulirenden Juden, Grabſteine von dem Leichenhof abgehohlet, und als wohl zugerichtete Steine zu dem bußwürdigen Gebäuden angewendet.

In dem Alten Kreßiſchen Stiftungs-Hauß, als dem ehemaligen Jüdiſchen Gymnasio, ſind auch noch zween Jüdiſche Grabſteine conſerviret, anzutreffen. Der älteſte davon enthält folgende (überſetzte) Aufſchrift:

Jacob hat dieſes Grabmal aufgerichtet zum Haupt ſeiner Ehewirthin, der Erbarn Frau Schönel, einer Tochter Rabbi Samuels, die da zu ihrer Ewigkeit eingegangen. Dieſer Stein iſt geſtellet worden am 6ten Tag der Wochen, als mit dem Monat-Tag Schebhath. Im Jahr 55 (1295) der kleiner Zahl, ihre Seele ſey gebunden in den Bund der Lebendigen, Amen, Sela.

Als Herr Wilhelm Kreß Ao. 1617 einen Bau in dieſem Kreßiſchen Vorſchickungs-Hauß am Obſtmarkt vornehmen ließ, ſo iſt erſt angeführter Jüdiſcher Grabſtein, in dem Roßſtall gefunden worden. Man hat ſolchen hernach zur erſten Stufe, der Stiegen im Hof, verwendet. In dem Zuhauen dieſes Steines hat man allerley funkerende Sternlein und Bäumlein ſo darinnen gewachſen, von ſehr harter Materie gefunden; welche zum Gedächtnüß aufbehalten worden.

Der andere Juden-Grabſtein in dieſem Kreßiſchen Majorat-Hauß, fället gleich bey dem Eingang rechter Hand, an der Wand in die Augen. Dieſe ganze Aufſchrift iſt, überſetzt, dieſe:

Hier iſt verborgen worden die Erbar Jungfer Sara (ihr Gedächtnüß verbleib in guten Andenken) eine Tochter unſers Lehrers Rabbi Baruch, des Prieſters, am erſten Wochen-Tag den 13ten Kißlev, im 209ten Jahr (1448) Ihre Seele ſey gebunden in den Bund der Lebendigen."

Gegen dieſe Würfel'ſchen Angaben, theilweiſe nicht mehr nachweisbar, beſteht keinerlei Zweifel. Außer dieſen ſind vor Kurzem bei Abbruch des Gaſthauſes zum rothen Ochſen (vulgo Ochſenköpflein, Königsſtraße Nr. 41) aus dem daranſtoßenden Reſte der alten Stadtmauer, wiederum zwei daſelbſt eingemauert geweſene jüdiſche Grabſteine an das Tageslicht gekommen. Der eine von 1464 trägt die (hier überſetzte) Inſchrift:

„Dem Jokel. Diesen Stein, den ich gesetzt habe als ein Denkmal zu Häupten des greisen Mannes . . Rabbi Jacob, Sohn des Rabbi Abraham, beerdigt 8 Tage im Monat Schebath des Jahres 5 Tausend und 224 nach der Rechnung. Es sei seine Seele gebunden in den Bund des Lebens."

Der Stein, früher schon andern Zwecken dienend, zeigt auf seiner Rückseite die beiden Stadtwappen und die Jahrzahl 1499.

Die Inschrift des zweiten von 1477 lautet:

„Dieser Stein, den ich gesetzt als ein Denkmal zu Häupten der Frau Peß, Tochter des Rabbi Menachem, die beerdigt ward am 9. des Nisan am ersten (Wochen-) Tage des Jahres 237 nach der Rechnung. Es sei ihre Seele ꝛc. ꝛc."

Als Verboten kommender Ereignisse dürften die Ueberwachungen des Synagogenbesuchs gelten. Ein Fragment von 1489 lautet: „Verzeichniß der Juden so heut Sambstag vor Reminiscere In Ihrer Schule erfunden und beschrieben. Summa 75 Juden." Dabei werden der Judenkoch, 2 Schulklopfer, Judenbeck, Knechte, Gäste, Knaben aus dem Seelhaus, Buchbinder, Taxmeister, Vorsinger, Wasserträger und auch der Name „Mardocheo" erwähnt.

Im Jahre 1498, am 21. Juli, erließ Kaiser Maximilian von Freiburg i. B. aus, die berühmte Urkunde, die den Nürnbergern erlaubte, die Juden auszubieten. In derselben wird diese Maßregel begründet dadurch, daß die Juden ihre „anzahl merklich gemehrt und übergangen," viel Wucherhandel getrieben, wodurch viele von „ihren Nahrungen, häußlichen Ehren und Wohnungen gedrungen (gedrängt)" werden, daß sie ferner unlauteren Personen Vorschub und Aufenthalt gewährten, daraus Diebstahl u. s. w. folgte.

Häuser, Synagoge und andere liegende Gründe wurden dem Reichsschultheißen Wolfgang von Parßberg abzutreten befohlen. Am 5. Juli bereits erschien derselbe Befehl in verkleinerter Form an den Reichsschultheißen Wolfgang von Parßberg mit dem Bemerken, das liegende Vermögen einstweilen als kaiserliches Kammergut einzuziehen. Zwei Tage darauf wurde dem Rathe geboten, dem ꝛc. Parßberg dazu den nöthigen Beistand zu leisten. Vom 26. Juli existiren zwei kaiserliche Urkunden, deren eine den Verkauf der gesammten Judenhäuser um 8000 Gulden an die Stadt bescheinigt, und deren zweite dem Reichsschultheißen befiehlt, solche an die Stadt abzutreten.

24 Personen, darunter Veit Stoß, finden sich als Käufer der Judenhäuser namentlich aufgeführt; Wilibald Pirkheimer fungirte beim Verkauf als städtischer Vertreter mit.

6 Complexe mit Synagoge und Tanzhaus kaufte Peter Imhof um 1400 Gulden; Veit Stoß kaufte ein Haus des Maier Joels um 800 Gulden; dabei wird auch der Juden Schlachthaus und Backofen erwähnt. Eine Schätzung von 19 Häusern beträgt 4010 Gulden, der Verkaufspreis 4587; aus dem Leichhof wurden 956 Gulden gelöst. Mehrere wurden abgebrochen, darunter das um 80 Gulden verkaufte Seelhaus, und damit Gassen eröffnet; auch durch den Leichhof wurde eine Gasse gelegt.

Würfel setzt aus eigenem Antrieb zu dem letzten Grund der Austreibung noch hinzu, „weil Sie selbst Untreu wider Ayd beweisen," welche Worte in der von ihm citirten kaiserlichen Urkunde nicht enthalten sind. Briegleb druckt in seinem Schriftchen „Die Ausweisung der Juden von Nürnberg" dies sowohl nach, als auch die persönliche Meinung Würfels, die von Briegleb als historischer Bericht bezeichnet wird. Vielleicht auch, daß die betreffenden Worte aus einer der vollkommen werthlosen geschriebenen Chroniken stammen, in welchem Falle sie durchaus keinen höheren Werth beanspruchen können, oder im Original, das mir nicht erlangbar, enthalten sind. Sie lauten:

„Recht gut hatten es die in Nürnberg angesessene Juden. Sie wurden darum übermüthig und unbändig. Der übermäßige Wucher, welchen Sie getrieben, der unersättliche Geitz, dem Sie sich ergeben; die beständige und frevelhafte Religion-Verspottung und Verlästerung der Christen; die unruhige und widerspenstige Aufführung; die tägliche Vermehrung über die Zahl worauf Sie gefreyet waren machte endlich den Rath und Burgerschaft verdrüßlich, solche böse Gäste und saugende Blut-Egeln, zum Schaden der Commercien, länger bei sich zu beherbergen."

Mit dem Befehl zur Ausweisung war eine Vernichtung aller erlangten Begnadigungen, Privilegien und Freiheiten, und die Erlaubniß zur Errichtung von Wechselbanken von Seiten des Raths verbunden. Als Tag der Ausweisung wurde zunächst vom Rath der Tag Leonhardi (6. November) bestimmt und solches öffentlich bekannt gemacht, damit Diejenigen, welche Pfänder ꝛc. bei den Juden deponirt hatten, solche auslösen könnten. Auf demüthiges Bitten wurde dieser Termin zunächst bis Lichtmeß (2. Februar) 1499, dann noch einmal bis Mitfasten (Sonntag Lätare) verlängert.

Bei dem Auszuge mußten die Juden durch Bewaffnete gegen die Ausschreitungen des Pöbels geschützt werden.

Markgräfin Anna von Brandenburg wollte die Stadt Windsheim bewegen, die Vertriebenen aufzunehmen, jedoch ohne

Erfolg. In ihrem Wittwenſitz Neuſtadt a. A. ließ ſie jedoch Juden in Maſſe zu, denen erſt ihre Enkel Caſimir und Georg, nach ihrem Tode 1515, die neue Heimath wieder verſagten.

In Frankfurt fanden die meiſten, trotz geiſtlichen Gegenſpruchs des Pfarrers Dr. Conrad Henſel, eine bleibende Stätte; ein geringer Theil ſoll nach Prag gezogen ſein.

Am Mittwoch nach Quaſimodogeniti 1499 (1. Sonntag nach Oſtern) wurde, da immer noch einzelne Juden zurückkamen, den Stadtknechten befohlen, dieſelben, ſo ſie ſich über zwei oder drei Stunden ohne Geleit aufhalten, oder auch mit Geleit über Nacht aufhalten, mit ſammt ihren Waaren aufzuheben und in's Loch zu führen, nachdem ſchon 4 Tage vorher die Geleitsaustheilung beſchränkt wurde.

So war nun Nürnberg der Juden und achttauſend Gulden Kaufſumme ledig, beſaß dafür eine große Anzahl von Gebäulichkeiten von viel höherem Werth, deren Verkauf allmählig begann. Der Rath der Stadt, in manchen Jahren oft weit über den herrſchenden Zeitgeiſt erhaben, konnte ſich in dieſer Sache keiner höheren Einſicht rühmen, die ihn vor andern und mit andern Orten auszeichnen würde. Er ſtand ſittlich nicht höher und nicht tiefer als ſein Jahrhundert.

Von den Drangſalen früherer Judenverfolgungen blieben ſelbſtverſtändlich die zu Nürnberg wohnenden Juden nicht verſchont. Schon vom Jahre 1136 erwähnt Otto von Freiſing einer Judenverfolgung, in welcher ſolche, als des Reiches Kammerknechte, auf der Reichsburg zu Nürnberg Schutz fanden. Es geht daraus etwa keineswegs hervor, daß auch ſchon Juden am Platze waren; die ſich auf die Burg Flüchtenden ſind jedenfalls Fremde geweſen.

„Im Jahre 1180 ſind die meiſten Juden in Franken und Nürnberg erſchlagen worden", erwähnt ohne jede Quelle der vollkommen unſichere Gundling.

Ferner ſoll 1198, aus Anlaß der Ermordung dreier Knaben durch die Juden, ein Aufruhr gegen dieſelben entſtanden ſein, doch laſſen ſich weder für die That, noch für die Folgen die geringſten Beweiſe beibringen.

Gegen Ende des 13. Jahrhunderts wird wieder von vielen Judenverfolgungen Erwähnung gethan, deren Thatſächlichkeit erweisbar iſt. Als Grund wurde unter Anderem angegeben, daß die Juden die geweihten Hoſtien aus den Kirchen geſtohlen hätten, dann in ſogenannten Mörſern geſtoßen und geſpottet, daß ſolche kein Blut gegeben, obgleich dieſelben von den Chriſten für lebendig Fleiſch geachtet würden. Endlich aber ſei das Blut ſo häufig und ſtark gefloſſen, daß

ſolches nicht mehr verborgen werden konnte. Auch bei dieſem Sturm diente die kaiſerliche Burg als Zufluchtsſtätte. Die Verfolgung ging von umherziehenden Pöbelhaufen aus; dieſelben zogen damals auch zu dieſem Zweck nach Würzburg, woſelbſt die Bürger bereits die Judenhäuſer geplündert hatten. Da nun dieſe keine Luſt hatten, mit den neuen Verfolgern zu theilen, ſo zogen die Würzburger den Rotten entgegen und zerſprengten dieſelben im Kampfe bei Kleinochſenfurt.

Ganz ſichere Nachrichten haben wir aus den Verfolgungen unter Karl IV. (1347—1378), die jedoch nicht nur Juden allein, ſondern überhaupt Vermögende betrafen. — Vielleicht daß hier auch andere Anläſſe im Spiel waren, denn unter Anderen wurde 1347 ein gewiſſer Merkel auf ein Jahr der Stadt verwieſen, weil Juden in ſeiner Herberge Chriſtenweiber minneten. Das Urtheil iſt übrigens in dem betreffenden Achtbuch durchſtrichen, ſo daß wahrſcheinlich ſpäter die Haltloſigkeit der Anklage ſich erwies; daß die Sittlichkeit der damaligen Zeit übrigens ſehr wenig Lichtpunkte bietet, iſt aus allen gleichzeitigen Ueberlieferungen erſehbar.

Ulman Stromer, der bekannte und viel citirte Chroniſt, berichtet einfach über dieſe Verfolgung:

„Anno domini 1349 die juden hi waren geſeſſen zu mittelſt auf dem platz, gingen hewſer auf und ab, und da unſer frawen kapellen ſtet gin auch ain gaſſ auf und ab und hinter unſer frawen kirchen; und hetten auch hewſer am Zotenberg. Die juden burden verprant an ſant Niclos abent (5. Dezember) anno alz vor geſchriben ſtet."

Abgeſehen davon, daß die Beſtätigungen dieſer Nachricht ſehr unvollkommene Einzelheiten bieten, ſoweit dieſelben nicht völlig aus der Luft gegriffen ſind, bleibt zunächſt hervorzuheben, daß eine Vergewaltigung ſelbſt, nicht etwa zu der Zeit ſtattfand, da Aufruhr und Verwirrung in der Stadt herrſchte, ſondern eine Folge der Marktsurkunde war, ein Anhängſel zum kaiſerlichen Gnadenerguß, und welchen Verfolgungen entgegenzutreten man vielleicht nicht den feſten Willen, vielleicht nicht die Macht oder etwa beides nicht hatte. Die Meinung, daß die Judenverfolgung in Nürnberg lediglich eine Demonſtration gegen den Kaiſer, als gegen deſſen Kammerknechte gerichtet, hält in keinem Falle Stich. Vielmehr ſcheint es, daß die Juden den Aufruhr, oder beſſer geſagt den Kampf um Gleichſtellung der Zünfte und Patrizier, den alle Städte führten, unterſtützten und ſich mit Geldmitteln auf die Seite der Zünfte ſtellten. Darnach wären allenfallſige, aber unbewieſene Executionen an Juden, nicht etwa confeſſionellen, ſondern politiſchen

Motiven zuzuſchreiben, was um ſo ſicherer zu glauben iſt, da ſich der herrſchende Rath des guten Einkommens an Judenſteuer zu ſehr bewußt war.

In einer 1355 dem Kloſter Waldſaſſen, von Nürnberg aus geſandten kaiſerlichen Urkunde, ſpricht des Reiches Oberhaupt das Kloſter von allen Verpflichtungen gegen die Juden frei, welche durch Gottes Verhängniß zu Nürnberg, Eger und anderen Orten erſchlagen und verderbt worden ſeien, was wohl eine ſichere Beſtätigung obiger Thatſachen iſt. Der Umfang der Bewegung wird jedoch weit übertrieben und die Sage bezeichnet das heutige Maxfeld, früher Judenbühl (Bühl, Büchel iſt gleichbedeutend mit Hügel), als den Ort, auf welchem die Verbrennung ſtattfand, welche Bezeichnung übrigens auch in anderen Städten vorkommt.

Da urkundlich bereits 1347 die Unordnungen zwiſchen Stadtregiment und Aufrührern begannen, alſo die Beſitzenden zeitig gewarnt erſchienen, ſo iſt ein großer Theil der Betroffenen theils ſchon vorher geflüchtet, theils während der ſich entwickelnden Volkswuth entkommen und die nach drei Jahren wieder erfolgte Zurückkunft der Vertriebenen möchte als Beweis anzuſehen ſein, daß die Stadt nicht allzu feindſelig geſinnt war. Freilich bot ſie nicht unbedeutende Vortheile, da es anderwärts mit der Toleranz keineswegs beſſer beſtellt war.

Die Judenbeleidigungen, die ſich häufig ereigneten, können jedoch während der Wirren von 1347—49 dem Aufruhr-Rath nicht zur Laſt gelegt werden, ja derſelbe ſchritt ſogar gegen derartige Excedenten ernſthaft ein und erkannte in zwei Fällen auf Stadtverweiſung. Die am 28. Mai 1349 von Karl IV. dem Burggrafen ertheilte Vollmacht, von den abtrünnigen Nürnbergern, das den Juden zwangsweiſe abgenommene Geld und Gut (13,000 Pfund kaiſerliche Steuer) wieder zu nehmen, deutet mehr darauf hin, daß der Aufruhr-Rath, die dem Kaiſer zuſtändigen Judengefälle erhob, wogegen der Burggraf einſchreiten ſollte. Um die vom Aufruhrrath erhobenen 13,000 Pfund wurde ſpäter proceſſirt, bis der Kaiſer den Prozeß niederſchlug. Der Burggraf erhielt für die ihm verpfändete obige Summe das Recht, in ſeinem Burggrafthum die Juden „zu ſchatzen“ (beſteuern).

Durch die Geißelfahrten und durch die Peſt war übrigens reichlich Zündſtoff für die Pöbelwuth aufgehäuft und der Rath zu Nürnberg ſicherte ſich durch kaiſerliche Verſchreibung, vorausſehend, daß es bei Verlegung der Judenſitze ohne Gewaltſamkeiten nicht abgehen werde. — Faktiſchen Anlaß mag die Sage

von der Brunnenvergiftung gegeben haben. Gundling und Wagenſeil ſprechen ſich in dieſem Sinne poſitiv aus, dabei bemerkend: „Und auf ſolche Zeit fiengen die Burger zu Nürnberg erſtlich an, eigne Brunnen in ihren Häuſern zu bauen, dann Sie es zuvor nicht im Brauch hatten.“ Die Haltloſigkeit ſolcher Angaben, liegt auf platter Hand. Eine ſtändige Anklage bildete bekanntlich nebenbei der Wucher, und ſollen bei Grabung des Grundes für den ſchönen Brunnen, Gewölbe gefunden worden ſein, in denen die Juden Pfandſchaft verſchüttet hatten.

In der vom 2. Oktober 1349 von Karl IV. erlaſſenen Urkunde heißt es:

„Auch wollen wir, wanne die Juden unſere Camerknechte, itzund ſitzen in manigerlei Vehe (Vehde, Anfechtung) des gemeinen Volkes, und auch die Burger in der Stadt ihres Leibs und Guts, dieweil die Juden in der Stadt ſind, nicht ſicher ſind, ob das wär, daß an den Juden daſelbſt icht (etwas, Gegenſatz von nichts) geſchehe, alſo daß ſie beſchädiget würden, wider der Bürger von dem Rath Willen, daß ſie deß wider uns oder unſere Nachkommen an dem Reich nicht entgelten ſollen in keiner Weiſe.“

Aus dem Jahre 1371 exiſtirt noch eine beſondere Schutzurkunde des Kaiſers für die Juden auf die nächſten 20 Jahre.

Daß es nicht wie anderwärts auf eine Vernichtung, ſondern auf eine Vertreibung der Juden hinausging, erhellt aus der 1352 erfolgten Wiederaufnahme derſelben. Schon am 2. Mai 1352 — dieſes „ſchon“ hat für die damalige Zeit eine ziemliche Berechtigung — erſcheinen vor Rapot von Külsheim, Landrichter zu Nürnberg, Viſchlein des Maſten Sohn, Lemlein des Natans Sohn von Grefenberg und Jakob, des Liebertauts Eidam, die Juden, (entflohen geweſene) Bürger zu Nürnberg, und erklären, daß ſie ſich mit Willen und Gunſt König Karls für ſich und alle Juden, die Bürger werden, mit den Bürgern zu Nürnberg dahin verrichtet haben, daß ſie bei ihnen in der Stadt ſitzen ſollen, da wo ſie dieſelben Bürger heißen, mit der Bedingung, daß die Bürger und ihre Leute, aller eigenen Schulden oder Bürgſchaften, die ſie gegen die Juden haben, es ſei verbrieft oder unverbrieft, die auch den Juden von Erbtheil anfallen ſollten, gänzlich los und ledig ſein ſollen; auch verſprechen die Juden, wenn ſie die Häuſer der Bürger in ihre Hand bringen würden, ſie binnen Jahresfriſt zu verwechſeln oder zu verkaufen, und die Bürger ſollten dazu ihren guten Willen beweiſen; ſollte das aber nicht ge-

ſchehen, ſo ſollte der Verkauf nach dem Rathe Herrn Arnolds von Seckendorff von Oberzenn, des veſten Ritters, und zweier Bürger vom Rath zu Nürnberg vor ſich gehen. Auch ſollten die Juden nur da ſitzen, wo es die Bürger am beſten dünke und nirgends ſonſt. Ferner verſprachen ſie, ſich bei dem König zu bewerben, daß ſie von den Herren (Adel) unbeſchwert blieben an ihrer Steuer, damit ſie dem Reich deſto beſſer dienen könnten. Wenn ſie Briefe finden ſollten, die wider der Stadt zu Nürnberg Recht wären, ſo ſollten dieſe Briefe kein Recht und Macht mehr haben. Endlich ſollten dieſe Punkte von allen den Juden ſtät gehalten werden, die vorher in der Stadt geſeſſen wären und wieder in dieſelbe hinein wollten.

Geht nun aus dieſem Allen die Ausweiſung der Juden ganz deutlich hervor, ſo läßt ſich auch entnehmen, daß bereits mit dem Könige Verhandlungen über die Rückkehr derſelben angeknüpft waren, denen auch nach kurzer Friſt ein ausdrücklicher Erlaß folgte. Am 26. Mai desſelben Jahres befahl Karl dem Schultheißen, dem Rath und den Bürgern zu Nürnberg, daß ſie in ihre Stadt Juden empfangen mögen und ſollen dieſe von des Reichs wegen ſchirmen; er gelobt auch, allen Zins und Nutzen, der ihm von denſelben Juden gefallen möge, Niemand zu verſchreiben, noch zu verpfänden oder zu geben, ſondern bei ſeiner und des Reiches Kammer zu behalten, und wenn er auch irgend Briefe darum gegeben hätte oder geben würde, ſo ſollen dieſe ab ſein ohne Kraft.

Von dieſer Zeit an waren alſo die Juden wieder aufgenommen und ſäßig. Ihre alten Häuſer durften ſie jedoch nicht mehr beziehen, ſondern hatten ſich, wie bereits erwähnt, auf der großen Brandſtätte einzurichten, die noch jetzt Judengaſſe und Judenhöflein heißt, zu welch' erſterer auch die Wunderburggaſſe gehörte.

Damit endete dieſe Verfolgung. In gewiſſer Hinſicht dürfen auch die officiellen Bekehrungsverſuche zu den Verfolgungen gerechnet werden. So hat im Jahr 1454 Johannes Capiſtranus in Nürnberg gepredigt, wobei ſich die Juden einfinden mußten und von den Zuhörern genöthigt wurden, ihre Brettſpiele und Paſchtiſche in das Feuer zu werfen. Ferner predigte 1478 ein Prediger-Mönch Schwarz vor den Juden auf dem Spital-Kirchhof. Er ſuchte ſie aus ihren eigenen Schriften zur Ueberzeugung zu bringen, hat aber nicht viel ausgerichtet.

Als Ereigniß iſt noch zu erwähnen, daß 1458 der Schönbart auch durch die Judengaſſe lief. Nebſt üblichen

Geſchenken in Geld und Naturalien haben die Juden auch Roſenwaſſer geſpendet. „Das hat gar ſchön geſchmeckt, wie dann in nachfolgender Figur vor Augen gemalt iſt," bemerkt dazu ein Schönbartbuch.

In wie weit die Juden noch bis zu ihrer Wiederaufnahme mit der Geſchichte Nürnbergs verflochten ſind, ergibt ſich von ſelbſt; es ſorgten dafür faſt ausſchließlich Verbote und Urtheile gegen dieſelben, ſowie die meiſtentheils verunglückten Bekehrungen (während des Judenaufenthalts ſind 2 Bekehrungen bekannt, erſtens von 1381 ohne Namen, welcher Bekehrte nach der Taufe das Schloſſerhandwerk erlernte, ſpäter jedoch davonlief und am Galgen geſtorben ſein ſoll, und zweitens 1499, in welchem Jahre Rabbi Samuel zum Chriſtenthume übertrat und in letzterem Sinne publiciſtiſch thätig wurde).

Einige Fälle machen indeß Ausnahmen. Es war dies im Jahr 1529, in welchem der bekannte Prediger Oſiander bat, daß er den Judenſchulmeiſter von Schnaittach zu ſich nehmen dürfe, um von demſelben Hebräiſch zu lernen. Dann erhielten im Jahre 1537 einige Juden kaiſerliche Erlaubniß, vier oder fünf Tage in Nürnberg, Geſchäfte halber, weilen zu dürfen. Ein dritter Fall war 1628, mit welchem Jahre die Stadt wieder Juden in ihren Mauern ſah. Es waren nämlich zwei junge Juden Abraham und Leſar, deren Vater Jakob Baſſevi, als Herr von Dreyberg in den Herren- und Ritterſtand erhoben wurde. Sie ſelbſt, nebſt ihrer 20 Mann ſtarken Suite, erhielten Erlaubniß zum Eintritt in die Stadt, in der ſie 2 Tage verweilten. Außer dieſen Begebenheiten geht es faſt ausnahmslos nach obigem Schema, was von den Juden noch zu berichten wäre. Da von den Handelsverboten unter „Fürth" näher die Rede ſein wird, ſei hier nur der andern betreffenden Ereigniſſe Erwähnung gethan.

Ohne Jahresangabe: Daniel Roſeneron wird bekehrt.

Ca. 1525 verhandelt Prediger Oſiander mit dem Rathe über einen Juden, der Chriſt werden will.

1533 wurde ein Prager Jude, Namens Joachim, getauft.

1536 trat Paulus Stafelſteiner über, der dann in ſcharfer Weiſe gegen das Judenthum ſchrieb.

1537 iſt Anſchel von Ottenſoos gehängt worden, weil er geſtohlene Sachen verkaufte und mit den Dieben pactirte.

1556 hat ſich Paulus von Prag zum Chriſtenthum bekannt, ſeinen Schritt durch im Druck erſchienene Schriften näher beleuchtend.

1566 wird von Würzburg und Nürnberg gegen die Juden und Münzfälſcher gemeinſchaftlich vorgegangen. Nürn-

berg läßt ſeine Beſchwerden darüber durch ſeine Geſandten auch auf dem Augsburger Reichstag mittheilen, ohne jedoch viel auszurichten.

1581 wurde Michael Mayer getauft. Er hatte große Luſt zum Kriegsleben, „iſt aber bald wieder entloffen.“

1590 iſt Moſe von Ottenſoos, ein Dieb und Kundſchafter, außerhalb des Galgens gehängt worden.

1593 wurde ein zwei Jahre vorher in Würzburg getaufter Jude, Julius Conrad, mit dem Rade gerichtet. Er bezeigte ſich chriſtlich, nur (nur!) wollte er das Abendmahl nicht nehmen.

1611 bekehrte ſich Rabbi bar Zadock von Poſen. Er, der früher in Fürth Lehrer war, wurde ſpäter blind, zog nach Bamberg und wurde dort katholiſch, ſchrieb dann von Wien aus gegen Nürnberg und ſtarb im Elend.

1614 am 2. Dezember erließ der Rath von Nürnberg ein Gebot, die bei der Plünderung der Juden in Frankfurt betheiligt geweſenen etwa hieher kommenden Geſellen nicht zu beherbergen, ſondern anzuzeigen. In dieſem Jahre heirathete hier ein getaufter Jude, der ſich durch Unterricht im Hebräiſchen, theilweiſe mit ſtädtiſcher Beſoldung nährte.

1629 taufte man Chajim, bar David Schirmers, von Großlogau, Sohn, 18 Jahre alt, in der Lorenzkirche. Man wollte ihn der edlen Barbierkunſt widmen, derſelbe iſt aber baldigſt davon gelaufen, in Wien katholiſch geworden und ſpäter wegen Diebſtahls gehängt worden.

1659 erhielt Michael von Prag, aus Poſen, die Taufe. Zu ſeiner weiteren Ausbildung nach Altdorf auf die Univerſität geſandt, entlief er von dort nach Amberg, wurde dort katholiſch, lief auch hier wieder davon und — trat wieder zum Judenthum über. Näheres iſt im Druck erſchienen.

1661 wurden Moſes von Frankfurt und Jakob von Krakau in der Kapelle am Karthäuſer Kloſter getauft.

1668 wurde ein portugieſiſcher Jude Rabbi Levi de Pomis in der Auguſtinerkirche bekehrt. Derſelbe lehrte ſpäter an der Univerſität Altdorf Hebräiſch, hielt ſchöne chriſtliche Reden, ritt aber eines Tages mit einem geborgten Gaul und Mantel, ſeine Schulden zurücklaſſend, davon.

1676 wurde eine Judenfrau, Hünla, Rabbi Maiers von Mainz Eheweib, bekehrt. Auch deren drei Kinder wurden 1672—76 getauft. Die Frau heirathete 1679 einen Proſelyten, ließ ſich aber von ihrem erſten Ehemanne wieder entführen.

1694 trat Samuel Wiener von Berlin über. Er ſoll wegen ſtarken Judenandrangs zum Uebertritt, lange nicht zur Taufe zugelaſſen worden ſein (?).

Fürth.

Die Geſchichte der jetzigen Stadt Fürth tritt, vollſtändig verſchieden von der Nürnbergs, überall mit einer gewiſſen Beſtimmtheit auf. Freilich hatte Fürth nicht die Macht und das Anſehen der ſtolzen Nachbarin, und um den kleinen Hofmarkt woben ſich nicht die vielerlei Zuthaten von exiſtenzunfähigen Thatſachen, Märchen und Sagen, deren Annahme als Fundamente der Geſchichte, die Richtigſtellung derſelben, ganz beſonders der Nürnbergs, ſo überaus ſchwierig macht. Von Jugend auf mit den verklärenden, liebgewonnenen Ueberlieferungen bekannt, konnte ſich der Nürnberger davon nicht los machen, und nur wenige der alten Hiſtoriker vermochten es, in einzelnen Fällen Wahrheit und Verſtand gegen Sage und Gemüth aufkommen zu laſſen.

Man könnte leicht in Verſuchung kommen, der ſpäter zu hohem Anſehen gekommenen Judengemeinde in Fürth ein hohes Alter ihres Beſtehens zuzuſchreiben; es wäre dies ein gar nicht zu gewagter Schluß, wenngleich Beiſpiele von andern ebenfalls ſchnell emporgekommenen Genoſſenſchaften davor warnen. Noch näher liegt die, heute noch im Volke verbreitete Annahme, daß die aus Nürnberg Vertriebenen, ſich einfach in Fürth eine neue Stätte geſucht haben, eine Annahme, die ſchon deßhalb eine ganz weſentliche Berechtigung hätte, als ja auch ſonſt viele Juden im Ansbacher Gebiet wohnten.

Allein nirgends wird eine Andeutung gefunden, daß Juden vor dem Jahr 1528 zu Fürth geweſen waren. Nun betreffen zwar die erſten Erwähnungen die Aufnahme von ſolchen in Fürth und könnte noch der Einwand gemacht werden, daß vorher ſchon deren anſäſſig waren, aber die Unbeſtreitbarkeit des Fehlens einer gewiſſen Nachricht muß nothwendig überwiegen.

Auch ein Akt des Nürnberger Archivs, überſchrieben „Judenhandlunge von A. 1522 an bißhero zu Fürth und andern Orten" ergab kein anderes Reſultat.

Ein weiteres Zeichen für die frühere Nichtanweſenheit von Juden in Fürth iſt, daß Nürnberg 1527 Contract und

Wucher mit den Straßburger Juden verbot; es ist nicht denkbar, daß bei so naher Concurrenz überhaupt derlei Geschäfte mit Straßburgern gemacht worden wären. Anderntheils läßt aber dies Verbot die Vermuthung auftauchen, daß sich die aus Nürnberg Vertriebenen theilweise auch nach Straßburg wendeten; effektive Beweise jedoch dafür sind nicht aufzufinden.

Daß von den Vertriebenen manche in der Gegend, hauptsächlich in den Nürnberg feindlich gesinnten Territorien, blieben, ist sicher. Einer von diesen, dessen Vater Symelin 1498 noch in Nürnberg erwähnt wird, Namens Männel oder Mendel der Weinschenk, erhielt im Juni 1528 die Erlaubniß des Markgrafen, sich in Fürth niederzulassen. Ein zeitweiser Aufenthalt auf 6 Jahre wurde bereits am 17. April dem Juden Permann (Bärmann) bewilligt. Es ist möglich, daß Beide, Bärmann und Mendel, ein und dieselbe Person ist, indem Mendel als Vorname erscheinen könnte. Noch ein weiterer Jude, Uriel Wolf aus Schwabach, erhielt in diesem Jahre Schutz nach Fürth. Oben erwähnter Männel, früher in dem die Juden schützenden Schnaittach, welches nebst Ottensoos öfters als Zufluchtsort diente, dann in Bamberg sich aufhaltend, wurde nach Würfel, dessen Haß hier oft kostbare Blüthen treibt, lediglich durch Wucher nach Fürth getrieben, um den volkreichen Ort, dessen Bewohner „sehr nahrhaft," auszusaugen.

Sobald Nürnberg diese Begebenheiten erfuhr, daß so nahe an seinen Mauern eine Judenniederlassung im Entstehen war, protestirte der Rath in einem längeren Schreiben in Ansbach dagegen, dabei erwähnend, wie es hinlänglich bekannt sei, daß die Juden Schweiß und Blut des armen Mannes, den sie durch täglichen Wucher von ihm schinden, zur Ernährung haben, daß die Schnaittacher schon viel Geld aus Nürnberg geschunden haben und solches nun auch von Fürth aus zu befürchten sei. Man stellte ferner vor, wie die Zeitläufte es unmöglich machten zu verhindern, daß die Bewohner der Stadt, nach Fürth Hab und Gut versetzen, nannte die Juden ein unrichtiges Volk, auf deren Steuern man zum allgemeinen Besten (?) freiwillig verzichtet habe u. s. w.

Ob eine Antwort einlief, konnte ich nicht ermitteln, berücksichtigt wurde die Protestation nicht, obgleich spätere Relationen die Wiederausführung der Juden melden.

Die gleich hier zu erwähnende Eifersucht zwischen Nürnberg und Ansbach, zu der sich noch die Bambergs gesellte, zieht sich durch die ganze Fürther Geschichte, speciell auch die Juden stark berührend, indem es lediglich deßhalb möglich wurde, daß die Gemeinde in einer weitaus vor andern

begünſtigten Sonderſtellung blieb, die der Ansbacher Regierung ſtets Geld eintrug, und zur Freude derſelben, Nürnberg ärgerlich war.

Als 1538 hinter dem Ansbacher Geleitshauſe eine Wohnung für einen reichen Juden Namens Michel von Dornberg, von Männel erbaut wurde, nahm Nürnberg mit gleichem Reſultat Anſtand daran, ſchrieb in demſelben Betreff auch an Biſchoff Weigand nach Bamberg, ebenfalls ohne etwas zu erzielen. Der neue jüdiſche Bürger, der mit dem Kaiſer, dem Pfalzgraf bei Rhein, dem Herzog von Bayern und mit dem Landgrafen von Leuchtenberg in Geldverkehr ſtund, zahlte jährlich 400 Gulden Schutzgeld (nach Hänel 6 Pfund Unzgold), jeder von ſeinen zwei Handelsconſorten jährlich 100 Thaler. Außerdem mußte er 4 oder 5 Pferde ſtellen. Vorſtellungen von Nürnberg oder andere Umſtände, die ihren Werth geltend machten, verhinderten weitere zahlreichere Aufnahmen bis zum Jahr 1553, — nur 1540 und 1542 wird je eine erwähnt, — in welchem nunmehr der gelbe Streifen an der Kleidung die Abſtammung bezeichnete. Die von da an öfters vorkommenden Aufnahmen hängen mit der 1553 erfolgten Judenvertreibung aus Bayern innig zuſammen.

Im Jahre 1556 geſtattete die Domprobſtei Bamberg zum erſten Mal einem Juden aus Regensburg, Heimann, der eine namhafte Summe Geldes an Bamberg geliehen, ſich in Fürth anzuſiedeln. Dagegen beſchwerte ſich Ansbach durch ſeinen Geleitsmann, worüber man in Nürnberg ſehr vergnügt war und deßhalb den eigenen Proteſt unterließ. Bamberg ſetzte jedoch ſein gewinnbringendes Geſchäft fort und waren 1566 bereits 4 Familien unter domprobſteilicher und eine, unter der ſpäter wieder mehr Einfluß gewinnenden Ansbacher Obrigkeit, die zuſammen 70 Köpfe zählten. Gegen 1582 ſtieg deren Zahl auf 200, und conſolidirte ſich die Gemeinde immer mehr und mehr, indem in dieſen Jahren bereits ein eigener Leichenhof vermuthet wird, der für die unter Bamberg ſtehenden Gemeindeglieder das erſtemal 1607 vorkommt; ein Grabſtein trägt aber ſchon die Jahrzahl 1604. Die Ansbacher beſtatteten ihre Todten in Baiersdorf und erhielten zugleich von ihrer Regierung die Erlaubniß, auch ihrerſeits den Fürther Leichenhof gegen Abgabe von einem Gulden für jede geſtorbene erwachſene Perſon und von ½ Gulden für eine Kinderleiche benützen zu dürfen.

Von Ansbach 1552 und 1554 wiederholt zurückgewieſen, von Bamberg ebenfalls nicht beachtet, wandte ſich Nürnberg an den Kaiſer, und ſuchte geſtützt auf die Reichsgeſetze

und auf das gewährte Judenprivileginm ein Verbot gegen die Fürther Juden zu erwirken. Bamberg aber ließ ſich vom Kaiſer 1573 das Recht der Judenaufnahme beſtätigen, — „im Flecken und Amt Fürth die Juden zu halten," — wogegen Nürnberg wieder proteſtirte, dem zu Folge ſolches Recht redreſſirt wurde, ein Streit, der nur die obrigkeitlichen Schreiber beſchäftigte, denn die Juden blieben — bezeichnend genug für damalige kaiſerliche Macht und Rechtsſprechung, nach wie vor, brav zahlend, im Ort. Nürnberg machte 1582 und 1585 wiederholte Einſprechungen bei Bamberg, in welch letzterem Jahre die Juden bereits eine ganze Straße einnahmen, doch blieb es mit den jüdiſchen Verhältniſſen beim Alten. Bei dem erſten der letztgenannten zwei Proteſte könnte den Anlaß das Gerücht gegeben haben, daß die Juden zu Farrnbach und Fürth, den vom Main her durchpaſſirenden Wein verfälſchen, worüber der Markgraf höchlichſt entrüſtet wurde und mit Austreibung drohte; Bamberg nannte in einem damaligen Ausſchreiben den Ort „unſer Dorf Fürth" ſich damit ſeine Oberhoheit wahrend. 1549 war die Errichtung eines neuen Judenhauſes Urſache zu Differenzen.

Neben dieſen Proteſten gingen ſtets in Nürnberg Polizeiverfügungen aus, die den Handel der Juden erſchweren mußten.

Das erſte datirt vom Jahre 1538 und lautet:

„Ein ehrbarer Rath der Stadt Nürnberg läßt aus guten, redlichen, beweglichen Urſachen, und in Bedacht der ſorglichen Beſchwerlichkeiten, hiemit männiglich warnen und zum ernſtlichen gebieten, daß keiner ihrer Bürger, (Schutz-) Verwandten, Unterthanen und Zugehörigen unterſtehen ſollen, in irgend einem Wege, ihres Vortheils und Genuß halber, ihr Weib, Sohn oder Tochter und Andere, die in ſeinem Brot ſind, ſchicken ſoll nach Fürth, um Fleiſch zu kaufen, das den Juden und Jüdinnen in ihrem Geſetz und anderen Satzungen verboten, (und) als Speiſe nicht zu verbrauchen. Wer der wäre der ſich eines ehrbaren Raths ernſtlichen Befehls zuwider erzeigen wolle, gegen den oder dieſelben gedenkt ein ehrbarer Rath mit gebührender Strafe einſehen zu thun, daß männiglich, der ſei wer da wolle in der That ſpüren muß, daß ein ehrbarer Rath von ihrem Bürger, Unterthan, Verwandten, und Zugehörigen, billigen ſchuldigen Gehorſam geleiſtet haben will, um beſorgliche Krankheit, das ihren Bürgern möcht kommen aus Koſt (Verkoſtung) der Juden Fleiſchwerk abzuhalten. Darnach wiſſe ſich ein Jeder zu richten und vor Buße fleißiglich zu bewahren. Decretum Freitag den 5. Febr. 1538."

Im nächsten Jahre erschien folgendes Verbot:

Ein ehrbarer Rath dieser Stadt Nürnberg, haben bisher nicht mit geringem Fleiß und Mühe darnach getrachtet, ihrer Bürger und Unterthanen hier in dieser Stadt und auf dem Lande nützlich Gedeihen und Wohlfarth zu suchen und zu fördern, auch hinwiederum, was denselben zu Nachtheil und Schaden gereicht, abzustellen und zu verhüten. Nun hat aber ein ehrbarer Rath bisher vielfältig in Erfahrung-gefunden, daß etliche eines Raths gemeiner Bürgerschaft allhie in dieser Stadt, zu Wöhrd und Gostenhof, auch andere ihrer Unterthanen in eines Raths Städten, Flecken, Obrigkeiten und Gebieten, auch derselben nicht eines kleinen Theils aus unordentlichem Wesen, unnothdürftigem muthwilligem Verschwenden, ohne redlich Ehaft (Ursache) dahin gerathen sein, zu Abbruch ihrer Nahrung und ehrlichen Aufenthalts ihrer Weib und Kinder, sich dahin zu begeben, mit den umgesessenen Juden auf Geding und Pact (Vertrag zu schließen), mit und ohne Pfand und merklichen Wucher, der sich auch in kurzer Zeit mit derselben eines Rathes Bürger und Unterthanen Schaden dermaßen gemehrt und gewachsen, daß sie sich auch dessen, und Erlösung ihrer versetzten Pfand, Pact oder Geding, Treu und Glaubens ohne ihr schließlich Verderben nicht entledigen haben können. Auch deren einestheils hinter denselben (ehemaligen Nürnberger) Juden verhaftet (denselben noch schuldig sind), einem Rath, ihrer befohlenen Obrigkeit halben schuldiges Einsehen zu thun gebührt (daher deren Forderungen durch die Ausweisung aus Nürnberg annullirt wurden).

Darum und zur Abstellung solches wachsenden Schadens und Nachtheils, so hier augenscheinlich erfolgt, verursacht nachfolgende Gebot und Verbot zu thun: nämlich, daß zuvor alle Bürger hier in dieser Stadt zu Wöhrd und Gostenhof, auch alle Unterthanen ꝛc. auf dem Lande schuldig und pflichtig sein sollen, sich von den Juden und Jüdinnen zwischen jetzt und dem nächsten St. Michaelistag aller Dinge (Geschäfte, Schulden) zu entledigen, und hinfür mit Juden oder Jüdinnen oder ihretwegen (der Juden) weder anleihensweise, noch auf Pfand oder Bürgschaft ꝛc. weiter nicht mehr handeln, entlehnen oder durch Andere thun lassen. Wer da weiter handeln und entlehnen würde ꝛc. will ein Rath nach Gestalt der Uebertretung dermaßen an Leib und Gut strafen, daß eines Rathes Mißfallen in der That soll gespürt werden.

Darnach wisse ꝛc. ꝛc.

Dekretum in Senatu 30. Juli 1539.

Am 14. April 1558 erschien wiederholt das Gebot, daß Bürger und Unterthanen auf dem Land mit den umwohnenden Juden nicht zu schaffen haben.

Im Jahr 1566 am 20. Juni dekretirte Nürnberg ferner: Nachdem ein ehrbarer Rath in gewisse Erfahrung gekommen und sonst öffentlich vor Augen ist, daß viel Bürger, Bürgerinnen und Innwohner allhier, zu Wöhrd und Gostenhof, sich heimlich und öffentlich, von wegen ihres eigenen Nutzens, unterstehen andern Leuten, die dessen sonst ein Scheuen haben und sich deßwegen nicht gern an Tag geben (unbekannt bleiben wollen), ihr Silbergeschirr, Kleinoder, Kleider, Waaren, Hausrath und andere Fahrnuß unter die Juden und Jüdinnen zu versetzen, Geld darauf und mit übermäßigem verbotenem Interesse aufzunehmen, auch wucherliche Contract, und geschwinde, vortheilige, betrügliche Handirungen unverscheucht zu treiben, welches den armen Bürgern und Innwohnern sammt derselben Weibern und Kindern an ihren Gewerben, Nahrungen und Haushalten, merklich schädlich, abbrüchig und verhinderlich auch zum Höchsten verderblich.

Solchem schädlichen, verderblichen und sträflichen Unrath zu begegnen, so läßt ein ehrbarer Rath allen Bürgern ꝛc. bei ernstlicher Straf gebieten, daß fürhin Niemand, von eins andern wegen (eines für den andern), es geschähe gleich mit oder ohne desselben Befehl und Geheiß, bei den Juden oder Jüdinnen gar nichts versetzen noch verpfänden, auch von ihnen Geld nicht aufnehmen oder entlehnen solle, noch sonst mit denselben Tausch noch Gewerb oder irgend eine Handirung, Contract, Kauf, noch anders dergleichen, unter was für einen Schein oder Namen das immer erdacht oder vorgenommen werden möge, gar nichts ausgeschlossen, treibe, sondern sich dessen gänzlich und gar enthalten solle.

Wenn aber Jemand dawider handle und sich hierin vergreife, er werde gleich darob betreten oder nicht, und derwegen bei einem ehrbarn Rath fürgebracht (angezeigt) und sich dessen mit seinem Recht nicht wird entschuldigen können, der soll zur Straf zehn Gulden unnachläßlich zu erlegen schuldig sein.

Als auch ein Rath mit Glauben angelangt (angezeigt worden), daß Bürger ꝛc. die Juden vor das Stadtthor in die Gärten und andere Orte um die Stadt gelegen bescheiden, mit denen sie contrahiren und handeln, welches aber ein Rath keineswegs gedulden will.

Da Jemand dawider handelt und sonst deßhalb bei einem Rath fürgebracht und sich dessen nicht wird purgiren können, so soll ein Jeder die vorgemeldte Strafe erlegen.

Und wollte ſich in ſolchen allem Jemand ſo gefährlich halten (in größerem Maßſtab betreiben), ſo ſoll derſelbe dazu an Leib und Gut nach Geſtalt der Uebertretung ꝛc. ꝛc. geſtraft werden.

Endlich erwirkte Nürnberg noch folgendes kaiſerliches Mandat:

Wir Maximilian II. ꝛc. bekennen öffentlich mit dieſem Brief und thun kund, daß uns Bürgermeiſter und Rath der Stadt Nürnberg fürbracht und zu erkennen geben, obwohl in den göttlichen und beiden geſchriebenen Rechten, des Reichs Conſtitutionen, Satzungen und Ordnungen, vornehmlich aber in den Polizeiordnungen und Reformationen (Geſetzbüchern), ſo auf etlichen Reichstagen aufgerichtet, desgleichen auch in publizirten Reichsabſchieden, alle wucherliche Conträct und Handlungen, fürnemlich aber den Juden und Jüdinnen vor andern höchlich verboten, Sie, die von Nürnberg, auch von weyland Kaiſer Maximilian (I.) dahin befreiet wären, daß die Juden, ſo dazumal in- und außerhalb der Stadt auf ihrem Gebiet ſich aufgehalten, ausgeſchafft werden und die von Nürnberg nicht ſchuldig ſein ſollten, einigen Juden in ihrem ganzen Gebiet weiter zu gedulden. So befindet ſich aber doch, nachdem jetzt etliche Jahre beſchwerliche Leufte eingehalten, und die Commercien und Handirungen in allen Landen geſperret, darzu Theuerung überhand genommen, daß die Juden, ſo ſich um die Stadt aufhielten, dadurch ihren Vortheil erſehen, deren von Nürnberg Bürgern ꝛc., über ihr, der von Nürnberg beſchehenen Verbot, ohne ihr Vorwiſſen und Erlaubniß, nicht allein auf liegende, ſondern auch auf fahrende Hab, mit viel beſchwerlichen Conträcten und unziemlichen Bedingniſſen zu leihen. Dazu ſich auf oftmals begebe, daß die Juden durch die Landsdieb und derſelben Helfer, geſtohlene und geraubte Waare zu ſich brächten ꝛc., dadurch ihre Bürger, wie auch ihr ganz Commun zu höchſten Schaden gebracht wurden.

So wir dann aus kaiſerlicher Güte und Mildigkeit ihre (der Nürnberger) deßhalb erlangte Freiheit dahin extendirt und erſtreckt: Nämlich, daß nach Verkündung dieſer Freiheit kein Jude bemelter Stadt Nürnberg Bürgern, ꝛc. weder auf liegende Beſtand und Lehen, noch auf fahrende Güter, noch auf andere Unterpfand, Brief und Verſchreibung, noch auf Treu und Glauben, weder mit noch ohne Wucher, nicht leihen noch vorſtrecken, tauſchen, wechſeln ſoll, ausgenommen, was zu täglicher Nahrung um baar Geld oder auf offenen Meſſen und Jahrmärkten gekauft wird.

Nachdem in ziemlich umſtändlichen Worten die Nichtigkeit dieſer Handlungen näher erörtert wird, fährt der Text des Mandats fort:

Und wollen hiemit alles und jedes, vornehmlich aber Ihr der Juden gemeine und ſonderbare (allgemeine und ſpezielle) Freiheiten ꝛc. ꝛc. aufgehebt, caſſirt, abgethan und vernichtigt haben.

Da auch, wo Bürgern ꝛc. durch Juden geliehen oder vorgeſtreckt würde, ſo ſoll derſelbe Jude zehn Mark lötiges Gold zu bezahlen verfallen ſein.

Und gebieten Allen und Jeden, daß ſie, wo ſie von Bürgermeiſter und Rath zu Nürnberg mit dieſer Freiheit erſucht, ſich nicht weigern die Juden anzuhalten, ꝛc. ꝛc. bei unſer und des Reichs ſchwere Ungnad und Strafe, und dazu ein Poen, nemlich 40 Mark lötigs Gold, die ein Jeder halb in unſer Kammer (Kaſſa) und den andern Theil vorgedachtem Bürgermeiſter und Rath zu bezahlen verfallen ſein ſoll. Geben in unſerer Stadt Wien 27. Auguſt 1573.

Mit den Verboten vom 16. Auguſt 1575, bei Strafe von zehn Gulden nicht zu contrahiren, und 31. Auguſt 1586 gleichen Betreffs unter Hinweiſung und theilweiſer Citirung des kaiſerlichen Briefs von 1573, ſchließen die Nürnberger offiziellen Schritte gegen die Juden für dieſes Jahrhundert.

Das Emporkommen der Fürther Juden ſetzt den Erfolg der Nürnberger Bemühungen in ein zweifelhaftes Licht. Ansbach und Bamberg, ſonſt wohl ſelbſt nicht ganz einig, ging Hand in Hand, wenn es gegen Nürnberg galt, und beſtätigte dieſe Einigung am beſten durch den verliehenen Schutz über die Juden, der nebenbei ja auch weſentliche Summen eintrug. Die Duldung und Beſchützung auf humane Anwandlungen zurückzuführen, iſt vollſtändig falſch und unerweisbar, obgleich dieſelbe von den Gegnern Nürnbergs mehrmals angeführt wird.

Ein Opfer dieſer gegenſeitigen Eiferſucht zwiſchen Ansbach und Nürnberg wurde der Jude Michael, früher zu Gemünd, ſpäter in Fürth ſeßhaft. Derſelbe war von der Nürnberger Kriegsſtube beauftragt, Miſſethäter auszukundſchaften und von dem Cadolzburger Kaſtner von Giech damit betraut, den Wildſchützen aufzupaſſen. Nun lieferte er einmal ſechs, des Mordes verdächtige Perſonen von Ruckertsdorf aus nach Nürnberg, was auf Mithülfe zahlreicher Sicherheitsorgane ſchließen läßt. Darin ſah jedoch Markgraf Georg Friedrich einen Eingriff in ſeine Rechte, berief Michael nach Ansbach, ließ ihn dort gefangen legen und 1596 in Langenzenn enthaupten. Der Leichnam wurde geviertheilt, jeder Theil an einer andern

Straße des Ortes zur Schau geſtellt, mit einer Tafel, die die Worte trug: „Michel, Nürnberger Jud, Verräther.“

Die Nürnberger klagten wegen des Urtheils ſowohl, als wegen der Tafel, bei Kaiſer und Reich, ohne die Entfernung der letzteren zu erwirken.

Das Urtheil mag Nürnbergs wegen ſo hart ausgefallen ſein, ſonſt war man weniger ſtreng in dem Verfahren gegen die Juden, und während Ansbach in ſeinem Lande die Juden auswies, begünſtigte man deren Anſiedlung in Fürth, nahm ſogar im Ausſchaffungsmandat von 1560 die Fürther Juden ausdrücklich aus.

Das Verhältniß der Fürther Juden geſtaltete ſich gegen Ende des 16. Jahrhunderts folgendermaßen:

Sie genießen den Schutz des Kaiſers, können Gemeinden bilden, Obere einſetzen, ſich Geſetze geben und können für Gemeindebedürfniſſe Abgaben erheben.

Die Geſammtgemeinde ſteht unter dem Hochmeiſter der Judenſchaft in Deutſchland im Allgemeinen, ſpeciell unter dem mit Richterbefugniß eingeſetzten Rabbiner.

Als Geſammtgemeinde ſteht ſie auch wieder unter ihrem Schutzherrn, gegen beſtimmte Abgabe, kann Verträge ſchließen, liegende Güter erwerben und innere Angelegenheiten ſelbſt ordnen. Letztere betreffen die Ausübung ihrer Religion und Ceremonien, Wahl der Rabbiner und Richter, Gewerbeausübung für innere Angelegenheiten und Steuererhebung.

Der Einzelne gehört der politiſchen Gemeinde nicht an, kann kein Bürgerrecht erwerben, in keine Zunft eintreten, trug aber zu den allgemeinen Laſten bei.

In Civilſachen Jude gegen Jude, in Bezug auf Ceremoniell, Familien- und Erbrecht, ſteht er unter dem eignen, ſonſt unter dem Landes-Recht.

Der Jude kann den Chriſten nicht zum Kampfesbeweis zwingen, ſein Eid wird dem chriſtlichen nicht gleich geſtellt. Seine Religionsausübung darf nicht geſtört, zur Taufe darf er nicht gezwungen werden. Aemter, Würden und Bildungs-Anſtalten ſind ihm verſagt, als Erwerbsquelle iſt ihm vornehmlich das Darlehensgeſchäft zugewieſen. Andern Religionen iſt er Achtung ſchuldig, von der Waffenpflicht iſt er befreit, an die Scholle und den Schutzherrn iſt er gebunden, die Zollaſten ſind für ihn erhöht.

Zu etwas unblutigeren Opfern, Ansbach-Bamberger Eiferſucht bezeichnend, wurden ſpäterhin (1696) einige Fürther Juden, die aus ihren Koppenhofer Aeckern, Gärten machten. Das war ein Eingriff in die Ansbacher Hoheitsrechte und

die Gärten wurden wieder Aecker. Im 18. Jahrhundert trieb die letztere Eifersuchtsspecies noch kostbarere Blüthen. Als 1751 der Bamberger Amtsdiener in der Synagoge ein Verbot, betreffend die Verabfolgung von Gemeindeanlagen, an bisher berechtigt erscheinende Personen verlas, drangen Ansbacher Soldaten ein und arretirten den Bamberger. An Kirchweihen prügelten sich gewöhnlich die, die beiden „Hoheiten" repräsentirenden Soldaten.

Am Schluß seines ersten Capitels gedenkt Würfel noch der Fürther Juden nach ihrer Gemüthsbeschaffenheit und findet — er hätte dies auch gefunden, wenn die Gemeinde aus lauter Heiligen bestanden hätte — daß dieselben ein sündigendes Volk sind, das da meint, es könne Gott mit Essen und Trinken dienen, ein so hoffärtiges Volk, daß selbst ihre Vorsteher gegen solche Eigenschaft einschreiten mußten und das da wähnt die Weisheit sterbe mit ihnen aus, endlich ein mißgünstiges Volk, das wider seine eigene Glaubensgenossen Arges redet. „Von ausländischen Juden werden sie Knoblauchfresser genennet" bildet den Schluß dieser frommen Betrachtung. Zur Erläuterung der Mißgunst werden eine Anzahl von Spitz- und Schimpfnamen erklärt, die sich die Juden unter einander gegeben haben sollen, deren Existenz zwar sehr glaublich, deren Ursprung aber jedenfalls wo anders, als unter den Juden zu suchen ist und deren Anwendung in früherer Zeit weit mehr als jetzt gebräuchlich war. Hänel resultirt daraus eine gewisse Selbstständigkeit, die durch die Anzahl ꝛc. bedingt gewesen wäre; doch trifft man derlei Anekdoten auch in den kleinsten Judenörtern und glaube ich, daß alle wahren, erst späteren Ursprungs, die von Würfel aber, erfunden sind. Durchschlagend für dieselbe Behauptung ist dagegen die gewesene öffentliche Ausübung der religiösen Gebräuche, wofür im Bilde, Kupferstecher Böner (1704) die beste Quelle ist. Als Anekdote mag noch die Griesbrei-Compagnie erwähnt werden: R. Michael bar Abraham von Markt Erlbach war wegen seiner Lebensart auch Michel Chaseb, der fromme Michael genannt. „Seine Gelehrsamkeit erreichte den Gipfel der Wissenschaft nicht," meint Würfel, „doch was er wußte, damit suchte er armer Leute Kindern zu dienen, indem er sie ohne Entgeld unterrichtete." Außerdem sprach er noch die wohlhabenden Juden an, daß sie den armen Knaben Nahrung mittheilten und mußte einer derselben Mittags und Abends das Essen sammeln, das gewöhnlich in einem Griesbrei bestund, wonach also das Essen gerade nicht besonders verschwenderisch resp. sündigend bestellt war. Das Gesammelte

wurde gemeinſchaftlich bei Michael verzehrt und ſo bekam er den Beinamen „Präſident der Griesbrei-Compagnie," der auch noch auf ſeinen Tochtermann überging.

Die hohe Schule in Fürth, den Charakter einer jüdiſchen, Rabbiner heranbildenden Univerſitäts-Fakultät repräſentirend, genoß ein hohes Anſehen und hatte ſtets bedeutende Frequenz. Mit Anfang des 19. Jahrhunderts ſank ſie jedoch durch mancherlei innere und äußere Anläſſe zu einer unbedeutenden Anſtalt herab. Die in enger Verbindung ſeit 1690 damit ſtehende Druckerei, war früher in Unterfarrnbach und war deren Beſitzerreihe bis 1754: Hirſch Frankfurter, Bonſat Schneor, Eiſik Frankfurter, Hirſch Wilmersdorfer, Hirſch Majim. Zur Zeit der Ueberſiedelung waren die beiden Brüder Abraham und Joſeph Fromm Beſitzer. In der Namensfolge der Buchdrucker herrſcht einiges Dunkel, das vielleicht durch die wahrſcheinliche Verſchmelzung mit der früheren Druckerei zu Wilhermsdorf erhellt wird. Dieſe letztere wurde 1727 unter Hajum Hirſch, mit hohenlohiſchem Privilegium nach Fürth verlegt. Die Mitglieder derſelben genoſſen viele Freiheiten, brauchten kein Judenabzeichen zu tragen und konnten auf des Prinzipals Gutachten hin heirathen.

„Der Druck dieſer Leute iſt voller Fehler. Siehet man ein ſolches Buch, ſo wird man finden, daß keine Zeile iſt, wo nicht zwei oder drei Fehler anzutreffen ſind," erläutert Würfel hiezu, ein Urtheil, das namentlich bei Urkundencitationen auf den Kritiker ſelbſt ungemein paßt.

Es mag vorgegriffen erſcheinen, wenn ſchon jetzt das ſogenannte Reglement von 1719, um welche Zeit Fürth ca. 60 ſteuerbare Familienhäupter zählte, hier ſeinen Platz finden ſoll. Allein dieſe Sammlung von Geſetzesparagraphen, die unter obigem Titel zuſammengefaßt wurden, verdanken theilweiſe viel früheren Zeiten ihren Urſprung, und bedeuten mehr eine Bekräftigung der bereits ertheilten Freiheiten, als eine Neugewährung von ſolchen. Die Wohlthat einer ſicheren geſetzlichen Unterlage, ſoweit früher überhaupt von ſolcher geſprochen werden darf, verleugnete ihren heilſamen Einfluß auf die Gemeindeentwicklung nicht und ſoll daher möglichſt ausführlich erwähnt werden. Das Reglement iſt in 2 Exemplaren in Beſitz der Cultusgemeinde Fürth, und bot ſtets den Grund, auf welchem die ſpäteren Gemeindeſtatuten fußten. Daſſelbe lautet:

Reglement für gemeine Judenſchaft in Fürth.

(Gegeben am 2. März 1719 von Domprobſt von Guttenberg.)

1) Der Schutz wird ſämmtlichen jüdiſchen Familien mit ihren Angehörigen zugeſichert, ebenſo ihrem Eigenthum gegen accordirtes Schutzgeld —

2) welches vom 1. Mai 1720 an, auf 10 Jahre mit dem Betrage von 2500 fl. jährlich ſtipulirt wird. Geſchieht von irgend einer Seite ein Jahr vorher die Kündigung des Accordes, ſo bezahlt jeder ſchutzverwandte Iſraelite, mit Ausnahme der Wittwen jährlich 10 fl.

3) Sie dürfen Synagogen und Nebenſchulen ꝛc. errichten, nach ihren moſaiſchen Geſetzen leben, haben die freie Wahl ihrer Chargirten, und den Genuß ihrer Jurisdiction; den Gewählten ſteht das Strafrecht gegen die einzelnen Mitglieder zu.

4) Sie beſtellen ihren Ober-Rabbiner, Vorſänger, Schulklopfer und Todtengräber, auch alle für ihren Gemeindedienſt benöthigten Perſonen, welche mit unter dem Schutze (reſp. 2500 fl. Schutzgeld) begriffen, daher frei von allen herrſchaftlichen und Gemeindelaſten ſind, bis ſie eigene Häuſer an ſich bringen, worauf ſie ſodann allen andern Bürgern in den Laſten gleich ſtehen.

5) Sie können in- und außerhalb des Marktes kaufen und verkaufen, Gelder auf Zins und Pfand leihen, und ihre Güter nach Gewinn und Rechte nutzen, und finden

6) bei ihren Schuldforderungen rechtliche Hülfe.

7) Im Streite zwiſchen Juden und Chriſten wird von dem domprobſteilichen Beamten nach gemeinem Rechte und Amtsgewohnheit geſprochen, vorbehaltlich der Appellation.

8) In allen Straffällen bleiben die Juden der domprobſteilichen Jurisdiction unterworfen, mit Ausnahme innerer Angelegenheiten zwiſchen Juden und Juden, namentlich in Bezug auf ihre religiöſen Schul- oder Familienangelegenheiten, — denn hierin ſtehen ſie unter ihren ſelbſtgewählten Richtern.

9) Die jüdiſche Gemeinde genießt ungekränkt das Recht fort, unter ihren eigenen Rabbinern und Barnoſſen zu ſtehen, haben namentlich den Bambergiſchen Rabbinern und Barnoſſen nicht zu gehorchen, und mit andern Schutzjuden zu keinerlei Laſt zu concurriren, ſondern die Gemeinde bleibt ganz für ſich abgeſondert.

10) Ein fremder Jude findet auf Grund tadelfreier herrſchaftlicher und Rabbinats-Zeugniſſe Aufnahme in Fürth, wenn er 5000 Rthlr. Vermögen nachweiſt, und alle die Abgaben nachbezahlt, welche in die 10jährige Schutzperiode fallen. Jeder Unterſchleif hiebei zieht Strafe nach ſich.

11) Das erſte Kind jüdiſcher Eheleute genießt ſeinen Schutz;

12) heirathet der erſte Sohn eine fremde Jüdin, ſo hat dieſe 400 fl., heirathet die erſte Tochter einen fremden Juden, ſo hat dieſer 500 fl. Vermögen nachzuweiſen.

13) Brautpaare von Fürth, als zweite Kinder, müſſen wenigſtens 700 fl. zuſammenbringen.

14) Heirathet ein zweiter Fürther Sohn eine Fremde, ſo muß 800 fl., und heirathet eine zweite Tochter einen Fremden, 1050 fl. Vermögen vorhanden ſein.

15) Bei dem dritten Kinde ſteigern ſich die Vermögensſummen auf 1200 fl. oder 1000 fl.,

16) außer Orts auf 1500 fl. und

17) bei dem vierten Kinde auf 1600 fl., welche Summe ſich aber auf 1400 fl. mindert, wenn ſchon 3 Kinder im Schutze ſtehen. —

18) Heirathet das Kind aus der Fremde, ſo wird bei der Tochter 1800 fl., bei dem Sohne 2000 fl. Vermögen vorausgeſetzt.

19) Bei dem fünften Kinde, wenn Mann und Frau aus Fürth ſind, müſſen 2000 fl., ſollten aber ſchon 4 Kinder Schutz haben 1800 fl. Vermögen vorhanden ſein,

20) bei Fremden aber wenigſtens 2500 fl. —

21) Gelehrte jeder Art oder Studirende paſſiren mit 50 fl. bis 100 fl.

22) Beſonders ausgezeichnete Gelehrte oder Studirende erhalten Schutz- und Verehelichungsbewilligung, wenn die Eltern der Tochter das Vermögen nach der Claſſe geben, welche dieſe trifft, und außerdem auf 3 Jahre ihr die Koſt verſichern; nur muß der Tochtermann wirklich Student oder Gelehrter ſein und nicht einen Schulmeiſter machen wollen.

23) Bei Wittwern oder Wittwen mit Kindern ſteigert ſich der befohlene Vermögensſtand von Gulden auf ebenſoviele Thaler.

24 und 25) behandelt die auswärtigen Schutzjuden und deren Vermögenserhebung.

26) Die Schutzjuden in Fürth dürfen Handel treiben mit Kram- und Spezerei-Waaren, Wein und Bier, ſowohl im Hauſe, als auf dem Schulhofe, dann auf auswärtigen Meſſen und Märkten;

27) können ſich jüdiſcher und chriſtlicher Muſikanten, eigener Barbiere, welche aber nicht Chirurgie treiben ſollen, dann dreier Schneider, welche nicht für Chriſten arbeiten dürfen, bedienen;

28) ihr Brod und namentlich Oſterbrod im eigenen Hauſe bereiten.

29) Weil die Judenſchaft von jeher bei den Gemeinde-Verſammlungen der Chriſten in Fürth 2 iſraelitiſche Deputirte berief, da ſie mit den Chriſten herkömmlich Gemeinde-Rechte und Nutzungen zugleich haben, auch gleichheitlich zu den Anlagen concurriren, ſo ſoll ihnen dieſes Recht für die Folge geſichert ſein

30) Die von der Judenschaft ganz gleichmäßig zu tragende Einquartierungslast dehnt sich auf den Sabbath aus, nicht aber der Nachtwachtdienst, welcher reluirt werden muß.

31) Wegen der reisenden Juden ist eine Garküche zu erbauen, woselbst sie untergebracht werden, weil namentlich Aermere nicht ungebührlich lange sich in Fürth aufhalten und verbotenen Handel treiben sollen.

32) Weil den Juden Feldbesitz verboten ist, so wird ihnen ein höherer Zinsfuß im Geschäfte gestattet, und zwar bei Capitalien über 100 fl. 8%, unter 100 fl. vom Gulden per Woche ein Pfennig, bei Wechseln monatlich 1%;

33) bei letzteren wird nach Nürnberger Wechselrecht gesprochen.

34) Kauft der Jude entwendetes Gut, wovor sich wohl zu hüten sei, und er hat etwa hierin Verdacht, so muß er sich durch den Ausruf in der Synagoge schützen. Kann er überdies seinen Handel nicht rechtmäßig beschwören, so muß er das Gut unentgeltlich herausgeben.

35) Juden dürfen Drähte und Schlagbäume oberhalb ihrer Häuser auf den Straßen ziehen, und am Sabbath christliche Dienstboten zu ihren häuslichen Verrichtungen verwenden.

36) Im Pferdehandel werden außer den 4 landesgebräuchlichen Hauptmängeln, rotzig, räudig, haarschlächtig und gestohlen, auch das Kollern als Mangel erklärt.

37) Partikulare Schutzbriefe werden gegen Taxe von 3 zu 3 Jahren erneuert.

38) Bei Schuld-Contracten haben die Eheleute den dompropsteilichen Consens zu erholen, die Ehefrauen auf die beneficia juris zu verzichten, und besonders zu manifestiren, daß ihre Güter unter der Judenschaft Niemand verhypothezirt oder versetzt sind.

39) Jeder Schutzverwandte kann von Fürth ungehindert abziehen, wenn sein Schutzgeld bezahlt und der Contrakt ein halb Jahr vorher gekündigt ist. —

Vorzüglich war die Bestimmung des Reglements, bezüglich der gesammten Ueberweisung der Juden an Bamberg, sowie der Abgaben, zu schätzen. Ganz abgesehen davon, daß letztere durchaus nicht niedrig war, so boten sie doch eine feste Summe, die wenn auch später erhöht, doch auch wieder fixirt wurde und immerhin das Gesetz regierte, statt der sonst gebräuchlichen Willkühr.

Daß zweien israelitischen Deputirten in der Gemeinde-Versammlung Sitz und Stimme eingeräumt wurde, steht für die damalige Zeit einzig da und daß auch Juden Bürgermeister

werden konnten, erſieht man deutlich aus dem Jahr 1652. Dieſer phänomenalen Neuerung half die Dompropſtei dadurch ab, daß ſie ſolches für die Zukunft „erließ," wofür nunmehr 2 Gulden zu der Gemeindeſteuer gezahlt werden mußten (wohlwollender Erſatz!); das Recht der Deputirten blieb jedoch beſtändig, und hinderten dieſelben z. B. 1766 die Errichtung eines zu koſtſpieligen Gemeindehauſes, dafür die Erbauung einer Armenſchule erwirkend. Später opponirten ſie gegen das Aufhängen von Glocken daſelbſt, worüber es zu Differenzen kam und ſchließlich Bürgermeiſter Schneider die Juden nicht mehr zuließ, dabei bemerkend, „ſo lange er Bürgermeiſter ſei, dürfe kein Jude an den Sitzungstiſch," was ihm aber 1788 von der Regierung eine Naſe wegen Eigenmächtigkeit eintrug. Das Recht in der Gemeindevertretung Stimme zu haben, erhielt ſich bis 1806; im Jahre 1818 deutete die Regierung ſelbſt an, daß auch Juden in die Gemeindevertretung gewählt werden ſollen.

Am Anfang des 18. Jahrhunderts, allwo die Nachtwächter noch ſangen: „Der Tag vertreibt die finſtere Nacht, Ihr lieben Chriſten ſeid munter und wacht," wurde dies, da die Juden die Nachtwächter (ſeit 1658 jährlich 10 Gulden) mitbezahlten und ihren Theil an denſelben beanſpruchten, umgeändert in „Ihr lieben Herren" ꝛc.

Vor Geltung des Reglements mußte an Schutzgeld jeder Jude nach Bamberg 10 fl. 30 kr. bezahlen. Nach Ablauf der ſtipulirten 10 Jahre wurde die Geſammtſumme auf 4000 fl. handelnd erhöht (nach Würfel und Häule). Man zahlte aber 1731 nur 3200 fl. (Bamberger Archiv) und 1754, nach obigen Quellen, 4500 fl., gegen welche Erhöhung zwar ſupplicirt, was aber mit Hinweis auf die vermehrte Kopfzahl abgewieſen wurde. Wenn das Geld beiſammen, und der Bambergiſche Caſtner (Beamte) gegen Walpurgis angekommen war, ſo überbrachten die Vorſteher oder Barnoſſen daſſelbe gegen Quittung. Die Ausfertigung des landesherrlichen Schutzbriefes geſchah nur nach Gutheißung der Barnoſſen, ein Recht, welches erſt durch königliche Entſchließung von 1820 aufgehoben wurde; im Jahre 1795 wurde noch ein ertheilter preußiſcher Schutzbrief, da die gemeindliche Beſtätigung nicht voranging, annullirt.

Die unter Ansbach ſtehenden, zahlten nach Cadolzburg außerdem noch 10 fl. 30 kr., wohin auch alle Bambergiſchen Geleitsjuden eine Kleinigkeit zu zahlen hatten. Das frühere Ansbacher Schutzgeld variirte von $2^1/_2$ bis $93^1/_2$ Gulden, welch letzteren Betrag der reiche Ephraim Model erlegte.

Zur Beſtreitung der Gemeindekoſten wurde eine Umlage des Vermögens erhoben, welches dem Rabbiner unter Handgelübde angegeben wurde.

Ungerecht war die an die Geiſtlichen anderer Bekenntniſſe zu zahlende Steuer. Da nach unermeßlicher Schlauheit „die Juden in Fürth auch diejenigen Häuſer bewohnen, in welchen ſich gar wohl Chriſtliche Pfarrkinder könnten enthalten“ ſo erhalten zum Erſatz dafür, die ihr Amt antretenden Geiſtlichen von den Barnoſſen einen ſilbernen Becher überreicht, außerdem an Neujahr 8, die beiden Diakonen je 1 Speciesdukaten.

Die (Haupt-) Synagoge wurde 1616 — 17 erbaut. Am Sonntag Lätare des letzteren Jahres (der vierte Faſtenſonntag), wurde dieſelbe unter großem Zudrang von Nah und Fern eingeweiht. Einzige Quelle für die Synagogeneinweihung war bisher Siebenkees, im vierten Band ſeiner Materialien zur Nürnbergiſchen Geſchichte. Als ältere authentiſche Quelle diente mir, die in meinem Beſitz befindliche berühmte Kreßiſche Chronik, in welcher es wörtlich heißt:

„Anno 1617 den 23. Februar haben die Juden zu Fürth, dern alda jetzig Zeit in allem bey 1500 und vor 40 Jar nur 2 daſelbſt geweſen, Ihre Synagog welche ſie auf des Thumbprobſten zu Bamberg erlaubtnis dann Er 4 Güettlein darzu abgehen laſſen, auff deſſelben grundt und boden, welche ſie ihm wohl theuer genueg bezahlen müſſen, allda mit großen uncoſten von neuen erbaut, erſtmals eingerichtet, dahin ein große meng Volk von Alten und Jungen zuſammenkommen, ſo aus der Stadt allhie hinab gangen welche ihre Phantaſei geſehen und gehört, wie imer ein Rabbi nach dem andern auf die Canzel gelofſen nach Ihrer weiß gemurmelt und in ihrer Ebreiſchen ſprach gebett alſo damit ihren vermeinten Gottesdienſt verrichtet auch gedankt, daß ſie nun auch ein aigene Schuel, welche ſie vor vielen Jahren in dieſem Flecken nicht haben können, erlanget und für ſich und ihre Kinder und nachkommen auß der Judenſchaft erbauet, darüber ſie recht frölich, die Chriſten aber in den Würthshenßern auch Luſtig und gutter ding geweſen.“

Von hervorragenden Zierrathen befanden ſich darin ein koſtbarer Vorhang vor den Geſetzesſchranken, ſammt Capores, welch' beide der Vorſänger Elkonen für die Judengemeinde in Amſterdam gefertigt hatte. Von dort als zu theuer zurückgeſchickt, haben ſie die Gumberts für 1200 Gulden gekauft und der Synagoge geſtiftet. Eine Geſetzesrolle iſt Geſchenk des Henoch Levi, Vater der Brüder Elkan und Hirſch Fränkel, die er zum Dank für ſeine Aufnahme nach der Vertreibung aus Wien ſtiftete. Auch die alten Luſtres ſollen daher ſtammen.

Während des 30jährigen Kriegs wurde die Synagoge 1621 bei dem Durchzug des Grafen Mansfeld arg verwüſtet, von Tilly als Gefängniß für eine Bande ſeiner Reiter, welche Bremenſtall

ausgeraubt, gebraucht, 1634 von den Kroaten zum Pferdeſtall benützt, 1680 durch Einſchlag beſchädigt; endlich wurde noch 1690 durch Georg Maindel von Trausnitz eingebrochen, der Lampen, Bücher ꝛc. mitnahm. In Nürnberg wurde der Dieb nebſt ſeinem „Anhang“ attrapirt und beſtraft. Im Jahr 1692 fand ein Umbau ſtatt.

Ein aufliegendes Leichenbuch verzeichnete die Verſtorbenen, deren, gegen Entgelt von 45 kr. an den Vorſinger, beim jährlichen Ableſen gedacht wurde. Das erſte Beſchneideregiſter beginnt mit 1698. Die Aufſchrift an der Synagoge lautete: „Der Herr möge ſein Volk mit Frieden ſegnen.“

Südlich dieſer Hauptſynagoge ſtand die zweite, die ſogenannte Kahlsſchule, gegründet 1697, mit der Frauenbadſtube und einer Tucke, für die Bräute beſtimmt. (Weitere Tucken befinden ſich noch in mehreren Häuſern der älteren Stadttheile.) Das Haus diente früher auch als Schlachthaus.

Von weiteren Synagogen führt Würfel noch die des Iſaak Eiſik, des Bärmann, des Gabriel, des Salamon Fränkel und des Salman Kleſ auf. In einem Akt des Bamberger Archivs von ca. 1723 wird noch einer Neben-Schule bei Iſaac Bermann Fränkel, dann bei Salamon Levi Gumperts und bei Gabriel Fränkel erwähnt. „Die Zahl derſelben,“ ſagt Würfel, den dies Kapitel ganz wild macht, „ſieht ein Chriſt mit Entſetzen an, weil er weiß, daß die Juden in Denſelben Jeſu auf das ärgſte läſtern“ ꝛc. ꝛc., „wie ſolches der gelehrte Chriſtlieb ſtattlich erwieſen. (Chriſtlieb war ein getaufter Jude, Almoſenſammler in Fürth.) Doch Gott erweckte ſeinen Geſalbten, des jetzo Glorwürdig regierenden Herrn, Herrn Carl Wilhelm Friedrich“ u. ſ. w. und nun folgt ein Freudenausbruch über die erfolgten Bücherconfiscationen, wovon noch ausführlicher geſprochen werden wird, nebſt Auslaſſungen über den jüdiſchen Gottesdienſt, deren Werth nicht näher bezeichnet werden braucht.

Auf dem Platze um die Synagoge, den nach Würfel, Bamberg unentgeltlich überließ, wohnte der Hauptrabbiner, der jüdiſche Arzt und der Vorſinger, und war ferner dortſelbſt die Kahls- (Kaals-) oder Gemeindeſtube, in welcher durch die Vorſteher die Steuerangelegenheiten geregelt und die Perſonalregiſter geführt wurden; letztere wurden unter Elkan Fränkel abgefordert. Ebenſo war ein Lokal, die ſogenannte Blätten- (Blätter-) Stube, dazu beſtimmt, um Unterſtützungsbedürftigen Anweiſung auf Verpflegung auf kleinen Billeten oder Blättern, zu verabreichen. Die Unterſtützungsbedürftigen gehörten meiſt der Landplage der Bettelſuden an, die den ſeßhaften Gemeinden ſchwere Opfer auf-

erlegten, und oft Anlaß zu Einschreitungen gaben. Im Fürther jüdischen Geburtsregister wurden die dortselbst im Spital geborenen Kinder der Bettelweiber besonders aufgeführt, auch die gestorbenen Betteljuden speciell bezeichnet. Mit der Gleichstellung der Juden verschwand diese, durch die socialen Verhältnisse bedingte Erscheinung, deren Reste sich bis gegen das Jahr 1830 erhielten.

Die Gebäude des Schulhofes waren mit einer Fastnachthenne und 5 Pfund Geld belastet.

Das Hospital stammt aus der Mitte des 17. Jahrhunderts (1653). Die Krankenbehandlung ging theilweise auf Gemeinderechnung, die für jeden Kranken wöchentlich 1 fl. 30 kr. bezahlte, theilweise auf Kosten der jüdischen Hausväter. Außer den Wärtern war ein jüdischer Arzt, ein christlicher Wundarzt und eine jüdische Hebamme angestellt. Aus einem Contract, der im vorigen Jahrhundert mit einer Amsterdamer Hebamme abgeschlossen wurde, ersieht man, daß diese unter äußerst günstigen Bedingungen nach Fürth gezogen wurde; ebenso lassen die Rechnungen des Chirurgen erkennen, daß an Pflegekosten nicht gespart wurde.

Die ältesten jüdischen Stammhäuser stehen in der Nähe des Schulhofes, von der Mohrenstraße der Bergstraße entlang, in der Stauden-, Geleits- und Markgrafengasse; spätere Gebäude stunden in der unteren Königsstraße von Nr. 148—135, und theilweise auf dem Marktplatz, dann Königsplatz und Alexanderstraße. Die zwei ältesten Sitze waren jedenfalls die Nummern 9 und 11 der Geleitsgasse. Die Judendruckerei befand sich in der Schindelgasse Nr. 4; die zweite mit der Talmudschule vereinigte Officin war jetzige Bäumenstraße (früher Alt-Neu-Gasse) Nr. 5; durch Brand wurde 1785 der Büchervorrath vernichtet. Die älteste jüdische Apotheke war Schützengasse Nr. 13.

Der Leichenhof wurde 1615 durch Ankauf eines Grundstückes, des Schindangerplatzes, um 305 Gulden und 5 Thaler Leihkauf, auch 1653, wesentlich erweitert; 1718 ist derselbe nach einem noch vorhandenen Plan des Bamberger Landmessers Hayßdorff um 28,640 Quadratfuß, und 1724 noch mehr erweitert worden. 1751 und 1782 war dies wiederholt erforderlich, bei welch' erster Gelegenheit mehrere Grabsteine absichtlich zerschlagen und in das Wasser geworfen wurden. Das Portal trägt die Jahrszahl 1653. Die Abgabenbelastung betrug laut Zinslehenbrief für Moses Lämmlein Goßdorfer, als Lehenträger, 12½ Kreuzer für eine Fastnachtshenne, 3 Heller Hofstattgeld und 1 Simra Korn für den Platz, und eine Fastnachtshenne für die Gebäude.

Der Fürther Leichenhof diente zugleich auch den Gemeinden von Zirndorf und Unterfarrnbach; letztere ließen ihre Leichen dahin tragen, was das erstemal durch Zacharias Fränkel veranlaßt wurde, der, um seiner verstorbenen Gattin größere Ehre zu erweisen, diese nicht mehr dahin fahren ließ.

Im Jahr 1627 erschoß man auf dem jüdischen Friedhofe die Hunde vornehmer Militärs, die Christenkinder angefallen hatten; 1726 wurde ein Mädchen daselbst vom Blitz erschlagen. Das Begräbniß besorgte die noch bestehende Todten-Gesellschaft, die früher das Register der Gestorbenen führte.

Das 1653 erbaute Spital lag noch innerhalb der Umfassungsmauern, und dienten die unteren Localitäten weiblichen, die oberen männlichen Kranken zur Aufnahme.

Der Oberrabbiner (mit 2 Unterrabbinern richterliche Funktionen ausübend) stand in hohem Ansehen, zumal zeitweise die Gemeinden Ottensoos, Schnaittach und Hüttenbach ihm untergeordnet waren.

Die Einkünfte des immer aus der Wahl des Kahls hervorgegangenen Oberrabbiners waren, abgesehen von einem festen Gehalt von 100 Thalern, durch Sporteln sehr ansehnlich, und flossen ihm als obersten Lehrer der Talmudschule, deren Berühmtheit bekannt, noch reichlich Geschenke zu. Eine weitere Einnahmsquelle waren die freiwilligen Gaben an Purim, bei Antritt größerer Reise, wobei gewöhnlich des Rabbiners Segen erbeten wurde ꝛc. Ein Talmudschüler zahlte bei seinem Eintritt gewöhnlich 3—5 Dukaten, einen ähnlichen Betrag, wenn er den Titel eines Rabbi erhielt oder die Schule verließ. Ebenso gaben Durchreisende erhebliche Beträge, was sich noch höher gestaltete, falls solchen noch der Doctortitel (Meharer) ertheilt werden konnte. Ein Herzfelder Jude, erzählt Würfel ingrimmig, zahlte einmal 18 Speciesdukaten. Ein Heirathsvertrag trug einen Thaler, das Ablesen der Chubab bei der Hochzeit einen Gulden, das Abhören der Hochzeitszeugen 6, bei Reicheren 12 Thaler; vom Vermögen der Copulirten erhält er ein Procent, übersteigt dasselbe 1000 Gulden ein halb Procent. Als Gerichtsvorstand fielen ihm ebenfalls bedeutende Gebühren zu; das Bestimmen der Barnossen trug 100 Gulden.

Die jüdische Fürther Rechtspflege unterschied sich dadurch von der allgemein üblichen Ansbachischen, daß es auch eine jüdische Appellationsinstanz gab, während sonst die Berufung an das christliche Obergericht ging.

Das Berufungsverfahren war folgendes: Die Berufungssumme war 300 fl.; die Frist, bis zu welcher die Appellation angemeldet werden konnte, lief 8 Tage; nach angemeldeter

Berufung übergab der Richter die Akten an den Monatsbarnoß, der sie durch einen beeidigten Schreiber copiren ließ, wobei jedoch fingirte Personen eingesetzt wurden, — ein Verfahren, das im Interesse der Gerechtigkeit alle Anerkennung verdiente. Sodann wurden die Akten an ein fremdes Rabbinergericht, dessen Wahl strengstes Geheimniß blieb, versendet, ohne Beifügung oder Bekanntgabe des ersten Urtheils, so daß ein ganz neues Urtheil gefällt werden mußte. Der Berufende mußte Caution für entstehende Kosten hinterlegen, der Verlierende zahlte etwas an die Armenkasse. Im Falle das zweite Urtheil mit dem ersten nicht übereinstimmte, konnte unter gleichen Verhältnissen eine dritte endgiltige Bescheidung erwirkt werden. Eine specielle Bestimmung dekretirte außerdem, daß jede Verheirathung von jüdischen Gemeindegliedern auf Anrufen eines Fürther jüdischen Gläubigers, bis zu des letzteren Befriedigung oder Sicherstellung verhindert werden konnte, ein Artikel, der z. B. 1735, 1748 und 1757 Anwendung fand.

Die Reihe der bestimmt nachweisbaren Oberrabbiner war folgende:

1) Menachem Man gestorben 1655.
2) Samuel Koidenover starb in Chmelneck 1676.
3) Maier, gestorben im Mai 1683; derselbe soll die von ihm verfaßten, resp. verbesserten Schriften mit in das Grab erhalten haben.
4) Wolf, Sohn des Maier Bschotisch, gestorben 1691.
5) Samuel, Sohn des Phöbus oder Feibisch.
6) Eleasar, Sohn des Mardechi Heilbronn, gestorben im Oktober 1700.
7) Bärmann, Sohn des Seckel Fränkel, ein geborner Fürther, gestorben im Oktober 1708. Er war zugleich Oberrabbiner für Schnaittach, sowie für das ganze Fürstenthum.
8) Baruch, ein Pole, Sohn des Maier Kohn, Rappoport, war 35 Jahre im Amt und starb am 12. April 1746.
9) David Strauß, ein Frankfurter, vorher Rabbiner in Worms, gestorben 81 Jahre alt, am 21 Mai 1762.
10) Joseph, Sohn des Mendel Steinhart, gestorben am 7. August 1776.
11) Hirsch, Sohn des Abraham Janoph, gestorben am 13. November 1785.
12) Salomon Kohn, welcher 1819 im 80. Lebensjahre starb.

Unter diesen zeichnete sich vornehmlich Steinhart aus, der erste deutsche Rabbiner, der für Eibenschütz lebhaft Partei

ergriff; letzterer war der herrschenden talmudischen Richtung feind, neigte sich aber der kabbalistischen Sekte des Chassidim zu.

Aufsicht und Schlüssel zur Synagoge führten die Vorsänger, wovon zwei die Gemeinde besoldete. Außer 50 fl. Gehalt, flossen für dieselben reichliche Nebeneinkünfte.

Bis 1717 war ein eigenes Schlachthaus im Schulhof; von da an wurde das Schächten, unter Controle, bei anderen Metzgern vorgenommen.

Wegen des Verkaufs der für die Juden verbotenen Fleischtheile, kam man öfters mit Nürnberg in Verwicklungen.

Der Schulklopfer hatte das Amt, mit einem hölzernen Hammer durch Klopfen die Schule anzusagen. Am Sabbath geschah dies durch Rufen. Auch mußte derselbe für Unterkunft solcher Gäste sorgen, die am Sabbath nicht bei ihrem Gastgeber blieben. Er hatte im Allgemeinen die Stellung und Funktion eines Gemeindedieners.

Des Richteramtes des Rabbiners wurde schon gedacht. Unverträglichkeit wurde durch Geldstrafen oder durch Lieferungsauflegung von Kerzen bestraft. In gravirenden Fällen konnte der oder die Betreffende in der Synagoge ausgerufen werden.

Der größere Rath, die Sachen ordnend, welche die Gesammtgemeinde berührten, bestand aus 20, für je 3 Jahre gewählten Abgeordneten, wovon 12 Monats-Barnossen oder Vorgeher waren, deren je einer 1 Monat im Jahre den Vorsitz führte. Sie konnten gegen Widerwillige bestimmen, in der Synagoge allein zu sitzen ꝛc. Die Wahl des Kahls geschah unter Leitung des Oberrabbiners und war eine indirekte, wobei nach 24 Vermögensklassen verfahren wurde. Die Gewählten bezogen keinerlei Entschädigung; Wahlablehnung war nur in Ausnahmsfällen oder gegen hohen Armenbeitrag möglich.

Die Ansbacher Juden mußten bei der Wahl der Barnossen berücksichtigt werden. Drei davon waren Almosenpfleger, denen auch der Gesammteinkauf des Ostermehls oblag. Die Reicheren bezahlten dasselbe in solcher Weise, daß Aermeren dasselbe unentgeltlich abgelassen werden konnte.

Die peinliche Gerichtsbarkeit verblieb selbstverständlich der Landes-Obrigkeit. Es sind nur wenige Fälle bekannt, in denen gegen Juden eingeschritten wurde. Selbst Würfel, der doch solche Fälle gerne registrirt hätte, kann deren nur wenige auftreiben und citirt außer zwei in Nürnberg vorgekommenen Handelsverstößen, denen man bei der ungerechten

Parteinahme der dortigen Behörden kein zu großes Gewicht beilegen darf, nur einen Ehescheidungsfall, eine üble Nachrede gegen vornehme Personen und einen Raub. Ob letzterer durch einen Fürther ausgeführt war, ist unbekannt; man findet lediglich die Notiz, daß 1696 ein Metzger, ein Bauer und ein Jude, in Husarenkleidern versteckt, die Gegend unsicher machten, attrapirt wurden, worauf man den Bauern zu Tode prügelte und den Juden, der durch Uebertritt zum Christenthum sein Leben retten wollte, nach erhaltener Taufe erschoß. Der Metzger scheint, wenn überhaupt die Geschichte wahr, entkommen zu sein.

Das Vergehen der üblen Nachrede betraf übrigens einen zu Langenzenn angesessenen Abraham Paß, der durch den Ansbacher Nachrichter 1747 durch die Straßen geprügelt und dann auf die Wülzburg geschleppt wurde. Würfel schmückt die Sache noch etwas aus, welche Zuthaten jedoch aus den Akten in Bamberg nicht ersichtlich sind. Wie üblich, beschwerte sich Bamberg über das Verfahren, da die Jurisdiction über die Verbrecher Ansbach abgesprochen wurde, d. h. nach Bamberger Ansicht. Bei den Protesten liegen noch weitere Acte, darunter einer, das Verfahren gegen Joseph Heylbronner und dessen Tochter, wegen eines in Nürnberg entkommenen Diamantringes, betreffend.

Die Stadt Mainz citirte einmal 1606 zwei Fürther Juden auf die Domherrnstube, um sich wegen Verbrechens zu verantworten; die Angabe desselben und nähere Berichte über den Verlauf fehlen.

Im Jahre 1711 wurden Faiteles Beer und Zacharias Kohn wegen „Schneplerei" (Betrug im Geldwechseln) von Fischai Aaron in Ansbach denuncirt. Darauf mitternächtliche Verhaftung, Haussuchung mit „Drosselung der Magd," Protest von Seite Bambergs, schließlich Auflegung des Eides, nichts über den Prozeß zu äußern. — Ausgang und Urtheil blieben unbekannt.

Gleichbedeutend mit Schneplerei war die in Münzedikten erwähnte Wipperei und Kipperei.

Bezüglich der Handelsverhältnisse der Fürther Juden geben hauptsächlich die Nürnberger Verordnungen Aufschluß; wie überall war Landbau und Gewerbe den Juden verschlossen und nur wenig durften die Grenzen des als unchristlich geltenden „Zinsdarleihers" überschritten werden. Bei Pfandschaften waren die Bestimmungen von denen zu Nürnberg nicht oder nur wenig abweichend.

An den Thüren des Schulhofportals und im Schulhof hingen große ſchwarze Tafeln, auf denen Jeder die Sachen notiren konnte, die er zum Verkaufe hielt.

Die Verbindungen mit fürſtlichen Höfen, deren öfters Erwähnung gethan wird, beſtunden in Geldgeſchäften. Außerdem aber war der Handel mit Fürther Manufaktur-, Ausſchnitt- und Specerei-Waaren von ihnen ſpeciell cultivirt und das Gebiet des Bankiers wohl ganz von ihnen beherrſcht. In dem 1783 bei Nicolai in Berlin erſchienenen Werke des Staatsmannes und Hiſtorikers Dohm wird mit Bezug auf Fürth der Satz aufgeſtellt, daß in Orten, wo der Jude minder gedrückt ſei, er auch im Handel und Wandel ſich rühmlich erhebe; Fürth übertreffe manche der Reichsſtädte, die ehemals wegen ihrer Induſtrie und ihres Reichthums berühmt geweſen.

Im Allgemeinen liefern auch die Bambergiſchen Verordnungen intereſſante Beiträge, die, da ſolche auch Fürth berühren, theilweiſe mitgetheilt werden dürften. Dieſelben liefern ein wunderbares Bild ſich ändernder Geſetzerlaſſe und bezeichnen genugſam die Zeit und Bambergiſche Obrigkeit.

Fremde Juden durften im Hochſtift nicht handeln; Einheimiſche auch neben den Chriſten auf den Märkten keine Stände haben. Ueber letztere wurde nach Handel, Wandel und Vermögen Liſten geführt. An Geldesſtatt durften ſie Getreide nehmen (1672), was jedoch ſpäter, nebſt dem Getreidehandel, aufgehoben wurde. Gerſtenhandel wurde 1713 geſtattet, 1726 verboten. Handel mit dürrem Obſt wurde 1700 bis 1712 verboten, 1713 erlaubt, von 1748 an wieder abgeſchafft. Hopfenhandel war von 1700 — 1713 verboten, darnach geſtattet, 1726 wieder verboten. Samenhandel ebenſo, aber erſt 1748 gleichfalls unterſagt. Unſchlitthandel wurde 1716 abgeſchafft. Handel mit Hanf, Stahl, Eiſen, Süßholz (dieſes 1713 geſtattet), und Gewehr war unterſagt, Wollen- und Lederhandel beſchränkt geſtattet. Tuchhandel durfte faſt nur mit beſſerer Waare betrieben werden. Hüte mußten von 1730 an, über 12 Batzen werth ſein. Sammt, Spitzen, Gold und Silber zu führen, war geſtattet. Verkauf von Uhren war 1711—13 nicht unterſagt, dann entzogen, das Verbot 1796 wieder annullirt. Handel mit fettem Vieh war 1710—1712 verboten, 1713 erlaubt, 1748—54 verboten, 1754 wieder erlaubt, 1771 verboten, in gleichem Jahr aber wieder erlaubt ꝛc. ꝛc. In Straf- und Executionsfällen durften die Bamberger Beamten (Verordnung von 1719) die Juden nicht mehr in Schweinſtälle ſperren.

Der Nürnberger Verordnungen waren:

1603 Wiederholung der Verordnung von 1538.

Am 22. Juni 1618 wurde vom Nürnberger Rath, weil ſolches „ihren Herrlichkeiten“ zum höchſten mißfällig, der Handel und Pfandgeſchäfte mit Juden neuerdings verboten. Da die Wirkung dieſes Verbotes wohl gleich Null war, ſind „ihre Herrlichkeiten in erwegung dieſer jämmerlichen und unerträglichen beträngnuß“ bewogen worden am 1. Auguſt desſelben Jahres, das Verbot nochmals auszuſchreiben.

Am 11. Februar 1619 folgte erneutes Verbot, mit alter Klage, obgleich „unlangſten nicht ohne große unkoſten ein Leih Hauß aufgerichtet.“ Uebertreter ſollten mit 50 Gulden büßen, wovon der Angeber die Hälfte erhielt; eventuell war Leibesſtrafe und Stadtverweiſung angedroht.

(1623 wurde vom Cadolzburger Amtmann, Chriſten und Juden, das Einhandeln von Gold und Silber auf Nürnberger Gebiet unterſagt.)

1627 den 23. September und 1628 am 3. Juli folgten erneuerte Verbote des Handels mit Juden, wohl ziemlich überflüſſig, da ohnedies der Handel vollſtändig darniederlag.

1637 am 15. Dezember wurde die heimliche Parzirerei mit Juden und Unterlaſſung des Judenzolls unterſagt, bei Strafe der Waarenconfiscation ꝛc. Von hier an datirt amtlich eine gewiſſe Zulaſſung der Juden zum Handel in Nürnberg, mit Auflage des ſogenannten Juden-Zolls; als Handelsüſance war dies jedoch ſchon mehrere Jahre in Geltung, woraus ſich auch überhaupt die Erlaubniß leichter erklärt. Einzelne Juden erwarben ſich ſonſt Zollpäſſe, um ungehindert Waaren zu verſchleißen, ob dies aber auch im Verkehr mit Nürnberg anging, kann nicht beſtimmt werden.

1647 am 18. März wurde das bereits 1619 ergangene Mandat erneuert. 1654 abermalige Einſchärfung obiger Verfügungen, wobei hauptſächlich des Unterſchleifs an Tuchen und Zeugen erwähnt wird.

1660 am 28. April wird wiederholt geklagt, daß für von Juden kommende, oder für Juden abgehende Waaren, der ſchuldige Zoll nicht entrichtet, oder meiſt nur ein Theil angezeigt würde, um den andern Theil deſto ſicherer hinaus oder herein zu bringen.

1670 am 3. Juni bezeichnete ein neues Mandat, daß wiederum der Handel mit Juden in Vieh, Getreide, Tabak, Schmalz, Leder und fertigen Kleidern überhand nehme, und erinnerte an die feſtgeſetzten Strafen. Beſonders war dieſe Verordnung gegen den Tabak und Kleiderhandel gerichtet. Bezüglich

des Lederhandels kam es auch innerhalb des Ansbacher Gebiets zu Differenzen, da dies als unberechtigte Neuerung galt Schließlich wurde 1775 nur fremdes Leder dem Judenhandel zugelassen.

1680 am 3. April wurde das Aufkaufen der rohen Häute und am 16. November das des Getreides untersagt. (Diese Verordnung wurde öfters wiederholt, wie überhaupt die Nürnbergischen Mandate in großen Massen gedruckt und bei Gelegenheit nur noch die Daten eingesetzt wurden, woraus sich die vielen, nur durch die Zeit der Publikation verschiedenen, vollständig gleichlautenden Mandate erklären).

1688 am 4. Oktober wurde das Verbot wegen der Häute erneuert.

1689 am 8. Januar erfolgte das Verbot, mit den Juden zu contrahiren.

(1691 wurden sämmtliche markgräfliche Zollbefreiungen für die Juden aufgehoben. Marx Model von Ansbach und Gabriel Fränkel von Fürth waren ausgenommen).

1693 am 17. Juni wurde eine bedeutungsschwere Verordnung erlassen. Ein langes erlassenes Mandat besagte nämlich folgendes: Nachdem der Rath oftmals seine Verbote gegen den Handel und Wucher mit Juden erlassen, glaubte er, daß denselben Folge geleistet würde. Nachdem dieselben keineswegs befolgt, viel böses (schlechtes) Geld in die Stadt und Landschaft gebracht, das wenige gute(!), so noch darin war, dagegen „hinausgeschleicht," die armen einfältigen Bauern und Unterthanen „hinterlistig berucket" und der Zoll defraudirt wurde, soll nun „nach und nach," da Alles auf einmal abzustellen unmöglich scheint, abgeholfen werden. Unter Hinweis auf das bereits Verbotene, wird speciell erwähnt, daß Niemand den Juden die Früchte auf dem Felde verkaufen, vertauschen, verpfänden ꝛc. soll, und die Juden in den Gärten und Vorstädten, welch letztere überhaupt viel mit der Sache in Beziehung stunden, keine Handelschaft treiben sollten. Soferne sie aber daselbst an Werktagen — an Sonn- und Feiertagen war deren Anwesenheit verboten — Unumgängliches im Gebiet zu schaffen hätten, sollten sie solches bei der Amtsherrschaft auf dem Land, oder beim äußersten Wachposten näher anzeigen, woselbst ihnen ein Musketier zur Begleitung auf die Wache zugetheilt wird. Nach Abmachung angezeigter Geschäfte mußte das Gebiet wieder verlassen werden. — Somit war, wenn auch unter beschränkten Umständen, der erste Schritt zur Wiederduldung der Juden in Nürnberg gethan und neuerdings, gezwungen durch den Geist der fortschreitenden Zeit, die städtischen Schranken den lange Verbannten und ihrem Handel wieder geöffnet.

Das Mandat besagt ferner, daß Zuwiderhandelnde, oder den Juden zur Umgehung der Verordnung behilfliche Bürger, außer bereits festgesetzten Strafen, auch des Bürgerrechts verlustig werden können. Hätten aber die Juden allhier — hiemit thut sich auch die innere Stadt für die Juden auf — Nothwendiges in der Stadt zu verrichten, so soll es nicht anders, als auf folgende Art und salvis supra citatis Privilegii (vorbehaltlich der kaiserlichen Privilegien) geschehen, als:

1) An Werktagen sich beim äußersten Wachposten des Thiergärtner- oder Spittlerthors anzumelden und zwar nicht mehr als 6 bis 8 für den Tag, von wo aus sie unter das Stadtthor durch einen Soldaten zur Annehmung eines lebendigen Geleites (obrigkeitliche Begleitung) gebracht und controlirt wurden.
2) Falls sie etwas in der Stadt erhandeln, sollen sie solches, gleichwie auch
3) alles das, was sie hereinbringen, im Zollhaus und unter den Thoren anzeigen und die schuldige Gebühr erlegen.

Im Unterlassungsfalle sei ihnen

4) das Betreffende nicht nur zu confisciren, sondern sollten sie auch
5) mit Leibes- oder Geldstrafe belegt und
6) nicht mehr in die Stadt gelassen werden.

Bezüglich der Wechselhandlung sollen

7) die Juden, speciell die Fürther, nicht befugt sein, Wechsel dergestalt zu schließen, daß die Valuta in Fürth empfangen und gegeben werden solle, bei Ungiltigkeit des Wechsels.
8) Sollen alle Wechsel mit Zuziehung der ordentlichen Sensalen geschlossen werden und
9) im Banco publico angezeigt, widrigenfalls sie
10) mit einer Strafe von 10 Procent belegt werden.
11) Sollen die Wechsel in keiner anderen Münze, als in Wechseln gebräuchlich, ausgestellt und bezahlt werden. Und weil die Juden
12) sich unterstanden, auch unter der Marktzeit, von 11 bis 1 Uhr, gleich anderen Kaufleuten auf öffentlichem Platz zu erscheinen, so werden sie dies ferner bei empfindlicher Buß und Beschimpfung unterlassen. Da
13) bei dem Pferdehandel in Gostenhof viel „Schalkungen" unterlaufen, so soll derselbe abgestellt und auf den Viehmarkt verlegt werden und

14) die Unterkäufer und Viehſchreiber auf gangbare Münzſorten daſelbſt ſehen.
15) Sollen Käufe und Verkäufe des Bruchſilbers und Silbergeſchirrs nicht mehr, den Zoll umgehend, in Fürth geſchloſſen werden, ſondern der Silberkauf in hieſiger Stadt den Juden ganz unterſagt, und auch
16) den Bürgern geboten werden, daß falls ſie von Juden in Fürth Waaren einhandeln, hier den Judenzoll erlegen. Endlich wird
17) allen Juden und Chriſten das Führen ſchlechter Geldſorten verboten.

1709 am 25. Oktober wird unter wiederholtem Hinweis auf frühere Verordnungen u. A. beſtimmt, daß der Juden Wechſel, ausgenommen von Kaufleuten und Wechſelkundigen ausgefertigte, nur bei vorheriger Genehmigung und Zuziehung der Senſalen Gültigkeit haben.

1713 am 28. Februar erſchien eine Wiederholung des Mandats von 1693. Unter gleichem Datum wird auch das Verwechſeln guter Münze an die Juden verboten. Erſteres Mandat wird am 21. April 1729 wiederholt.

1714 am 6. Januar erließ man eine Kreisverordnung gegen die Betteljuden. Am 19. Mai erſchien ein Auszug des Verbots von 1713.

1721 am 23. Dezember wird das Hauſiren der Juden und Italiener auf dem Lande unterſagt, was nur auf Jahrmärkten und Meſſen zu dulden ſei.

1723 am 17. April wird vor der Juden Schalkungen in Wechſelſachen gewarnt. Eine Wiederholung hievon findet ſich am 16. Oktober 1730.

1732 befahl man die Einlöſung der bei den Juden verſetzten Pfänder.

1774 am 2. Juli erſchien ein mir nicht erlangbares Mandat wucherliche Contrakte anlangend und

1777 das Verbot der Annahme der Louis blancs von den Juden.

1780 am 28. Dezember folgt Verbot, ob erfolgter Beſchwerde gegen den Schnittwaarenhandel der Juden und des Eintauſchens von Judenwaare (Sammt, Seide, Wolle) gegen die an die Juden nach Fürth gelieferte Handwerkerarbeit.

1787 25. Januar: Verbot für Soldaten und Officiere bei den Juden zu borgen.

1791 24. März wird den Schnorr-Juden Einlaß verwehrt.

1800 am 13. Oktober wurde der Judenleibzoll in Nürnberg aufgehoben und fernerhin ein Paſſir- und Eintrittsgeld erhoben,

ferner das lebendige Geleit abgeſchafft. An den 2 geöffneten Thoren mußten Tages-Billete gelöſt und dieſe bei der Erhebungsbehörde contraſignirt, ſowie beim Verlaſſen der Stadt wieder abgegeben werden. Verfehlungen zogen im erſten Fall Geldſtrafe (10 Gulden), im zweiten Fall dauerndes Verbot des Eintritts nach ſich. (Das Laufer-Thor zu öffnen, wurde vorläufig abgelehnt.)

Jeder Erwachſene zahlte pro Tag 7 Kreuzer am Thor, 30 Kreuzer bei der Erhebungsbehörde.

Viehhändler zahlten nur das Thorgeld und 6 Kreuzer für einen begleitenden Freireiter. Nach beendigtem Geſchäft mußte die Stadt ſogleich wieder verlaſſen werden. Aehnlich wurden Lieferanten behandelt, ſolchen jedoch in gewiſſen Fällen das Reitergeld erlaſſen.

Kinder und in Prozeßſachen Einkommende zahlten ebenfalls im Ganzen nur 13 kr. Anweſenheit über Thorſchlußzeit koſtete 30 kr., Nachtaufenthalt 1 Gulden.

Bisher geduldete Ausnahmen für ſolche, welche nur die Stadt beſehen, einen Arzt conſultiren, an jüdiſchen Feſttagen „Meeräpfel" kaufen ꝛc. wollten, waren hiemit aufgehoben.

In Fürth war die Freude darüber groß und die Gemeinde ermahnte in einer Verordnung in bombaſtiſcher Weiſe, dieſer höchſten Gnade ſich durch ſittliches Verhalten und durch gutes Betragen würdig zu zeigen.

Näheres darüber ſiehe in den Beilagen.

1802 am 18. Januar: Auszug aus dem Mandat von 1693.

Von hier an treffen wir keine neuen ſelbſtſtändigen Verordnungen, die den Handel der Juden ſpeciell angehen; daß die Spitze der geſammten Paragraphen gegen Fürth gerichtet war, iſt ſelbſtverſtändlich.

Faßt man Inhalt und Geiſt der geſammten Ueberlieferungen und Verordnungen zuſammen, ſo ergibt ſich zunächſt die Thatſache eines regen Handels und einer hohen Geſchäftszähigkeit von Seite der Juden in Fürth, die dem Nürnberger Handel tiefe Wunden ſchlug, welche man durch Inſcenirung eines kleinen geſchloſſenen Handels- und Polizeiſtaats zu heilen ſuchte. Vergebens jedoch trug man ſich mit dem Gedanken, Nürnberg vom Handel ſeiner Umgebung emancipiren zu können und Schritt für Schritt, langſam aber ſtets bemerkbar, bricht die Außenwelt über die Nürnbergiſchen Grenzen, innerhalb welcher ſich das traurige Abbild eines altersſchwachen, überlebten und faulen Staats- und Bürgerlebens zeigte. Gerade die Unthätigkeit in Allem, auch im Handel, mußte die regeren Ausländer, wenn ſolcher Ausdruck gebraucht werden darf, verführen, aus dieſer Lethargie Capital

zu ſchlagen, was richtig geſchah. Selbſt manche alte Nürnberger Firmen, deren Unternehmungsgeiſt und Umſicht, ſeiner Zeit gleichen Schritt mit der hohen Stufe des idealen Strebens hielten, zehrten wie die Nürnberger Kunſt und Wiſſenſchaft, wie das ganze Nürnbergiſche Staatsgebäude von den Ueberlieferungen früheren Glanzes und geweſener Hoheit. Davon in Schlaf gelullt, bricht das neue Jahrhundert an und das alte Nürnberg hört auf zu ſein. Auf vielen Wegen und von vielen Seiten muß neues Leben in die Stadt geleitet werden, bevor ſie wieder in Wirklichkeit, nicht nur nominell, einen höheren Rang in der deutſchen Städtereihe einnimmt und da ſie neu zuſammengerafft daſteht, muß ſie ſehen, daß neben ihr eine neue Stadt wuchs, an Größe nicht vergleichbar, aber an Gewerbfleiß und Handel ebenbürtig.

Einige frühere Formen und Gebräuche bei Einlaſſung der Juden in die Stadt Nürnberg ſind noch nachzutragen

Für täglichen Aufenthalt mußten 45 Kreuzer bezahlt werden. Ein altes Weib — das lebendige Geleite — begleitete den Juden auf allen ſeinen Wegen, dafür 15 Kreuzer erhaltend. Beherbergen und Uebernachten war verboten: die Bürger, die ſich dazu hergaben, desgleichen die, welche den Juden Schreibſtuben oder Lagerräume abtraten und Commiſſionen beſorgten, wurden beſtraft.

Nürnberger Wechſel mit dem Zuſatze „zahlbar in Nürnberg oder Fürth" waren immer in Nürnberg zahlbar. Liefen in Nürnberg auf der Bank (in Banco) Wechſel auf Fürth ein, ſo mußte der Fürther einen Nürnberger Procuraträger am Ort beſtellt haben, der entweder acceptirte oder weitere betreffende Nachrichten veranlaßte: war ſolches nicht der Fall, und kam der Fürther nicht auf Verlangen umgehend nach Nürnberg, ſo konnte der Wechſel proteſtirt werden. Ein Jude, der acceptirte, mußte das Geld dem Chriſten in's Haus tragen (ſcheint jedoch mehr Uſance als Geſetz geweſen zu ſein).

Gingen die Juden von Nürnberg Abends nach Fürth zurück, ſo ſandte man zu deren Schutz, da die Landſtraße nicht beſonders ſicher ſchien und Attentate nicht ſelten waren, Bewaffnete entgegen.

Die Judenbekehrungen in Fürth reduciren ſich auf einen Fall von 1722, in welchem Jahre Mendle Lämmle unter großem Gepränge, als Chriſtlieb Treugott, proteſtantiſch wurde.

In Fürth wirkten in bekehrendem Sinne Andreas Will (Nürnberg), Daniel Lochner (Fürth), Stephan Schulz, Hanſenius und Woltersdorf (Halle). Da 1774 ein Judenknabe, Abraham Straßburger, gegen den Willen ſeiner Eltern

durch einen „hergelaufenen“ Lehrer, Albig, bekehrt werden sollte, kam die Verordnung, Judenkinder unter 14 Jahren, ohne Vorwissen der Eltern nicht zu unterrichten. Im 17. Jahrhundert war der Pfarrer Carl Friedrich Lochner von Fürth, daselbst in gleichem Sinne thätig. Er hielt wöchentlich 8 bis 9 Predigten und bekehrte an 200 Juden und Papisten (Wo?). Der oben erwähnte Daniel Lochner schnitt die Sabbathdrähte ab, verlangte 200 Thaler Casualienentschädigung ꝛc., stund überhaupt auf sehr gespanntem Fuße mit den Juden. Derselbe berichtete auch einmal nach Nürnberg, Bamberg strebe dahin, „statt evangelischer Leute, Juden und Katholiken in hiesiges Nest zu setzen.“

War bisher Fürth als Judensitz, ohne Verbindung mit Außen, behandelt, so bleibt zunächst darzulegen, welche Stellung derselbe im Verbande, mit der Geschichte der Juden im Fränkischen Lande einnahm.

Da Fürth, in Bezug auf seine Geschichte der Juden ziemlich spät, wie bereits erörtert, auftritt, kann man sich der näheren Schilderung über frühere Lage der Juden in fränkischen Landen und im Ansbacher Gebiete entheben. Es ist dasselbe unerquickliche Bild wie überall. Als des Kaisers Knechte, der Fürsten rechtlose Unterthanen, Geldquellen für diese und für jenen bildend, ob ihres Glaubens angefeindet, ihres Erwerbs wegen verhaßt, halten dieselben ihre Stätten unter Beleidigungen und Entbehrungen fest. Aus einer Zeit der Rechtslosigkeit entwickelte sich unter tausend Mühsalen eine Sonderstellung, die erst mit diesem Jahrhundert der Gleichstellung Platz machte.

Unter der Regierung des Markgrafen Friedrich V. kam 1488 ein Vertrag mit den Bischöfen von Würzburg und Bamberg zu Stande, der die Vertreibung der Juden beschloß, jedoch im Ansbachischen nicht zum Vollzuge kam. Auf dem Landtage zu Baiersdorf 1515, wünschte man die Juden baldigst aus dem Lande zu haben, welchem Beginnen Georg der Fromme jedoch seine Zustimmung nicht ertheilte.

Der Landtag zu Ansbach 1539, forderte im Interesse des durch die Juden verdorbenen Handels neuerdings die Ausweisung, welchem Antrage durch Zusage, daß solches bis Johannis geschehe, willfahrt wurde. Der gemachten Zusage vorläufig zu entsprechen, scheinen sich Hindernisse privater Natur in den Weg gelegt zu haben und erst der Nachfolger Georgs, Markgraf Georg Friedrich (1543 — 1603) ließ auf wiederholte Landtagsbeschwerden 1560 verkünden, daß bis Pfingsten 1561, Land und Gebiet von den, bis dahin ihre

Geſchäfte abwickelnden Juden zu räumen ſei. Daß dies wiederholt nicht der Fall war, zeigen öfters wiederholte Ausweiſungsbefehle und Termine, dazwiſchen neue Judenaufnahmen und Schutzbriefe, in bunter Reihe und edlem Wirrwarr bis 1609, in welchem Jahre das Fürſtenthum bleibender Judenſitz wurde. Ziemlich vollſtändige Correſpondenzakten beſitzt das Bamberger Archiv aus dem Jahre 1584, in welchem der Markgräfiſche Geleitsamtmann „durch ſein Döchterlein unſer JedenInſonderß unwiſſent deß andern“ vorladen ließ und den Vorgeladenen eröffnete, daß ſie „bei verlierung aller haab und guetter zwiſchen hie (20. Dezember) und dem Monat Martio“ das Gebiet räumen ſollten. Für die Juden trat in dieſem Fall Biſchoff Marquard zu Augsburg ein, der nebenbei noch die fette Pfründe als Domprobſt zu Bamberg inne hatte.

Unter welch' verſchiedenen Formen — und die Variantenſammlung ließe ſich noch merklich verlängern — von kaiſerlicher Seite von den Juden Steuer erhoben wurde, iſt im erſten Theil erſichtlich. Die kleineren Fürſten ſtunden in dieſem Punkt nicht zurück und wenn auch der ſogenannte Leibzoll, nach welchem in Ansbach der Jude zwiſchen Salz und Pferde rangirte und ſich verzollen mußte, von 1473 an in eine andere Form umgemodelt wurde, ſo blieb noch eine ſtattliche Reihe von Abgaben und Steuern übrig.

So mußten u. A. für die Leichname Reichniſſe ſtattfinden, 15 Gulden jährlich für fürſtliche Armbruſt und Zielbolz geſteuert werden, 15 Pfennig fremde Juden für Herbergsgeſtattung täglich erlegen, wozu dann das Schutzgeld im Betrage von 4—100 Gulden, bei der Aufnahme noch das Aufnahmsgeld kam. Die höchſten Beträge wurden in Fürth bezahlt und waren dieſe 1542 auf 150 Thalergroſchen Aufnahmsgeld, wovon ein Drittel der Frau Markgräfin eigen, und 100 fl. nebſt 6 Pfund Unzgold als Schutzgeld geſtiegen.

Ausrangirte Pferde des Marſtalls mußten die Juden kaufen; die kaiſerlichen Bettlieferungen gingen als Abgabe auf Federn mit. Wenn es, Naturalabgaben betreffend, bei Gänſen allein geblieben iſt, ſo iſt dies wenig; die Nachſteuer wurde verſchieden behandelt. Im Jahre 1542 geſellte ſich noch eine Türkenſteuer bei. Unter den verſchiedenſten Modificationen wurden ſtets neue Steuern erfunden, alte auch manchmal nachgelaſſen. Der Grundzug war ſtets, daß die zu zahlende Summe nie weniger wurde; in Erfindungen neue Steuern zu motiviren, war der kleine Staat Ansbach ziemlich groß.

Grundeigenthum zu erwerben, war erlaubt; für Theilnahme am Gemeindeleben datiren die Anfänge im Fürſtenthum aus der 2. Hälfte des 16. Jahrhunderts.

Was die Juden mit der Außenwelt, mit Staat und Ort, mit Land und Leuten in Contact brachte, waren außer dem Handel, die Steuern und die peinliche Gerichtsbarkeit. Sonſt bildeten ſie einen Staat im Staate unter einem eigenen Landesrabbiner ſtehend.

Die wiſſenſchaftlichen Beſtrebungen innerhalb des Judenthums waren auf das Talmudſtudium und in einigen bekannten Fällen auf die Heilkunde gerichtet. Die aus letzteren hervorgehenden Aerzte, die trotz päpſtlichen Verbotes und Gutachten der Wittenberger Theologen, in Fürth auch von Chriſten zu Rathe gezogen wurden, und die Hofjuden, waren ſchließlich die Einzigen, denen die Menſchenrechte nicht, oder doch nur wenig beſchnitten wurden. Daß Fürth bei Allem noch die ſicherſte Zufluchtsſtätte war und blieb, wurde ſchon mitgetheilt. Selbſt die peinliche Juſtiz, die, galt es für die Juden einzutreten, eine thörichte Jungfrau war, deren Fleiß ſich nur auf Ruf von anderer Seite in bedenklichen Graden entwickelte, zeigte ſich daſelbſt nicht permanent in der Pfütze der einſeitigen Parteinahme.

Ausnahmen von obigen wiſſenſchaftlichen Beſtrebungen waren Marcus Elieſer Bloch, berühmt und heute noch muſtergültig als Ichthyologe (Fiſchkundiger) und der Maler Juda Pinhas, Beide aus dem Ansbachiſchen. Von Aerzten wurden die beiden Fürther Löw, Vater und Sohn, in weiteren Kreiſen bekannt. Erſterer ließ ſich extra vom kaiſerlichen Leibarzt Manageta in Wien examiniren, wurde ob ſeiner Kenntniſſe mit vielen Privilegien ausgeſtattet, war im ganzen Reich leibzollfrei und durfte überall ſeine Kunſt ausüben. In Fürth errichtete er eine Apotheke, die ſpäter ſein Sohn Wolf übernahm, der ſich ebenfalls, um üblen Anſinnen zu begegnen, prüfen ließ und ſein Examen vor dem Stadtphyſikus Dr. Batz in Neuſtadt beſtand. Seine Apotheke exiſtirte bis um 1699. Ferner gelangten als Aerzte zu Bedeutung Dr. Wolf, Vater des Profeſſors Wolfſohn, welch' letzterer als Erzieher der Brüder Beer, ſpeciell des Componiſten Meyerbeer bekannt iſt und in Fürth begraben liegt; nach Dr. Wolf folgte der durch ſeine Reiſen und Gelehrſamkeit genannte Dr. Hochheimer, dieſem Dr. Joſeph Feuſt.

Aus dem Jahre 1713 wird eine Apothekenviſitation gemeldet, die von Ansbach befohlen, von Bamberg zu hintertreiben geſucht wurde. Die Commiſſion kam auch in die Juden-

apotheke „der Herr aputecker aber war nicht da, hatte ſich verborgen, kunten ſie auch nichts viſidiren."

Zog mit dem 17. Jahrhundert auch langſam eine neuere beſſere Zeit ein, ſo verband ſich doch der Jude noch nicht zu einem gemeindlichen und ſtaatlichen Leben; dem Staate trug er für das, was ihm von ſolchem geboten wurde, keinerlei Sympathie zu — wo er lebte, war ſein Exil, die Bedrückungen die Attribute deſſelben.

Unter Joachim Ernſt (1603—25) ſpielten ſich die erſten Scenen des 30jährigen Krieges, der Fürth gleich allen Orten ſchwere Laſten aufbürdete, ab. Es war gerade die Zeit, da der Ansbacher Fürſt im Innern ſeiner Lande, und ſpeciell in dem Münzwirrwar Ordnung zu ſchaffen ſuchte, zu welch' letzterem ihm ein Fürther Jude als Münzadminiſtrator diente, wie der Sturm losbrach.

Als 1622 die Ankunft der ſogenannten Ratzivil'ſchen Coſaken gemeldet wurde, erhob ſich allgemeines Flüchten. Die Juden mußten den Bauern für eine vierſpännige Fuhre nach Cadolzburg 6 Thaler zahlen. Die Synagoge wurde dabei beſudelt. Die Michaelis-Kirche diente gewöhnlich als Verſteck der Habſeligkeiten, doch wurde dies den Juden bezüglich des Ihrigen nicht erlaubt.

Beim Baue des Fürther Geleitshauſes 1623 mußten die Juden den Arbeitern Wohnung geben. Graf Solms, Amtmann von Cadolzburg, ein Menſch, dem es ziemlich gleich war, für und gegen wen er ſtritt, ließ den Juden bei 25 fl., ſpäter bei 100 Thaler Strafe auftragen, daß Jeder einen Jagdhund halten und einen Hundsbuben verkoſten und kleiden, oder dafür 30 Simra Hafer liefern müſſe. Das war Ansbacher Schutz. Der Bambergiſche äußerte ſich dadurch, daß die Hochſtiftsſoldaten eine gelinde Plünderung vornahmen. Mansfeld ſtattete ſchon 1621 ſeinen Beſuch ab, wobei die Synagoge ſtark beſchädigt und mehrere Judenhäuſer zerſtört wurden. Als die beiden Armeen 1631—32 in der Gegend lagerten, ging es Juden und Chriſten mehr als übel, und ſuchten erſtere (auch ſchon 1628) gegen Erlag von 20,000 fl. die Erlaubniß zu erlangen, nach Nürnberg und deſſen Vorſtädte ziehen zu dürfen. Obgleich die Verſuchung von 20,000 fl. lockend genug war, wurde das Geſuch doch abgeſchlagen, dagegen den Juden befohlen, bis Michaelis Fürth zu räumen und bei der Löſung der Pfänder nur 6 Procent zu nehmen. Die Stadt Nürnberg glaubte ſich damals wegen einer Donation — hier richtig mit „Diebſtahl im Großen" überſetzt — Guſtav Adolph's, nach der ihr das Gebiet innerhalb der drei Waſſer

zugewieſen wurde, Herrin von Fürth. Nürnberg hatte übrigens unter den Donationen des Schwedenkönigs ſelbſt ſchwer zu leiden. Damit Guſtav Adolph ſich etwa nicht gegen Entgelt — die Nürnberger erkannten des Königs ſchwache Seiten — günſtiger gegen die Juden erweiſe, wurde er von dieſen Schritten in Kenntniß geſetzt. Freier Verkehr wurde ihnen indeß bewilligt, doch bald darauf wegen der Anklage, daß ſie gefährliche Anſchläge gegen die Stadt prakticirten, wieder eingeſchränkt. Dreien wurden die Waaren beſchlagnahmt und deren Arretirung beſchloſſen. Vier weitere Geſuche um Aufnahme in die Stadt oder in Goſtenhof wurden ſtets abſchlägig beſchieden.

Gewöhnlich pflegen nach längeren Kriegen, den Mühſalen derſelben längere Leiden zu folgen. Wenn dies der 30jährige Krieg im umfangreichſten Maße beſtätigte, ſo machte doch die Judenſchaft Fürth eine eklatante Ausnahme. Ansbach und Bamberg ſtunden ſich nach Friedensſchluß ſchroffer als je gegenüber, proceſſirten miteinander und das Recht behaltende Bamberg gewährte, aus nicht entfernt zu ſuchenden Gründen, den Juden viele und ſchätzbare Wohlthaten. Man verbot zwar 1652 die Wahl jüdiſcher Bürgermeiſter (daß ſolches in Fürth verboten werden mußte, rückt das Gemeindeleben des Ortes in die Mitte des 19. Jahrhunderts), machte jedoch ſonſt in Gemeindeſachen keinerlei Unterſchied, beſtätigte 1654, die ſchon ſeit 1642 geregelte Competenz der Rabbiner, unterwarf bei Proceſſen von Chriſten gegen Juden, den Beweis des Chriſten einer beſonderen Strenge, d. h. verlangte vollkommen unverdächtige Zeugen, räumte 1682 dem Rabbiner richterliche Competenz und Strafausſpruch ein (Bann und Geldſtrafe), welch' letzteren der chriſtliche Richter vollzog, und faßte endlich 1695 die geſammten Punkte in einen Generalſchutzbrief zuſammen, dem 1719 das erwähnte Reglement folgte.

Als ungünſtige Nachwehen des Krieges fühlte man ſich im Ländchen zu kleinen Judenhetzen geneigt, ohne daß Andeutungen vorhanden wären, daß ſpeciell Fürth dadurch berührt wurde. Der allmählig ſteigende Einfluß der Hofjuden oder Hoffaktoren mag auch Manches zur Beſſerung der Lage ihrer Glaubensgenoſſen beigetragen haben, wenn auch deren Sturz immer kleinere Ausſchreitungen folgten. „Sonderbar bewegende Urſachen" gleichbedeutend mit entſprechenden Geldſummen beſänftigten hin und wieder den geſtrengen Landesherrn, wenn er aus wirklichen oder vermeindlichen Gründen, an den Judenrechten Kürzungen ꝛc. vornehmen wollte. Im Jahre 1708 und darauf, beſtand die „Urſache" für den

Fürſten in 20,000 Gulden, die dafür gezahlt wurden, daß aus einer allgemeinen Unterſuchung der Judenſchulden und Zinſen, keine weiteren Einſchreitungen erfolgten. Der Zinsfuß bei kleineren Beträgen, durfte nach der Unterſuchung 1712 erhöht werden.

In den Jahren 1705 und 1706 kamen Bamberg und Ansbach wegen Bauten „an der Juden Begräbniß" und wegen „Judenbedrängniß" wieder hintereinander. Bamberg fürchtete, daß dadurch „alles Commercium und handlung niedergeſchlagen, die Unterthanen ihres gewerbs verdrüſſig, folgſahmb der Ort Fürth männiglich exos, und alle haußliche Niederlaſſung alda zu wieder gemachet" würde. Eine ſogenannte Commiſſion ſollte alle Anſtände in dieſer Zeit ſchlichten, die nackteſte Ironie, da eine Schlichtung nie beabſichtigt und von einer Reſpektirung, ſelbſt von kaiſerlichen Rechten, durchaus abgeſehen wurde.

In dieſer Zeit wurde in Ansbach die am Hofe lange einheimiſche Hofjudenfamilie Model geſtürzt, woran die Fürther Judenſchaft ſchon lange arbeitete, und mit welcher Model auf ſehr geſpanntem Fuße verhandelte; einmal ſchrieb Model dahin, daß wenn ihre Vorſteher nicht nachgiebiger würden, wollte er ſie gefangen nach Cadolzburg führen laſſen und einen Zoll vor die Naſe ſetzen, daß ſie nicht mehr vor die Thüre könnten, ohne zu zahlen. Hauptgegner Model's war Elkan Fränkel in Fürth, ſpäter (1708) in Ansbach, der ſich übrigens auch bald wieder mit den Fürthern auf das Heftigſte befeindete und ſogar beim Gottesdienſt am langen Tag inſultirt wurde. Seinem Einfluße zufolge wurden die oben erwähnten 20,000 fl. Strafſumme, anſtatt vorgehabter 30,000 fl. erhoben. Die verdrängte Model'ſche Familie, ein übergetretener Jude, Chriſthold, früher Jeſaias Fränkel aus Fürth, ſowie zahlreiche kleine und mächtige Feinde, brachten es dahin, daß Elkan Fränkel in Folge eines form- und geſetzloſen Verfahrens 1712 unter beſchimpfender öffentlicher Strafe zu ewigem Kerker auf der Wülzburg verurtheilt wurde, woſelbſt er 1720 ſtarb.

Unter den Anklagepunkten figurirten auch ſtets jüdiſche, das Chriſtenthum läſternde Bücher, durch welche die Unterſuchung auch noch auf den Bruder des Elkan, Oberrabbiner Hirſch Fränkel, ſich ausdehnte, der dann ebenfalls in Schwabach bis zu ſeinem Tode 1723 im Gefängniß gehalten wurde. Unter den Büchern war unter Andern auch ein Machſor (Feiertagsgebetbuch), wovon eines der ſchönſten Exemplare im Beſitze der Nürnberger Stadtbibliothek iſt und dem Würfel an betreffender Stelle ein umfangreiches, Feindſeligkeit athmendes Capitel widmet.

Die 1702 durch Elkan Fränkel schon einmal eingestellte Judenbücherunterſuchung, lebte als Nachſpiel zu Obigem wieder auf, was am Meiſten die damalige Fürther Bibliothek zu bedauern hatte. Es muß ſtarke Furcht auf den Gemüthern gelaſtet haben, da der Rabbiner Baruch in Fürth am Gedächtnißtag der Zerſtörung Jeruſalems, ob des Inhalts der vorgeſchriebenen Lieder, ſolche zu ſingen unterließ; ein gewiſſer Zacharias Fränkel vertrat dann entſchloſſen die Stelle des abgegangenen Rabbiners. Der bei der Judenbücherunterſuchung beſchäftigte proteſtantiſche Licentiat Meelführer wäre beinahe auch mit eingeſperrt worden, entfernte ſich aus naheliegenden Urſachen, und wurde aus Aerger katholiſch.

Der Proceß war von Inhaftirungen der Barnoſſen und ähnlichen Zuthaten in ziemlichem Maaße begleitet. Ansbach ſetzte Hirſch Frankfurter als Barnoſſen ab und Elkan Fränkel dafür ein, auf das Bambergiſche Beſchwerden antwortend, daß man ſich nicht vorſchreiben laſſe, beſſer anſtändige Vorſteher zu beſtellen und erwarte von dem hocherlauchten Bamberger Vorſtand, ſelbſt einzuſehen, daß wenn man an Elkan Fränkel, gleich den andern Juden, Strafbares gefunden hätte, ſolchen nicht eingeſetzt hätte. „Allein iſt hierbey zu ſpühren, daß E. Lbdn. nur darum dieſer von unß neu constituirte Barnoss vor untüchtig und unwürdig von andern Juden vorgeſtellet werde, weilen dieſer Menſch durch ſeine an uns rechtmäßig gethane Denunciation bey ſeinen Glaubensgenoſſen ſo gehäſſig worden, daß Selbige ihn nicht wohl in der Gemeind vertragen können, ohn gezweifelt aus der Beyſorge, daß die, wider unß verübte ſchwehre praejudicia Ihnen umbſoweniger bey ſeinem Beyſitz ferner gelingen würden. Und weiln ſich einige Von denen Dombprobſtiſchen Vorſtehern erkühnet, Unſerer Verordnung wegen jetzt gemelten Elckana Fränkels ſogar mit unziemlichen Begehren und faſt gar mit Betrohung an Unſere Beampte ſich zu widerſetzen, ſind ſie Dahero umb Verweigerten ſchuldigſten Respect nach Cadolzburg gebracht worden.“ Ausführliche Correſpondenz darüber hat das Bamberger Archiv.

Trotz der erwähnten Vorkommniſſe ſchwang eine andere Fürther Familie Fränkel ſich zu Hoffaktoren auf, und wurde mit den bedeutendſten Geſchäften betraut. Größere Handels-Manipulationen, auch außerhalb des Landes, ſollen dieſe Familie zum Concurs gebracht haben.

Das Jahr 1744 brachte wiederholt Unterſuchung und theilweiſe Confiscation der jüdiſchen Bücher, durch welche namentlich Barnoß Ullmann Käßbauer und Rabbiner Baruch

Kohn betroffen wurde. Nach vielmonatlichem Proceſſe, der mehr einer wiſſenſchaftlichen Disputation glich, mußte nach langem Handeln und Feilſchen gezahlt werden, von welcher „Strafe“ Fürth 10,000 Gulden traf. Angeber war ein Jude, der Chriſt werden wollte, dem es nunmehr zu verdanken war, daß auch ein Befehl zum Umdrucken und zur Kaſtrirung der jüdiſchen Gebetbücher erſchien.

Ueberhaupt bereiteten die zum Chriſtenthum übergetretenen Juden, ihren früheren Gemeindegenoſſen viel Ungemach, was nur dadurch etwas gemildert erſcheint, daß ſie ſolches jedenfalls auch ohne Glaubenswechſel bereitet hätten. Denn geht man den Betreffenden auf ihrem Lebensgange nach, ſo kommt man merkwürdiger Weiſe, ziemlich oft in die Nähe des Hochgerichts zu ſtehen, und muß nebenbei noch bewundern, daß, war der erſte Wechſel einmal vollbracht, ſolchem häufig noch weitere raſch folgten. Ein gewiſſer Lazarus, ſpäter Chriſtlieb, that ſich durch Heftigkeit ſo weit hervor, daß deſſen in Druck ausgegangenes Buch verboten wurde.

Als ferneren Hofjuden trifft man Moſes Ullmann, Barnoß und Kammerfactor, dann Hofmünzlieferant Meier Berlin und Löw Kohn, ſämmtlich von Fürth. Während dieſer Zeit, letztes Drittel des vorigen Jahrhunderts, zeigte man ſich von Oben herab den Juden und ihrem Weſen verträglicher geſinnt; Unterſuchungen auf Grund fabelhafter Beſchuldigungen wurden, ſobald ſie bekannt waren, niedergeſchlagen, auch Pamphlete verboten und confiscirt.

Zum Unglück der Juden hatten ſie manchmal in den Perſonen ihrer Barnoſſen ſchlechte Wahl getroffen, worunter hauptſächlich die Juden der Stadt Ansbach zu leiden hatten.

Trotz aller Hemmniſſe ſtieg der Wohlſtand derſelben in Fürth, und mußte dem Luxus durch Verbote geſteuert werden.

Dem Reglement von 1719 gingen unmittelbar, ſchon lange vorher erſichtliche Zwiſtigkeiten zwiſchen Bamberg und Ansbach, mit etwas erhöhten Spannungen voran, da erſteres durch die ertheilten Privilegien immer mehr Schutzverwandte gewann. Man bemühte ſich die Fürther Judenſchaft in zwei Theile — hie Markgraf, hie Domprobſt — zu ſpalten, welchem Anſinnen jedoch die Gemeinde, ſo weit es die Verhältniſſe geſtatteten, entgegen trat. Man verhandelte, ſtipulirte, ſchloß Verträge, ſchaffte Ordnungen, ſetzte Commiſſionen ein, unterſuchte (bezügliche Urkunden ſind im Gemeindebeſitz und in Bamberg) und das ſchließliche Finale waren 6000 fl. Strafgeld an Ansbach, wegen — Geldmangels dortſelbſt, womit die Regierung zufrieden war und die Juden zufrieden ſein mußten.

Die Ansbacher Forderungen bestunden in dem Recht der Aufnahmsbewilligung, Eintritt des christlichen Gerichts als Berufungsinstanz, Aufnahmsgebühr, Bestätigungsrecht der Barnossen und Gleichheit bei den Wahlen. Bamberg dagegen untersagte die Gemeinschaft mit den Ansbachern und befahl, denselben Synagoge und Begräbniß zu verweigern, was aber als der Religion zuwider zurückgewiesen wurde. Zur Zeit des Reglements hatte Ansbach nun selbst seine Juden „hinübergewiesen," so daß die ganze Judenschaft unter Bamberg stund, ohne deshalb von ersterem ganz unabhängig geworden zu sein.

Durch den bald erfolgten Tod des Domprobstes Freiherrn v. Guttenberg, gingen viele Wohlthaten des Reglements verloren. Der neue Regent, Graf Schönborn, ließ am 9. August 1723 in der Synagoge ein Dekret verlesen, nach welchem das Recht der Aufnahme, der Gemeinde genommen wurde und an die Domprobstei überging, oder vielmehr übergehen sollte, die nunmehr ein Aufnahmsgeld von 8 Speciesdukaten (resp. bei Verheirathungen 4 Dukaten) erhob. Von der Nebenschule wurde Handlohn gefordert, und die dompröbstische Bestätigung der Barnossen eingesetzt. Bei Hinterlassenschaften mußte der Haupterbe den Werth des Vermögens angeben, ein Verhörsgeld von 1 fl. 30 kr. sollte eingeführt, die nach jüdischem Rechte Ehefrauen zukommenden Rechtswohlthaten sollten beschränkt werden. Die Appellation ging an die christlichen Behörden, die Zinsnahme wurde auf 6 Procent herabgesetzt. Man getraute sich nämlich faktisch nimmer, bei fernerer Duldung der Judenfreiheiten, seelig werden zu können (Bamberger Archiv).

Diese Schritte gegen die Juden sind in einem in Bamberg befindlichen, undatirten, 12 Punkte umfassenden Schriftstück begründet, wie folgt:

1) Daß sie das Schutzgeld umgingen, und deswegen Arretirte von Ansbacher Mannschaft aus dem Arrest befreit wurden,
2) daß die Barnossen, dem Herkommen zuwider, alle unter einander nahe verwandt seien,
3) daß sie bei Verheirathungen und Ansässigmachungen Steuer und Aufnahmsgebühr umgingen,
4) die Vormundschaftsakten schlecht verwaltet würden,
5) die Anmeldung neu Einkommender unterlassen wird,
6) die Gemeinde-Bedienten dem Paragraph 4 des Reglements zuwider handeln,
7) sich die neu Angehenden nicht verpflichten lassen,
8) daß sie die Bamberger Appellationsinstanz umgingen und

9) derlei Sachen selbst schlichteten; daß sie
10) ohne Handlohnsentrichtung, zwei neue Schulen errichteten,
11) ein Gleiches mit Nebenschulen geschehen und
12) auch auf andere Weise Lehensgefälle entzögen.

Einsprachen blieben erfolglos und gegen die Umgehung der Aufnahmsgebühr, indem sich junge Fürther auswärts trauen ließen, wurde auf das Schärfste eingeschritten.

So wurde dem Vater des Salomon Ullmann, der sich in Baiersdorf trauen ließ, bei 100 Thaler Strafe befohlen, seinen Sohn binnen 3 Tagen aus dem Hause zu weisen, und auf erfolgte Weigerung führte man die junge Frau in Begleitung von Amtsknechten und Musketieren in's Gefängniß, legte Executionsmannschaft in das Ullmann'sche Haus und arretirte schließlich, trotz Gegenvorstellungen auch Vater und Sohn. Nachdem deren Gefängniß bereits 7 Wochen währte, ein betrunkener Gefängnißwärter den jüngeren Ullmann mit blanker Waffe mißhandelte und ein anderer gemaßregelter Jude Isaak Fränkel vor Schrecken starb, bat man bei dem Markgrafen um Schutz. Gefällig wie man immer war, wenn durch Zuvorkommenheit Bamberg in Nachtheil kam, bewachten nun Ansbacher Bewaffnete das Gefängniß, um die Ueberführung der Insassen nach Bamberg zu verhindren, gingen auch schließlich, nachdem ein nächtlicher Angriff mißlungen, unter Anführung des Ansbacher Geleitsmannes und Cadolzburger Amtsrichters und 29 mit Ober- und Untergewehr versehenen Soldaten, Ausschüssern und Söldnern, zum Angriff über und befreiten gewaltsam die Inhaftirten.

Nun begann wieder der Proceß, 1730 von den Juden auch in Wetzlar anhängig gemacht, gegen welche vor 8 Jahren gefallene Bemerkungen in's Feld geführt wurden — Vergleiche — Neuaufnahme — die Verlängerung der alten Riesenschlange, sich bis 1806 eines kümmerlichen Daseins erfreuend. Uebrigens verfuhr Ansbach bei späterer Gelegenheit (1754) ziemlich ähnlich.

Die letzterwähnten Wirren bezeichnen insoferne einen wichtigen Abschnitt in der Judengeschichte Fürth's, als das bisher von Bamberg verübte Wohlwollen jetzt von Ansbach aus inscenirt wurde, und markgräflicher Einfluß in stetem Steigen blieb. Dies documentirt sich aus dem Vorgehen von 1749, in welchem Jahre der markgräfliche Hoffaktor Ullmann in Fürth ankam, um die Wahl der Barnossen in dem Sinne zu leiten, daß nur mehr ein Drittel Bamberger Unterthanen gewählt werden dürften, die übrigen, insbesonders aber die Cassaführer, Ansbachern entnommen würden. Bamberg schätzte damals die Zahl der jüdischen Haushaltungen auf 300.

Daß dieſe „liſtvolle Gemeinde eine in der Weltgeſchichte nicht bekannte freie Republik durch verſchmitzte Handgriffe“ einführen wollte, ſagt eine Bamberger Deduktion.

Der ſiebenjährige Krieg brachte manches Unheil über die Fürther Juden. Die Preußen, unter Oberſtlieutenant Mayer 1757, requirirten nicht etwa, wie ſonſt üblich, Lebensmittel und Geld, ſondern die „Mauſchelein,“ wie die Juden in einem gleichzeitigen Gedichte benannt wurden, mußten auch Tabatièren, Uhren und Ringe gegen „ewige“ Quittung liefern. Bei der 1762 erfolgten preußiſchen Invaſion unter Kleiſt, mußten die Juden 20,000 fl. contribuiren, bis zu deren Erlag Geißeln, — Barnoß Bendit Hamburg und Caſſier Meier Berlin, mitgeſchleppt wurden. Die chriſtliche Gemeinde, die ebenfalls 16,000 fl. zahlen mußte, übernahm auch 2500 fl. der jüdiſchen Laſt. Oben erwähnter Meier Berlin, ſowie Hofmünzlieferant Löw Kohn erhielten 1763 Zoll-, Geleits- und Mauthfreiheit und durften Ober- und Untergewehr führen.

Ungeachtet der früheren Bedrückungen wurde die Beſitznahme durch Preußen 1792 günſtig aufgenommen. Die neue Regierung verlegte das Banco-Inſtitut von Ansbach hieher (manche iſraelitiſche Häuſer ſollen bereits an 15—20,000 fl. Einfuhrzoll bezahlt haben) und ließ die fernere Jurisdiction der Rabbiner zu; die Statuten der jüdiſchen Gemeinde wurden indeß 1802 revidirt. Eine treffende Charakteriſtik dieſes Zeitraums liefert Beilage I.

Für einen klaren Einblick in das innere Fürther Judenleben ſorgt das ſogenannte Tekunnosbüchlein, eine Sammlung von Vorſchriften, die im Jahr 1728 der Judenrath auf zehn Jahre erließ. Eſſen und Trinken bei Hochzeit, Beſchneidung, bei Feſten und ſonſtigen Anläſſen, nebſt Kleidung und Tracht, war genau vorgeſchrieben, ſomit daraus der Feſtkalender und ſeine Attribute erſichtlich.

Vor der Beſchneidung, bei Anfertigung der Feſtkerzen, war nur eine kleine Aufwartung von 1 Maß Wein, nebſt Bier erlaubt. Am vorhergehenden Freitag Abend war eine größere Mahlzeit, nach den Vermögensverhältniſſen in drei Stufen vorgeſchrieben; das Zuckerwerk durfte nicht vom Conditor entnommen ſein. Am Tage der Ceremonie ſelbſt, folgte wieder eine Mahlzeit, und durfte der bis zu 1000 Thaler Beſitzende 10 Männer und 6 Frauen laden; bei höherem Vermögen bis zu 4000 Gulden waren 24 Gäſte erlaubt, bis 10,000 Gulden 30 Gäſte, darüber deren 36. Die Vorzüge der letzteren Mahlzeitklaſſe waren 3 welſche Hühner, Hechte oder Forellen (beide zugleich nicht); die der dritten Claſſe 2 Hühner,

Sardellen und Lachsfische, davon das Pfund nicht über 20 kr. kostet, welch' letzteres sich bei der zweiten Classe auf 15 kr. reducirt, wobei überdies noch die Weinquantität vorgeschrieben wurde, die in der ersten Classe eine Maß nicht überstieg.

Weitere Mahlzeitfeste fanden statt bei Stiftungen von Gesetzesrollen, beim erstgeborenen Sohn, bei Hauseinweihungen, bei erlangter Gesetzmündigkeit u. s. w. Bei Heirathen folgte dem Verlobungsmahl das des Gürteltauschens, diesem, das der Hochzeit und machte schließlich ein solches des „Schenkweines" am Samstag nachher, bei welchem der Wein von den Gästen gestellt wurde und ein gleiches für die Freunde, am Sonntag den Beschluß. Wer von den Eingeladenen zu spät kam, erhielt nur Suppe und was übrig geblieben war. Früher geschah die Einladung zu Mahlzeiten durch lauten Ruf vor den Häusern, von nun an aber in den Häusern. Zum Tanz und zur Namensgebung durfte indeß in der Nachbarschaft, nicht wie ehedem in der ganzen Gemeinde, gerufen werden; der Ruf zum Flechten des Brauthaares war überall erlaubt.

Fremde Hochzeiter durften weder zum Tanze, noch zum Stein (Sternwerfen) mit Musik auf der Straße ziehen.

Die Mahlzeiten bei Gelegenheit des Aufrufes zur Gesetzeslesung wurden auf Thee, Kaffee, Früchte und dürre Zunge beschränkt.

Die Hochzeitsmahle und die Gastzahl richtete sich wieder nach Vermögensklassen. Dabei waren drei Spielleute und ein Lustigmacher erlaubt, als welch' letzterer „der Löw" erwähnt wird. Spiel mußte um Mitternacht, Tanz um die Stunde des Abendgebets beendet sein. Das sogenannte Heimspielen und Ständchen waren verboten.

Stieg das Vermögen der Neuvermählten auf 5000 fl., so wurden den Verwandten Hemden zum Geschenk gegeben, jedoch ohne Spitzenbesatz; auch arme Leute, die bereits 15 Jahre in der Gemeinde waren, wurden derart beschenkt. Entferntere Freunde ꝛc. erhielten Krägen.

Bevor der Segen über die Mahlzeit gesprochen war, durfte nicht geraucht, auch weder Kaffee noch Thee genossen werden.

Das Einholen der Braut oder des Bräutigams sollte nur mit einer Kutsche oder einem Pferde geschehen.

Die Tracht wurde speciell geregelt. Drap d'or, Gold- und Silber-Brocat, war ausgeschlossen, ebenso Damast; doch konnten diejenigen, die bereits Mäntel von letzterem besaßen, solchen austragen. Ziemlich gleiche Vorschriften existirten für seidene Mäntel und Sammtröcke. Seidene Strümpfe waren Sabbathtracht. Gold- und Silberzwickel an denselben, gestickte

Hauben, ſilberne Mantelſchließen, chagringefütterte Seiden-Röcke, ſeidene Schlafröcke ꝛc. waren verpönt.

Perücken durften nur ungepudert getragen werden. Die Kopfdecke (Talles), die man in der Synagoge trug, mußte ganz weiß ſein. Der große weiße Kragen wurde nur am Samſtag, von Gelehrten jedoch ſtets getragen. Studirende trugen, bei Verluſt der freien Koſt, Krägen. Rothe Mäntel und Roquelaures waren ſowohl hier, als in Nürnberg zu tragen verboten; ebenſo Tabak-Schnupfen in den Schulen.

Für die Frauen mußten die Vorſchriften noch weit zahlreicher abgefaßt werden. Da waren verboten:

Goldene d. i. goldgewirkte Schleier, Perlen- und Drap d'or-Hauben (bei hohen Feſten jedoch erlaubt), Kleider von Sammt, Drap d'or, mit gold- oder ſilbergeſtickten Blumenbordüren, Damaſtmäntel (nur an Feſttagen geſtattet), Reifröcke, Nachtmäntel (nur im Hauſe unbehandet), aufgeſteckte Mantou (Mantillen), lange Contouchen (Ueberwürfe), geſtickte und verbrämte Schuhe und Pantoffel, goldene, ſilberne und diamantbeſetzte Gürtel, Armſpangen, Perlen- und Edelſteinſchnüre, Goldketten, Halstücher mit weißen Spitzen, Gold- und Silberverbrämung, goldene und goldfadendurchwirkte Knöpfe, geſtickte Handſchuhe (zwei Finger breite Stickerei war erlaubt), kurze Schürzen, Pfläſterlein (ausgenommen die aus Geſundheitsrückſichten aufgelegten) ꝛc. ꝛc. Corſetten „ſind auch im Haus verboten, weil es eine ſchändliche Gewohnheit iſt, wenn man keine anderen Kleider darüber an hat."

Bei den meiſten der Vorſchriften nahm man Rückſicht auf die, welche derlei Sachen bereits beſaßen und erlaubte das Abtragen derſelben.

In den Straßen und nach Nürnberg zu gehen war in Seidenkleidern geſtattet.

Eine Frau oder ein Mädchen, die ohne Aufſeher hauſiren ging, wurde in der Schule als freche Dirne ausgerufen; ebenſo durfte die Magd bei dunkler Zeit nur mit Aufſeherbegleitung ausgeſchickt werden.

Frauen, Mädchen und Mägde durften nur in den Romings- und Schmelzen-Garten gehen, die Männern als Beſuchsorte verboten waren. Mann und Frau durften überall einkehren. Studirende durften unter der Woche nicht ausgehen.

Geſchenke von Brautleuten und Verwandten unterlagen den geſetzlichen Beſtimmungen.

Verfehlungen zogen Geld- und Ehrenſtrafen nach ſich, und ſcheinen dieſelben nicht gerade unhäufig geweſen zu ſein.

Bezüglich des Verbots des Kartenſpiels curſirte der Witz, es ſei dies verboten, bei Tag ohne Geld und bei Nacht ohne Licht.

Die Zahl der Gemeinde betrug 1716 gegen 400 ſteuerbare Familienväter, gegen Ende des 18. Jahrhunderts bei 2400, im Jahre 1807 2673 Seelen, welch letztere Zahl indeß lange nicht mehr erreicht wurde; die Würfel'ſchen Angaben von 6000 Seelen ſind unſinnig.

Die Geſchichte des laufenden Jahrhunderts liegt klar vor Augen. Der erſten Hälfte deſſelben war es vorbehalten, längſt zerrüttelte Inſtitutionen, welche durch Gewohnheit und Standesvorrechte noch im Staatskörper figurirten, zu verdrängen.

Die durch die franzöſiſche Revolution hervorgerufenen Bewegungen linderten in ihren weitgehenden Folgen nicht nur den Gegenſatz zwiſchen den chriſtlichen Confeſſionen, ſondern auch den zu den jüdiſchen Einwohnern. Der Geſetzgebung war es nicht mehr möglich, letztere als außerhalb der Geſetze ſtehend zu betrachten und, wenn auch noch vielen Ausnahmszuſtänden unterworfen, wurden ſie doch Bürger des Staats mit allen Rechten und Pflichten. Die Zeit überholte dabei Juden ſowohl, als den Staat. Die Unbequemlichkeiten der neuen Pflichten und Laſten erſchien den erſteren nicht gerade erbaulich, zumal eben der Staat einzelne vorweltliche Judenbeſtimmungen (Edict § 2) wieder neu einführte. Allein dieſe kleinen Hemmniſſe — und wo wären ſolche bei Ereigniſſen gleicher Art unbekannt — hielten das einmal in's Rollen gekommene Rad nicht auf, deſſen Ziel die vollſtändige Gleichſtellung war, die in ihrer Totalität wohl vor gar nicht zu langer Zeit erreicht wurde. Was jetzt noch fehlt, iſt nicht mehr Aufgabe des Staats, ſondern eine ſolche der Zukunft. Faßt man in's Auge, daß, wie Hänel äußerſt treffend ſagt, ein halbes Jahrhundert der Duldung und mäßiger Freiheit, die Aufgabe löſte, die ein Jahrtauſend hindurch eine Unmöglichkeit ſchien, ſo wird jeder Zweifel an der Ueberbrückung noch beſtehender Gegenſätze ungerechtfertigt erſcheinen.

Mit Beginn des Jahrhunderts ſtund es um die Finanzen der Gemeinde, wenn auch nicht abſolut ſchlecht, ſo doch minder gut als im vergangenen Jahrhundert. Den Einnahmen von 20,000 fl., aus Vermögensſteuer (ca. 10,000 fl.), Scharrgefällen (ca. 8000 fl.), Einlag-, Eintritts-, Hochzeits- und Jahrgeldern (1050 fl.), Immobilienerträgniſſen (876 fl.), Thora- Schulſtand- und Grabgeldern (700 fl.) und Stiftungszinſen ꝛc. beſtehend, ſtunden 18,000 fl. Ausgabe — 9700 fl. Verwaltung, 960 fl. Unterricht, 6500 fl. Wohlthätigkeit, 850 fl. religiöſe

Zwecke — gegenüber. Der Stock der Stiftungen betrug 85,274 fl. Außerdem aber waren auch 14,500 fl. Privatschulden, meist nicht gesicherte Curandengelder vorhanden und mußten jährlich 5000 fl., wegen der Cautionseinlagen, an Zinsen gutgeschrieben werden. Dazu kamen dann noch vielerlei Rückstände, die bis 1821 auf 32,000 fl. stiegen. Das Verlangen nach Reformen stieg zwar stetig, die Reformen selbst wurden wie es scheint durch den damaligen Rabbiner Salomon Kohn, einem Manne von reinstem Wollen und strenger Rechtschaffenheit, — vereitelt. Der Aufgabe, als Leiter der Gemeinde, mit dieser, der Zeit die Hand zu reichen, war er nicht gewachsen und gerade jetzt, war nur der Tüchtigste gut genug.

Wichtige Momente und Thatsachen zur Geschichte dieses Jahrhunderts, soweit sie die Fürther Judengemeinde und die socialen Beziehungen seiner Mitglieder betreffen, seien hier chronologisch erwähnt.

1806 wurde die Bank nach Nürnberg verlegt.

1809 am 4. März wurde Dr. Königswarter, der bekannte Wohlthäter seiner Vaterstadt, geboren.

1812 beginnen die jüdischen Geburtsregister.

Am 10. Juni 1813 erschien ein die Juden in Bayern betreffendes Edict. Minister Montgelas erklärte sich 1814 bereit, bis zur näheren Prüfung der Fürther Verhältnisse, das Reglement von 1719 ausnahmsweise in Geltung zu lassen. Die Fürther Juden bestunden damals aus 637 Familien.

1815 erscheinen die Juden zum ersten Mal in der Bevölkerungsliste.

1816 wurde unter wesentlicher Mitwirkung jüdischer Bürger das Theater errichtet.

1818 wurden in Gemeindesachen diejenigen Juden, die Gewerbe-, Haus- und Grundsteuer bezahlten, als stimmfähig aufgenommen, andere jedoch weggelassen. Durch eine Ministerialconferenz wurde die Juden-Corporation als aufgelöst erklärt, der auf religiöse Verhältnisse und Stiftungen basirte Verband unter administrative Oberaufsicht gestellt, die persönliche Theilnahme der Juden am Stadtregiment als wünschenswerth bezeichnet und in, die Juden besonders berührenden Fällen, deren Erinnerungen gewährleistet.

1819 eröffnete ein jüdischer Arzt Dr. J. Feust dahier seine Praxis.

1820 wurde das Reglement von 1719 gänzlich aufgehoben. Als Seperatbestimmungen blieben: Die bisherige Matrikelzahl soll unter Einrechnung der Auswärtigen, welche sich durch Beiträge in Fürth Incorporationsrechte gesichert

hatten, aufrecht erhalten, aber nicht vermehrt, der Beſitzſtand in Bezug auf Brauereien und Wirthſchaften gewahrt werden (die Betreibung ſolcher war in Bayern excl. Fürth verboten). Ferner wurde noch beſtimmt, daß das Stadtgericht Fürth in allen Geſchäften der freiwilligen Gerichtsbarkeit, die allein competente Stelle ſei, an welche die bisher von den Rabbinern geführten bezüglichen Akten abzuliefern ſeien.

Der Perſonalſtand der iſraelitiſchen Cultus-Gemeinde war damals folgender: 1 Oberrabbiner, 5 Unterrabbiner, 9 Barnoſſen, 3 Kaſſiere, 1 Kahlſchreiber, 2 Beglaubiger, 1 Hoſpital- und 1 Wundarzt, 3 Vorſänger, 1 Schulrufer, 1 Schulklopfer, 1 Almoſendiener, 1 Spitalverwalter, 2 Krankenwärter, 2 Schächter, 1 Scharrinſpektor, 2 Scharrſchreiber, 1 Scharrdiener, 18 wohlthätige Brüder erſter und 24 zweiter Claſſe, 15 wohlthätige Schweſtern und 2 Grabſteinhauer.

Die jüdiſchen Geſchäfte beſtanden in 37 Ausſchnitt-, 5 Band- ꝛc., 6 Glas-, 11 Juwelen-, 2 Leder-, 8 Manufaktur-, 1 Papier-, 3 Modewaaren-, 8 Specerei- und 11 Tuchhandlungen, in 13 Bankiers, 12 Senſalen, 3 Collekteuren; ferner waren noch 1 jüdiſcher Leihbibliothekbeſitzer, 98 Landkramhändler und 8 Garköche am Platze. Zu den Künſtlern zählte ferner 1 jüdiſcher Buchdrucker. Dazu kam noch 1 Arzt, 1 Wundarzt, 2 Hebammen und 1 Zahnarzt. Die Kopfzahl der jüdiſchen Gemeinde betrug gegen 2500. Die jüdiſchen und chriſtlichen Kinder waren in den Volksſchulen ungetrennt. Drei Jahre ſpäter (1822) wollte man an eine Trennung gehen, wovon jedoch, nach erfolgter Proteſtation von Seite der Juden, Abſtand genommen wurde. Kinder aus dem Stamme Cohen waren nicht volksſchulpflichtig, da das Schulhaus auf einem Leichenacker ſtund, und ſolchen ein Grab zu überſchreiten nicht geſtattet war; ihr Unterricht ſtand jedoch ebenfalls unter Controle der Schulcommiſſion.

1821 wurden als Oberrabbiner Joſua Bär Herzfelder aus Rawiz, Moſes Minz aus Altoven und Lazarus aus Micolos gewählt, ſämmtlichen aber die landesherrliche Beſtätigung nicht ertheilt; die noch in Fürth befindlichen Unterrabbiner kamen nicht zum Vorſchlag. Der Regierung war es offenbar darum zu thun, geordnetere Verhältniſſe herbeizuführen und erachtete ſie die Wahl eines geſetzlich befähigten Inländers für unerläßlich, der den nothwendigen Reformen nicht die Starrheit ſeines Vorgängers entgegen ſetzte, welch' letztere Richtung allerdings in der Gemeinde noch viele Verfechter fand.

1822 wurde zu einer Neubildung der Gemeinderepräſentation geſchritten und ein Ausſchuß von 5 geſchäftsführenden Mitgliedern (darunter ſpäter immer ein Rechtskundiger), die nicht untereinander verwandt ſein durften, gewählt, dem der Magiſtrat einerſeits und 15 weitere Bevollmächtigte andererſeits controllirend zur Seite ſtanden. Durch die neue Verfaſſung kehrte auch die Ordnung der Finanzen, wenn auch nicht ohne Arbeit, zurück. Bis 1859 ſtieg das Geſammt-Vermögen auf 125,549 Gulden, welches mit 59,393 Gulden belaſtet war.

1825 erſchien ein Reglement für die Scharre. Unter 13,264 Einwohnern waren 2510 jüdiſche.

1826 wurde in der Mühlgaſſe Nr. 14 ein iſraelitiſches Frauenbad neu eingerichtet.

1828 wurde eine jüdiſche Ausſteueranſtalt, die jährlich zwei unbemittelte Bräute ausſtattete, gegründet. Kopfzahl der iſraelitiſchen Gemeinde: 2531 Seelen.

Von den 11 iſraelitiſchen Großhandlungen zahlte eine 30,000 fl., vier andere 15—24,000 fl. Mauthgefälle.

1829 im Februar eröffnete Dr. Weichſelbaum aus Pretzfeld ſeine ärztliche Praxis.

Im Juni wurde die, der Gemeinde geſetzlich zuſtehende Wahl eines (Ober-) Rabbiners befohlen. Der Wahltermin wurde auf Proteſtation hinausgeſchoben, von Seite der Regierung aber die Caſſirung des Gemeindewahlrechts und eigenes Vorgehen bei Nichteinhaltung des Termins in Ausſicht geſtellt. Nach weiteren Remonſtrationen und Verhandlungen, ſowie zwei reſultatloſen Wahlgängen wurden endlich

1830 am 24. Dezember die beiden Candidaten, Rabbiner Roſenfeld aus Bamberg und Dr. Löwi aus Uhlfeld, der Regierung von der Gemeinde in Vorſchlag gebracht. Die Kreisregierung ſetzte ſofort am 30. Dezember Dr. Löwi als Rabbiner ein, auf erhobene Beanſtandung jedoch, wurde die Wahl erſt 1831 am 10. März höchſten Orts ſanctionirt, die nun nicht mehr eine definitive, ſondern nur eine proviſoriſche Stellung ſchuf. Am 21. März 1831 wurde der neue Rabbiner, zu deſſen Ernennung die Gemeinde ſich in jeder Hinſicht gratuliren konnte, zu einem vieljährigen ſegensreichen Wirken eingeführt, durch welches er ſich bei Jedermann die höchſte Achtung errang und die Gemeinde in Bälde in geordnete Verhältniſſe gebracht wurde. Im Jahre der Einſetzung Löwi's wurde die Hauptſynagoge einer völligen Renovirung unterworfen, die Direktor Reindel von Nürnberg leitete und welche einen Koſtenaufwand von 9336 fl. verurſachte. Beim Bau ſowohl, als bei der Ausſchmückung war die freiwillige Spendung namhafter Beträge oder Werthe

ſehr erfreulich und trug außerdem der Verkauf der Synagogenſitze 8945 fl. Ein weiterer iſraelitiſcher Arzt, Dr. Mack aus Altenkunſtadt ließ ſich in dieſem Jahre hier nieder. Kopfzahl der Iſraeliten 2515.

1834 wurde als erſter iſraelitiſcher Rechtsanwalt in Bayern Dr. Grünsfeld in Fürth angeſtellt.

1838 brannte das Kaufmann Schopflocher'ſche Haus in der Guſtavſtraße nieder, wobei unglücklicher Weiſe der eben heimgekehrte junge Hirſch Schopflocher in den Flammen umkam.

1840 ſtieg die Zahl der jüdiſchen Einwohner auf 2950 (nach der amtlichen Statiſtik bedeutend weniger), endlich alſo wieder eine Steigerung gegen 1807. Cremieux, vom Oriente zurückkehrend, wurde auf ſeiner Durchreiſe feſtlich empfangen.

1841 brannte das für die Todtenbrüderſchaft beſtimmte Häuschen auf dem jüdiſchen Friedhofe in Folge Blitzſchlags nieder; auch gelangte in dieſem Jahre eine iſraelitiſche Leichenzugordnung zur Geltung.

1843 trat für Dr. Feuſt, der mit Tod abging, Dr. Hollſtein in deſſen ärztliche Praxis. Rabbiner Dr. Löwi war in dieſem Jahre Mitbegründer des Gewerbevereins. Der abgebrannte iſraelitiſche Gemeindeſtadel gelangte nicht mehr zum Aufbau.

1846 wurde nach 14jährigen Vorarbeiten, gedeckt durch Legate (Königswarter ꝛc.), eine freiwillige Sammlung ꝛc., das neue jüdiſche Hoſpital mit einem Aufwand von 19,056 fl. vollendet. Das alte dient nunmehr als Wohnung des Friedhof-Aufſehers.

In dieſem Jahre trat Dr. Landmann ſeine ärztliche Praxis an.

1848 wurden vom iſraelitiſchen Gemeindevorſtand 1000 fl zur Vorſchußkaſſe für bedrängte Gewerbtreibende abgegeben.

1849 trat Dr. C. Feuſt die Advokatenpraxis an, Dr. Morgenſtern wurde als Landtagsabgeordneter gewählt.

1850 wurde der Antiquitätenhändler Pickert zum Hofantiquar ernannt. Der Talmudiſt Wolff Lippmann Hamburger, unter deſſen Leitung längere Zeit die rabbiniſche Hochſchule ſtand, ſtarb in dieſem Jahre. Dr. Löwi war noch ein Schüler deſſelben.

1851 wurde zum erſten Male ein Iſraelite — Salomon Berolzheimer — in die Stadtvertretung gewählt. Die Zahl der Iſraeliten war 2649.

1852 betrug die Kopfzahl der Nichtchriſten nach der amtlichen Statiſtik 2651.

1853 wurden die Eingangsportale am Synagogenhof gebaut.

1854 vermachte Banquier Simon Königswarter bedeutende Legate an Anſtalten aller Confeſſionen und zwar: 300 Gulden für Arme, 200 für das chriſtliche Hoſpital, 100 für die katholiſche Kirchenſtiftung, 2000 für das iſraelitiſche Hoſpital, 2700 für iſraelitiſche Arme, 200 für die iſraelitiſche Waiſenanſtalt. Sein Sohn Dr. W. Königswarter gründete zu ſeines Vaters Ehre 1855 die Simonsſtiftung, durch ein Capital, deſſen Zinſen als Preiſe an wackere Geſellen und Lehrlinge (die erſte Vertheilung fand 1857 ſtatt) vertheilt werden. Derſelbe ſpendete von dieſem Jahre an alljährlich am Todestage ſeines Vaters 100 fl. zu gleichen Theilen für jüdiſche und chriſtliche Arme.

1856 ſtiftete derſelbe unter dem Namen „Eliſabeth Königswarter'ſche Stiftung" weitere 2000 Gulden, deren jährliche Zinſen einer oder zweien hülfsbedürftigen iſraelitiſchen Familien zugetheilt werden ſollten. Das jüdiſche Spital wurde in gleichem Jahre weiter bedacht durch Moritz Rindskopf mit 500 fl., Roſette Mühlhäußer mit 100 fl., Louis Weinſchenk mit 500 fl. und Daniel Berolzheimer mit 200 fl.

1857 ſtiftete Jakob Brandeis 200 Gulden zur Unterſtützung iſraelitiſcher Handwerker. In gleichem Jahre bildete ſich ein iſraelitiſcher Männergeſangverein.

1858 kam Advokat Dr. Gunzenhäuſer hieher. Das iſraelitiſche Hoſpital wurde in dieſem Jahre mit je 100 Gulden von Jeanette Heilbronn und Abraham Fränkel bedacht. Im ſelben Jahre ſtarb der als Orientaliſt bekannte David Ottenſoſer.

1860 ſtellte J. Dinkelsbühler einen Gartenantheil dem Turnverein als Turnplatz zur Verfügung. Die diesjährigen Erſatz-Wahlen für den jüdiſchen Verwaltungsausſchuß fielen in antiorthodoxem Sinne aus. Dr. Lewes gründete einen Schachklub.

1861 bildete ſich ein Verein zur Unterſtützung durchreiſender Iſraeliten, wodurch vornehmlich dem Hausbettel geſteuert wurde. Zu einer Stipendienſtiftung für Ausbildung in Kunſt und Wiſſenſchaft ſteuerte die iſraelitiſche Cultusgemeinde 150 Gulden bei. Auch Rabbiner Dr. Löwi betheiligte ſich durch anſehnlichen Beitrag. Zahl der Iſraeliten nach der amtlichen Statiſtik 2651.

1862 bildete ſich ein iſraelitiſcher Holzvertheilungsverein. Dr. Ortenau wurde Notar.

1863 eröffnete Dr. Wiener ſeine ärztliche Praxis. Der neu gewählte Handelsrath wählte S. Berolzheimer zum Vorſitzenden. Die iſraelitiſche Bürgerſchule wurde am 18. Oktober eröffnet. Als erſter iſraelitiſcher Richter in Bayern wurde Erſatz-Richter S. Berolzheimer am Handelsgericht ernannt. Dr. Brentano wurde als Lehrer an der Handelsſchule angeſtellt.

Max Neubauer wurde erſter iſraelitiſcher Magiſtratsrath. Der iſraelitiſche Schulverein baute ein Schulhaus.

1864 kam Advokat Dr. Kronacher hieher. Die Synagoge wurde renovirt und vergrößert, das iſraelitiſche Hoſpital um ein Stockwerk erhöht.

1865. S. Berolzheimer wurde Delegirter zum deutſchen Handelstag. Dr. Brentano wurde Rektor der k. Gewerb- und Handelsſchule.

1866 vergrößerte Dr. W. Königswarter den Fond der Simonsſtiftung um 500 fl.

1867 beſchied die Regierung die Iſraeliten zur Mitbelaſtung bezüglich der Armenpflege. Kaufmann Ollesheimer wurde Meiſter vom Stuhl der hieſigen Loge. Dr. W. Königswarter erhielt das Ehrenbürgerrecht. Dr. Morgenſtern und S. Kolb wurden Vorſtände des Handelsrathes. Zu Ehren des Dr. Gabriel Rießer in Hamburg, errichteten Gemeindemitglieder eine Stipendienſtiftung für bayeriſche Iſraeliten; Rießer wirkte vornehmlich für bürgerliche Gleichſtellung. Dr. Ortenau wurde Landwehr-Regiments-Auditor. Kopfzahl der Gemeinde nach der amtlichen Statiſtik: 3116.

1868 wurde Maier Lieſer Ergänzungsrichter am Handelsgericht. Advokat Dr. Feuſt erhielt an ſeinem 70. Geburtstag den Michaelsorden. Die hebräiſche Buchdruckerei wurde aufgehoben.

1869 wurde Julius Berolzheimer Advokat. Dr. Kronacher wurde als Landtagscandidat aufgeſtellt. Ein neu entſtehender kaufmänniſcher Verein wählte Moritz Böhm zum Vorſtand. In das Bezirksgremium wurden J. B. Morgenſtern, Jakob Mohr und Moritz Ullmann gewählt. Dr. Lewi erhielt den Michaelsorden. Bei der Einführung confeſſionell gemiſchter Schulen ſtimmten von 624 ſtimmberechtigten Iſraeliten 411 dafür, Niemand dagegen. Drei Iſraeliten kamen in das Magiſtrats-Collegium, Dr. Landmann wurde Vorſtand der Gemeindebevollmächtigten, S. Berolzheimer Landrath.

1870 trat der Arzt Dr. Lehmann ſeine Praxis an. Unter Betty Kolb bildete ſich ein Frauenverein. Bei den auf den Krieg bezüglichen Hülfscorporationen betheiligten ſich Iſraeliten in jeder Weiſe zahlreich. Dr. W. Königswarter ſtiftete 100 fl. für die Stadtbibliothek. Die iſraelitiſche Leichenhalle wurde in dieſem Jahre fertig geſtellt.

1871. Kopfzahl nach amtlicher Statiſtik 3250.

1873 am 26. Dezember ging der hochgeehrte Rabbiner Dr. Löwi mit Tod ab. Ihm folgte ſein Amtsſubſtitut

Dr. Neuburger, erſt als Verweſer, dann als Rabbiner, beſtätigt am 16. Juni 1875.

1875 zählte die Gemeinde 3317 Köpfe (Nürnberg 2453).

1876 war die Zahl der Behandelten im Hoſpital 26; dazu wurden 22 Pfründner verpflegt. 108,465 M betrug das Vermögen desſelben. Eine Commiſſion hat Armenweſen und Hoſpital unter ſich; für letzteres iſt ein Verwalter als Beamter angeſtellt, ein Gemeindeſekretär und ein Kaſſier. Das Gemeindevermögen betrug 181,765 M excl. Spitalvermögen.

1877. Die Zahl der umlagenpflichtigen Mitglieder betrug 836. Die Armenpflege befindet ſich gegenwärtig in Reorganiſation.

1878 vermachte der Magiſtratsrath Morgenſtern je 6000 M für das chriſtliche und iſraelitiſche Hoſpital, ſowie gleiche Summe für Errichtung eines monumentalen Brunnens. Derſelbe hatte bereits bei Lebzeiten eine Stipendienſtiftung für Gewerbſchüler errichtet.

Aus dieſen auszüglichen Mittheilungen geht von ſelbſt das ſociale Verhältniß der Juden in Fürth hervor. Ihre Zahl ſowohl, als ihre Thätigkeit, räumt ihnen eine Stellung ein, in allen Vorgängen in Gemeinde und Staat ein gewichtiges Wort mit ſprechen zu können. Daß dieſelben nicht etwa einer Partei ſich zuneigen, ſondern den verſchiedenſten Anſichten offen huldigen, beweiſt einen nicht zu unterſchätzenden Fortſchritt, beweiſt, daß nicht mehr die Nothwendigkeit vorliegt, bei allen Anläſſen zuſammenzuſtehen, ſondern daß die Confeſſion tolerirt und der freie Staatsbürger unabhängig von ſeiner religiöſen Ueberzeugung, ohne Selbſtſucht mit eintritt für das Wohl des Staats und der Stadt. Gegenwärtig wirken in den ſtädtiſchen Collegien 4 iſraelitiſche Magiſtratsräthe und 11 Gemeindebevollmächtigte; Vertreter im Landtag iſt Dr. Gunzenhäuſer.

Die rege Handelsthätigkeit, zu bekannt, um näher beleuchtet werden zu müſſen, hat aus Fürth eine weit bekannte Stadt geſchaffen und wenn der Witz auch noch Krieg führt mit „Fürth und ſeinen Juden," mit „Klein-Jeruſalem" und wie die ſonſtigen Bezeichnungen alle noch heißen, ſo ſpielen bei dieſem Witze gar zu oft Neid eine nur florverhüllte Rolle und erzeugt wunderliche, unbegründete Vorurtheile, deren Verſchwinden, ſich jeder Gebildete angelegen ſein laſſen muß.

Nürnberg II.

Die erſten in dieſem Jahrhundert wieder in Nürnberg wohnenden Iſraeliten ſollen zwei Offiziere der Garniſon und zwar ein Hauptmann Marx, der Infanterie und ein Oberlieutenant der Cavallerie geweſen ſein. Die Beförderung zu Offizieren wäre, nach den Mittheilungen, in den Freiheitskriegen geſchehen, in welchen Freiwillige iſraelitiſcher Confeſſion, deren Bildung genügende Garantien bot, zu dieſen Stellen gelangten.

Im Jahre 1820 werden 1, 1822 3 Iſraeliten aufgeführt. In der Volkszählung von 1826 werden 19 Nichtchriſten verzeichnet (für Iſraeliten wurde noch keine eigene Rubrik geführt). Der im Jahre 1839 am Oberpoſtamt angeſtellte Poſtconducteur Joh. Waſſermann gilt gewöhnlich für den erſten, wieder in Nürnberg wohnenden Iſraeliten. Die Bevölkerungszunahme unter den iſraelitiſchen Einwohnern war folgende:

1840	6	als Nichtchriſten
1852	87	aufgeführt.
1861	87	(?)
1864	936	
1867	1254	
1871	1831	(nach) anderer Quelle 1634).
1875	2453.	

Die unter 1861 angeführte Ziffer, dem Werke „Bavaria" entnommen, kann nicht richtig ſein, was ſich aus den ſpäter folgenden Zahlen ergibt.

Der erſte iſraelitiſche Bürger der bayriſchen Stadt Nürnberg war Joſeph Kohn aus Markt-Erlbach, der am 16. Mai 1850 nach hitzigen Kämpfen mit 9 gegen 8 Stimmen aufgenommen wurde.

Am 1. Februar 1859 gründeten die in der Stadt wohnenden Iſraeliten, gegen 50 ſelbſtſtändige Inſaſſen und Bürger, einen Religionsverein. Durch Miniſterial-Entſchließung vom 28. Januar 1862, wurde die Conſtituirung einer Cultusgemeinde geſtattet, zu welcher Zeit bereits ca. 100 iſraelitiſche Familien dahier wohnten.

Erſter Cultusvorſtand war Löb Hopf, dem Maier Bethmann und Anton Kohn folgten; gegenwärtig bekleidet dieſes Amt der k. Rechtsanwalt Dr. Joſephthal.

Den Religionsunterricht ertheilte anfänglich der vom Religionsverein angeſtellte Lehrer Gumpert Fried.

Die Fürther Gemeinde geſtattete den Nürnbergiſchen Glaubensgenoſſen, ihre Todten gegen Erlag der feſtgeſetzten Gebühren auf dem Fürther Friedhof zu beerdigen, was jedoch am 1. November 1863 aufgehoben wurde. Durch Privatübereinkommen mit dem Rabbiner Dr. Löwi in Fürth, bildeten die hieſigen Iſraeliten eine Parochie ſeines Rabbinats. Der neue eigene Friedhof, nördlich der Straße nach Fürth liegend, wurde mit einem Aufwande von 24,160 fl. (Grundſtück, Umfaſſungsmauer, Leichenhaus) 1864 fertig geſtellt und mit der Beſtattung des J. H. Marſchütz, am 28. Februar desſelben Jahres ſeiner Beſtimmung übergeben. Die jetzige Zahl der Stätten beträgt 340.

Im April 1869 begann unter Leitung des Baurathes Wolff aus Stuttgart der Synagogenbau. Die Herſtellungskoſten betrugen 704,000 Mark und konnte das neue Gotteshaus am 8. September 1874 eingeweiht werden.

Jakob Kann ſtiftete ein Capital von 1000 fl., aus deſſen Zinſen die Koſten für Erhaltung des ſogenannten ewigen Lichts zu beſtreiten ſind, deſſen Sohn Samuel die Lampe zum ewigen Licht.

Die Frauen der Gemeinde ließen 2 koſtbare Vorhänge zum Allerheiligſten, ſowie die Decken für das Betpult und die Kanzel anfertigen.

Hopfmann ſpendete ebenfalls einen Vorhang für das Allerheiligſte und Marianne Lerchenthal die dazu gehörigen Decken für Betpult und Kanzel und endlich Leopold Alexander einen Teppich. Die Stickereien ſind meiſt Arbeiten des Goldſtickers Behr.

Die Koſten der Synagoge wurden durch den Verkauf der Synagogenſitze, durch ein Umlage- und ein freiwilliges Anlehen der Gemeindeglieder, ſowie durch Aufnahme von Annuitäten gedeckt. Bei der Synagoge befindet ſich ein Gemeindehaus.

Die nunmehrige Zahl der umlagenpflichtigen Mitglieder beträgt 650, welche in 10 Vermögensklaſſen, d. h. eigentlich in 13, da Klaſſe I bis III ſich immer in 2 Unterabtheilungen ſcheidet, getheilt ſind, deren höchſte 140 M, deren niedrigſte 2 M zur Beſtreitung der Gemeindekoſten zahlt.

Die Leitung und Verwaltung der Angelegenheiten der Cultusgemeinde wird durch die aus dem Vorstande, zwei Beisitzern und dem Kassier gebildete Administration und dem aus 15 Bevollmächtigten bestehenden Ausschuß besorgt.

Als Rabbiner fungirt seit 4. September 1872, der am 28. Mai gleichen Jahres gewählte Rabbiner Dr. Lewin, früher Rabbiner in Zürich.

Im Jahre 1864 bildete sich der israelitische Armenverein, der Ende 1877 408 Mitglieder, mit einem Jahresbeitrag von 9305 M, zählte. Zur Unterstützung durchreisender Israeliten zahlt genannter Verein an den Centralverein in Fürth für 1878 7000 M.

Außer der Fürsorge für hiesige israelitische Arme, liegt auch die für dahier erkrankte arme Israeliten in seinem Bereich.

Für Wittwen- und Waisenversorgung gründete sich 1873 ein Verein, mit einem durch freiwillige Beiträge aufgebrachten Grundkapital von 9000 fl.; die Zahl der Mitglieder beträgt 120; deren Jahresbeiträge, zwischen 10 und 80 M variirend, erreichen die Summe von 4000 M. Das Vereinsvermögen betrug 1877 36,000 M.

Erwähnenswerth dürften noch folgende Notizen sein:

Dr. W. Königswarter stiftete auch hier zu Wohlthätigkeitszwecken 1250 fl.

1869 wurde Advokat W. Frankenburger als Landtagsabgeordneter, 1874 und 1877 als Reichstagsabgeordneter gewählt.

Sophie Kohn stiftete 10,000 fl. zur Gründung eines Polytechnikums.

Der von Fürth hieher gezogene Hofantiquar Pickert starb 1870.

Assessor Berlin wurde als erster israelitischer Assessor im Königreich Bayern am 1. Februar 1874 in Nürnberg angestellt.

In den städtischen Collegien wirken 3 Israeliten; ferner befinden sich hier 6 israelitische Rechtsanwälte.

Was die sociale Stellung der Israeliten in Nürnberg betrifft, so dürfte noch einige Zeit hingehen, bis hierüber ausschließlich Günstiges zu berichten wäre. Einen wesentlichen Einfluß in der Beurtheilung israelitischer Verhältnisse bildet der Reichthum der Gemeinde, eine Eigenschaft, die man auf alle einzelnen Mitglieder derselben überträgt und worüber man gänzlich vergißt, daß auch ein zahlreicher Mittelstand

exiſtirt und daß die Ausgaben zu Armenzwecken außerdem auf eine nicht kleine Anzahl Unterſtützungsbedürftiger hinweiſen. Eine kleine angeerbte, gewiſſermaßen hiſtoriſche, Abneigung läßt ſich nicht ableugnen. Dieſe wird wohl nicht eher verſchwinden, als bis ſich der Grundſatz etwas mehr Geltung verſchafft, daß eine Corporation irgend einer Art und deren Individuen nur dann richtig beurtheilt werden können, wenn die Geſchichte des Ganzen zuvor in's Auge gefaßt und kritiſch unterſucht iſt. Statt deſſen beurtheilt man oft — allerdings ein raſcheres und leichteres Verfahren — nach einem, meiſt ſich ungünſtig abhebenden Einzelnen das Ganze und gewinnt dabei ein vollkommen unrichtiges Bild.

Unter dieſer, gerade in der Neuzeit wieder ſtark hervortretenden Beurtheilungsweiſe leiden confeſſionelle und humanitäre, politiſche, commercielle und geſellſchaftliche Vereinigungen mehr oder minder, leiden ſelbſt ganze Stämme und Nationen.

Man kann dies mit vollem Rechte der herrſchenden, namentlich Zeitungs-Vielſchreiberei, zuſchreiben, die eigner Denkthätigkeit zu ſehr vorgreift, ohne qualitativ dazu berechtigt zu erſcheinen und es wird eine Emancipation von der Tagesliteratur ſicherlich das Urtheil und die Kritik in beſſere Bahnen lenken, als die ſind, in denen man momentan fährt.

Beilagen.

Beilage I.

„Die Verbeſſerung des ſittlichen Zuſtandes der Judenſchaft in Franken betreffend. 1792."

(Akt des Nürnberger Archivs.)

Hochanſehnliche Crayß-Verſammlung!

Die in dem 9. Berathungs Punkt aufgeworfene Frage „wie iſt der ſittliche und Bürgerliche Zuſtand der Juden im Fränkiſchen Crayß zu verbeſſern?" legt abermal dem Ruhmwürdigſten Beweis von der allumfaſſenden Sorgfalt und Menſchen Liebe des Hochfürſtlichen Fränkiſchen Crayß Ausſchreib Amts der Welt vor Augen.

Wir und alle Jüdiſchen Einwohner im Fränkiſchen Crayß insbeſondere fühlen den Hohen werth dieſer großen Fürſten würtigen aufmerkſamkeit auf uns zu tief in Unſren Herzen als daß der Ehrfurchtvollſte Dank gegen Höchſtdaſſelbe in Uns und Unſren nachkomen Je erlöſchen könnte.

Wir ſind auch voll vertrauen und voll freudiger Hofnung auf einen guten Erfolg da die nähere berathung dieſes wichtigen gegenſtandes Einer hochlöblichen Crayß-verſammlung überlaſſen iſt Hochwelche zum Glück für uns und den ganzen Fränkiſchen Crayß nach der allgemeinen Stimme aus den weißeſten Menſchenfreundlichſten und thätigſten Staats Männern Beſteht.

Deſto getroſter wagen wir es aber auch im Namen der Zahlreichen Jüdiſchen gemeine in Fürth und der ganzen Jüdiſchen Nation in Franken Einer hohen Crayß-Verſammlung unſer ſchickſal im allgemeinen ehrerbietigſt zu Empfehlen.

Wir wollen uns Keine beſtimmte Bitte erlauben theils um auch den ſchein einer Unbeſcheidenheit zu vermeiden theils aber um der eignen weisheit und Menſchenliebe Einer hochanſehnlichen Crayß-Verſammlung nicht in mündeſten vorzugreifen.

Nur ſo viel ſeye Uns erlaubt zu bemerken daß bey aller Dultung gelindigkeit und gerechtigkeit unſrer Jezigen hohen Obrigkeiten wofür wir Sie ſegnen und Gott preißen doch immer

noch geſeze und Anſtalten in ganzen der verbeſſerung Unſres ſittlichen und bürgerlichen Zuſtands am meiſten in weg liegen.

Wir wollen zwar nicht läugnen, daß manche unter Uns die vorwürfe von Betrug in Handlen und Faulheit in Arbeiten mit recht vorzüglich treffen! wir glauben aber daß die Menſchen in ganzen betrachtet unter einerley Himmelsſtrich mit gleichen Neigungen Anlagen und fähigkeiten geboren werden und Wir ſchmeicheln Uns daß Einer h. C.=V. Selbſt mehrere durchaus edelmüthige redliche und uneigennüzige Männer aus Unſer Nation bekant ſeyn werden und daß gelehrte wie Moſes Mendelsſohn viele Aerzte und manche Künſtler von Unſer Religion Unſre natürliche Geiſtes Kräfte beweiſen können.

Aber freylich ſo lange wir von Ackerbau von Handwerkern und von allen andern rechtmäßigen Erwerbmitteln ausgeſchloſſen und blos auf den Handel eingeſchrenkt ſind müſſen Unſre Neigungen und Fähigkeiten auch nothwendig eine einſeitige Richtung nehmen und ſie Können nie ſo veredelt und ausgebildet werden wie bey den Chriſten denen Jeder weg zum Erwerb offen ſtehet.

Und auch der für Uns noch allein übrige Nahrungs-Zweig die Handlung wie ſehr iſt dieße nicht für uns beſchrenkt und beſchwehrt?

So dürfen wir vielle Städte und gebiete theils gar nicht Betretten theils müſſen wir mit einem ſchweren Zoll erſt den Zugang erkaufen und doch vor Einbruch der Nacht wieder auswandern. An manchen andern Orten ſind uns ſelbſt die beſte Zweige der Handlung unterſagt und allenthalben müßen wir den drückenten Leib Zoll entrichten, der Uns Politiſch betrachtet unter daß Vieh herab würtiget Uns mit ſchmach und Verachtung deckt und oft den Kleinen verdienſt doppelt und dreyfach verſchlingt, den wir Uns mit Mühe und gefahr an fremden Orten zu verſchaffen ſuchen.

Wir müſſen außerdem den zahlreichen armen theil Unſrer Nation größtentheils ganz allein erhalten und außer den Herrſchaftlichen Abgaben auch noch Synagogiſcher Steuern errichten, ſo daß auch der vermögende theil viel Erwerben muß wenn Ehrlich mit den ſeinigen fort Kommen will und daß der ſinkende bey den mündeſten Unglück gleich zum Bettler wird weil er ſich aus Mangel des vermögens ohne welches Keine Handlung getrieben werden kann mit nichts zu ernähren weis, und nicht einmal ein Botten Lohn verdienen Kann, indem der Leib Zoll mehr als ſein Verdienſt betragen würde.

Dieße wahrhafte ſchilderung Unſrer eingeſchrenkten und druckenden Lage iſt ſchon von vielen Chriſtlichen Regenden Philoſophen und Staats Männern mit wärme anerkannt worden, und nöthigt Uns Unſre fortwärige Erhaltung nur dem Gott der aller Menſchen vater iſt, und dann Unſrer ſparſamen und eingezogenen Lebens Art, ſowie Unſrer Emſigkeit und genügſamkeit an Kleinen profit zu verdanken.

Solte nun auch bey manchen unter Uns der Ruf des Gewiſſens von der Stimme der noth erſtickt werden, ſo glauben Wir doch daß wenn Uns der volle ſchwung der Induſterie die das Erbguth aller Menſchen iſt erlaubt würde auch alle unrechtmäßigen Mittel Zum Lebensunterhalt aufgegeben und nur diejenigen genüzt werden würden welche die Ehrlichkeit laut geſtehen darf.

Wir wollen es nicht wagen, die wohlthätigen folgen für Uns und die ganze Menſchenheit zu berechnen die aus einer weißen Mäßigung und erleichterung Unſers harten Schickſals entſtehen müßten.

Wir ſind aber überzeugt daß Politiſcher nun ſchon ſo viele Jahrhunderte angedauerter Druck Geiſt und Herz verderben und daß vorzüglich nur durch aufhebung oder Milderung deſſelben, der ſittliche und Bürgerliche Zuſtandt eines volks nach und nach verbeſſert werden Kann.

Wir Preißen Uns glücklich daß wir den Zeit Punct endlich erlebt haben wo die Juden ſelbſt von weißen Chriſtlichen Fürſten und Ständen wider als Menſchen mit liebe angeſehen und behandelt werden und wir hofen dereinſt vor den Thron des Gottes den auch wir in Staub und Aſche anbetten und der alle Menſchen Die recht thun Liebt, noch denjenigen Menſchenfreunden einen feuerigen Dank zu bringen welche die erleichterung und verbeſſerung Unſres ſittlichen und Bürgerlichen Zuſtands auf dieße Erde mit wärme umfaßt und mit weisheit und thätigkeit befördert haben.

Der Klugheit und Menſchen Liebe E. h. C.=V. ſtellen wir nun Unſer ſchickſal lediglich vertrauensvoll anheim mit der Ehrfurchtsvollen verſicherung, daß Unſre heiße Dankbarkeit ſo wenig als diejenige tiefſte Ehrerbietung Je in Unſren Herzen erlöſchen ſoll womit wir uns unterſchreiben als

Einer Hochanſehnliche Crayßverſammlung unterthänig gehorſamſte in Namen der ganzen Jüdiſchen Gemeinde in Fürth und allen Jüdiſchen Einwohner in Franken

Fürth den 14. Februarius 1792.

Wolf Neuburger.
Jacob Heule.
Iſaac Marx.

Beilage II.

Nachrichten zur Geſchichte des Judenzolls in Nürnberg

(aus dem königl. Archiv zu Nürnberg).

A. Berechnung

des 10jährigen Ertrags des jüdiſchen Begleitgeldes nach Abzug des Lohnes für die Juden-Mitgeherinnen und die Abgabe für das Thor-Perſonal.

1797 in 1798	. . . .	2573	fl.	54	kr.	—	₰
1798 „ 1799	. . . .	2484	„	13	„	„	„
1799 „ 1800	. . . .	1770	„	15	„	2	„
1800 „ 1801	. . . .	1509	„	39	„	—	„
1801 „ 1802	. . . .	2864	„	52	„	2	„
1802 „ 1803	. . . .	2751	„	45	„	—	„
1803 „ 1804	. . . .	2495	„	40	„	—	„
1804 „ 1805	. . . .	2850	„	3	„	2	„
1805 „ 1806	. . . .	2560	„	39	„	—	„
1806 „ 1807	. . . .	2619	„	—	„	—	„
	Summa	24480	fl.	1	kr.	2	₰

Thut auf ein Jahr im Durchſchnitt . . .	2448	fl. —	kr.
Hiezu die Penſion der 4 noch lebenden Mitgeherinnen	260	„ —	„
Dann der von dem geſammten Thor-Perſonal angegebene Genuß von den Juden	881	„ 28	„
Summa	3589	fl. 28	kr.

B. Verzeichniß der Perſonen

deren Beſoldungen zum Theil auf das jüdiſche Eintritts-Geld radicirt ſind. 1808.

(Abgekürzt mit Hinweglaſſung der Namen.)

1	Kriegsſekretär	400	fl. —	kr.	Kriegsamtl.
2	Kriegsaufbieter . . .	1834	„ 24	„	Perſonal.
3	Wachtmeiſter (am Thor)	389	„ 20	„	
24	Burgerfeldwaibels . .	54	„ —	„	
7	Schützen (am Thor) . .	321	„ —	„	
	Gefreite „ . .	16	„ —	„	
4	Mitgeherinnen (alte Weiber, welche die in der Stadt anweſenden Juden ſtets begleiten und bewachen mußten) . .	260	„ —	„	
	Summa	3274	fl. 44	kr.	

Das Kriegsamtliche Personal gründet seinen Bezug auf das Dekret der kaiserlichen Subdelegations-Commission vom 19. Januar 1798 und auf eine 300jährige Observanz.

Das sämmtliche Thorpersonal und die vormaligen Begleiterinnen begründen ihren Bezug auf eine uralte Observanz.

Bei dem Kriegsamtlichen Personal war früher noch für den Kriegs-Obristen 200 fl. eingesetzt, der zu dieser Zeit schon gestorben war; die obigen Beträge wurden bis zu erfolgtem Tode der Betreffenden als Pension ausbezahlt.

C. Tabellarische Calculation

über den Betrag des jüdischen Begleitgeldes in den verflossenen 10 Jahren mit Gegenhaltung, was solches nach neuem Regulativ ausgeworfen haben würde.

Jahr.	Summa der Juden, Weiber und erwachsenen Kinder, welche in die Stadt gekommen.	Anzahl der Juden, Weiber und Kinder, so das Ordinair ganze, das moderirte oder accordirte Begleitgeld bezahlt haben.	Juden, so mit und ohne Freischein in Justiz- oder Lieferungssachen herein gekommen.	Die Zahl Juden haben bezahlt excl. des Thorgelds und der Mitgeherinnen in Summa		Würden nach neuem Regulativ bezahlt haben den Kopf zu 30 kr. excl. der Kinder unter 12 Jahren	
				fl.	kr.	fl.	kr.
1789	6312	5998	314	2210	43½	2999	—
1790	6707	6427	280	2177	6	3213	30
1791	6486	6160	326	2203	5	3080	—
1792	6266	5922	344	2375	29	2961	—
1793	6281	6112	169	2229	20½	3056	—
1794	6459	6209	250	2415	50	3104	30
1795	6756	5948	808	2355	24	2974	—
1796	7082	6148	934	2429	15½	3074	—
1797	7392	6462	930	2573	54	3231	—
1798	7115	6452	663	2484	13	3226	—
Summa	66856	61838	5018	23454	20½	30919	—

Berechnet

Nürnberg, den 19. April 1799.

D. Außer den gesetzlichen Abgaben waren noch Neujahrsgelder der Juden an den Verwalter des Judenzolls und Naturalgaben s.-g. Lichtgänse in Gebrauch (Königswarter zahlte 1800 10 fl. 20 kr., Jakob Besels 16 fl. 53 kr. Neujahr).

Ueber die Verrechnung des Judenzolls 1798 — 1800 kam es zu Differenzen; der betreffende Beamte wurde als Defraudant bezeichnet, erſetzte jedoch das Fehlende und ſchob die Schuld auf das Unterperſonal, das ſich untereinander ſelbſt verklagte; die Mitgeherinnen, deren eine blind war, wurden als unerſättliche Weibsbilder bezeichnet. 1798.

Auch der kaiſerl. Herr Subdelegatus Schrodt ertheilte in Sachen des Judenzolls Verweiſe, wunderte ſich, daß das Kriegsamt Gehalte bezöge, das militäriſche Amt aber Weibern anvertraut und dieſer wichtige Theil der hieſigen Polizei „der Schürze" überlaſſen ſei. Ferner bemerkte er, daß die „amazoniſchen Polizeidienerinnen" ihre Pflicht nicht erfüllten ꝛc. ꝛc.

Die betreffenden Pflichten gingen 1798 vom Kriegsamt an das Zollamt über.

Kranke Juden, die das Wildbad beſuchten, waren von Abgaben befreit, ihre Anweſenheit aber überwacht und war beim Verlaſſen der Stadt jedesmal Atteſt des Bademeiſters beizubringen.

Der „Hühneraugenjud" Hirſch durfte alle 14 Tage einmal unentgeltlich in die Stadt (1805).

Im Jahre 1800, in welchem Jahre die Mitgeherinnen penſionirt wurden, (Mai 1799 — Mai 1800) überſtiegen die bezüglich der Juden nothwendigen Ausgaben die reſultirenden Einnahmen um 617 fl. 11 kr. 2 ₰.

Am 16. März 1808 hob ein Geſetz den ganzen Judenzollunfug auf, eine Sache, die in den letzten Jahren eine Geſtaltung annahm, bei deren Aktenſichtung ſich das unangenehmſte Gefühl, hervorgerufen durch die kleinlichen Nergeleien, einſtellt.

Beilage III.

Erwähnung der Urkunden, die wegen vorgeschrittenen Drucks nicht mehr im Texte verwendet werden konnten.

Nürnbergische Judenordnung von 1288. Erwähnt in den Göttingischen Anzeigen von gelehrten Sachen. 1775. Stück 54.

Kaiser Ludwig vermacht 1333 ein Dritttheil der fränkischen Judensteuer an Conr. Groß, dem Stifter des Spitals in Nürnberg.

Copien zweier Briefe, der Juden Freythof betreffend. 1381.

Copien zweier Landgerichtsbriefe über etliche von Nürnberg von den Juden acquirirte Höfe und Güter. 1393. 1407.

Ausspruch etlicher Schiedleute zwischen Nürnberg und Ulrich von Ermß, Ritter, der sich etlicher Juden von Ulm angenommen, darin verabschiedet, daß den Juden zu Nürnberg ihre Häuser wieder eingeantwortet werden sollen, und sie nach 5 Jahren solche in Bürgershände verkaufen können. 1403. Nebst 2 weiteren diesbezüglichen Urkunden.

Abschrift etlicher Briefe und Processe gegen die Juden von Citadell. 1410.

König Ruperts Achts-Erklärung gegen die Juden. 1410.

Urthelbrief am kaiserlichen Hofgericht auf der Burg zu Nürnberg.

Immission einer Judenschuld des Raths zu Nürnberg 1410.

(Beide letztere dürften mit Gutta Rappin's Acht zusammen hängen.)

Kaiser Siegmund ertheilt den Juden zu Nürnberg mehrere Privilegien, z. B. daß man ihnen die Schulden bezahle, sie schirmen und ihre Weiber und Kinder nicht zur Taufe bringen soll. 1414. (Aequivalent für 12,000 Gulden, über welche die Quittungen von gleichem Jahre vorhanden.)

Einsatzbrief vom kaiserlichen Hofgericht wegen der Habe des Juden Jakob zu Nürnberg. 1417.

Siegmund verordnet, daß der Bischoff zu Würzburg den Rath und die Juden zu Nürnberg nicht anlangen soll wegen der Streitsache des königlichen Kammerknechts Calner, Jude, gegen die übrigen Juden zu Nürnberg. 1420.

Siegmund erlaubt dem Rath zu Nürnberg, Juden aufzunehmen, zu schützen und zu handhaben, zu beurlauben (1421); dann will derselbe solche Niemandem verschreiben, wenn aber dagegen geschähe, solle es keine Kraft haben; ferner soll der Rath das halbe Judenerträgniß, nebst 1 Gulden Opfergeld von jedem Juden in des Königs Kammer zahlen. 1422.

Siegmund's Privilegium, daß Herzog Johann, Pfalzgraf, die Nürnberger Juden mit keinem Landgericht oder anderen Gerichte beschwere, oder an ein solches vorlade. 1425.

Siegmund erklärt, daß sein an Pfalzgraf Johann erlassener Befehl, von der Judischheit in deutschen Landen den halben Theil ihres Gutes zu nehmen, die Judischheit zu Nürnberg nicht berühren soll. 1425.

Siegmund's Achterklärung wider Hattmar von Laber, der etliche Juden zu Nürnberg, so an des Reiches Kammer gehören, ohne geistliches Recht wider ihre Freiheit zu laden sich unterstanden. 1426. Mit Conrad von Aufseß's Achtserklärung gleichen Jahres.

Siegmund befreit die Juden zu Nürnberg von der Theidigung des Erkingen von Seinsheim. 1429. (3 Urkunden.)

Siegmund's Bestätigung der dem Rath 1422 gewährten Privilegien. 1433. (2 Urkunden.)

Ein markgräflicher Jude zum Stain ladet etliche Juden zu Nürnberg an das Landgericht des Burggrafthums Nürnberg, weshalb dieselben, wie Markgraf Albrecht schreibt, von Markgraf Friedrich angewiesen, dem Kläger gegen den Beklagten zu verhelfen. 1440.

Kaiser Friedrich quittirt den Juden zu Nürnberg 700 fl. empfangene Ehrung, befreit dieselben 8 Jahre von aller Beschwerung und befiehlt dem Rath der Juden 4000 fl. (aus den 7000) an Hanns Mühlfelder zu zahlen. 1442. (4 Urkunden.)

Derselbe bestätigt dem Rath die ertheilten Judenprivilegien. 1442.

Manne, Jud zu Nürnberg und Liebaug sein Sohn, wollen Alles thun, was der Hochmeister zu Bamberg bezüglich ihrer Irrungen mit den Juden David von Mannheim ausspricht. 1442.

Acta, einen Anlaß mit Jakob Citadell und anderer Juden betreffend. 1450.

Instrument, worin Jakob, Jude von Schweinfurt, 2000 Gulden Forderung an Nürnberg freiwillig aufgibt. 1451.

Kaiser Friedrich quittirt die ihm gegebene Ehrung und bestätigt der Juden Privilegien. 1453.

Hans Cromer und Jacob Guldenmundel empfangen von den Juden für Lucas Kempnater 4600 fl., die der Kaiser angewiesen. 1453. (2 Urkunden.)

Instrument, worin der Rath dem Juden Hirß eine in Beschlag genommene kleine Lade mit Kleinodien angefüllt wieder zurückstellt. 1458.

Inſtrument, worin Moſe, Gunzenhauſer Jude zu Nürnberg, 1000 Gulden, welche er und ſeine Mutter Sarah dem Rathe geliehen, freiwillig übergeben und ſich derſelben verziehen habe. 1459.

Notariatsinſtrument Heinrichen Span, Rathdieners zu Nürnberg, Anſinnen an den Büttel dortſelbſt betr., daß dieſer den Rath der Juden vor Gericht laden ſolle, was der Rath der Stadt als unſtatthaft erklären läßt. 1459.

Literae Bessanonis cardinalis ad consules civitatis Norimbergensis, quod ad Judicam nationem attinet. 1460.

Kaiſer Friedrich beſtätigt der Juden Privilegien, die auf ſein Geheiß Steuer ꝛc. an Markgraf Albrecht von Brandenburg bezahlt haben. 1462.

Ausſpruch Anton Tuchers zwiſchen Johann Kellner und Conrad Mentler zu Nürnberg, eine Judenbürgſchaft und Verſchreibung betreffend. 1464.

Friedrich geſtattet auf die nächſten 6 Jahre der Juden zu Nürnberg Wuchergeſuch und verbietet dem Markgrafen Carl zu Baden ſie zu beſchweren. 1464.

Vor Notar und Zeugen appellirt Hans Volkmaier, Bürgermeiſter zu Nürnberg, im Namen der Stadt gegen ein Gebot, das Markgraf Albrecht als oberſter Landrichter des Landgerichts des Burggrafthums Nürnberg gegen etliche daſelbſt angeſeſſene Juden ergehen ließ, an den Kaiſer. 1464.

Copie Kaiſer Friedrichs, den Juden zu Nürnberg ertheilte, Privilegien. 1466.

Kaiſer Friedrich gebietet Grafen Ulrich zu Würtemberg, die Judiſchheit zu Nürnberg an den erhaltenen Gnaden und Freiheiten nicht zu beſchweren. 1466.

Mandat gleichen Betreffs 1467.

Brief, wodurch dem Juden Jakob von Citadell und Conſorten auf den Tag von Chilian angeſetzt, ſicher Geleit von Nürnberg zugeſagt worden. 1467.

Copien eines Mandats des Kaiſers Friedrich an die Judiſchheit, daß ſie die dem Grafen Ulrich zu Würtemberg übertragene kaiſerliche Commiſſion, ihre Privilegien betreffend, bereitwillig annehmen ſoll. 1467. 1468. (Mit einer weiteren bezüglichen Urkunde.)

Kaiſer Friedrichs Citation, wider Nürnberg erkannt, Jakobs, Juden von Citadell, 2000 Gulden und Schaden betreffend. 1468.

Derſelbe gebietet, daß die Juden in Nürnberg 6 Jahre bei ihren alten Rechten und Gewohnheiten geduldet ꝛc. werden ſollen. 1470.

Procurationis instrumenta unacum testimoniis Christophori Mori et Nicolai Troni - Venetiae Ducis, daß den notariis legalibus bonae opinionis et famae und deren Instrumenten in der Juden Rappischen Sache zu glauben sei. 1471.

Quittung aller Sprüche und Forderungen, so Jakob, Jude von Citadell, als Anwalt Jakob Rappens zu haben vermeint. 1472. (Mit zwei weiteren Urkunden in gleicher Sache.)

Albrecht Kreß, Nürnberger Richter zu Werde, erkennt die Richtigkeit einer Schuldforderung von 20 fl. der Jüdin Mayr gegen Peter Hochhennettel. 1472.

Schön, Jüdin und Freyffel, ihr Sohn, schwören Urfehde wegen ihrer Gefangenschaft, in die sie ob strafwürdiger Händel gekommen. 1474.

Urkunde, die Judensteuer belangend, die Maximilian wegen der Reise nach Italien auf die Juden zu Nürnberg ꝛc. gelegt. 1497. (Mit Akten in dieser Sache.)

Verzeichniß der Judenhäuser, Synagogen und Leichenhöfe, die nach Vertreibung derselben aus Nürnberg verkauft wurden, nebst 4 Notariatsinstrumenten. 1498. 1499.

Acta, betreffend die Verhandlungen der Stadt Nürnberg gegen die Juden zu Fürth und anderen Orten. 1522. (Die Jahrzahl hat mit dem Inhalt nichts zu thun. s. Seite 45.)

Patents an alle Reichsstädte, die Juden betreffend. 1606.

Acta, den Juden Juda zu Fürth und dessen vorhabende Bekehrung betreffend. 1614.

Acta, betreffend die Beerdigung der Todten — besonders der Juden, nach welcher sich vom Magistrat zu Frankfurt erkundigt wurde. 1789.

Beilage IV.

Das israelitische Waisenhaus in Fürth.

Die israelitische Waisenanstalt zu Fürth, die einzige für ganz Bayern und die älteste Deutschlands, wurde im Jahre 1763 gegründet. Der Gründer war Israel Lichtenstadt aus Prag, wohnhaft zu Fürth, der einen Fond von 500 fl. zu diesem edlen Zwecke bestimmte und mehrere Jahre an der Spitze der Verwaltung stand.

Bis zum Jahre 1838 genossen wohl die Waisenknaben ihren Unterricht im Waisenhause, die Erziehung und Verpflegung aber war den betreffenden Müttern überlassen, die aus der Waisenstiftung die entsprechende Unterstützung zu diesem Zwecke erhielten.

Da aber die Erziehung außerhalb der Anstalt eine mangelhafte und auch die Erziehung mit dem Unterrichte in Einklang zu bringen war, wurden neue Statuten entworfen, mit der Bestimmung, daß Erziehung, Verpflegung und Unterricht im Waisenhause von einem eigens hiezu bestellten Waisenvater und Lehrer besorgt werden solle. Nach erlangter Regierungsbestätigung wurde Lehrer Bamberger aus Büchenbach als erster Waisenvater angestellt.

Bis zum Jahre 1845 konnten nur hiesige israelitische Waisenknaben aufgenommen werden. 1845 wurde bestimmt, daß auch Fremde die Aufnahme erlangen sollen, insoferne Hiesige hiedurch nicht beeinträchtigt würden. Im Jahre 1868 wurde der Wirkungskreis derart erweitert, daß nunmehr Waisenknaben vom ganzen Vaterlande bei der Aufnahme dieselbe Berechtigung erhalten, wie hiesige und so befinden sich jetzt 37 Zöglinge in der Anstalt, von denen 35 aus dem ganzen Lande und nur 2 aus Fürth sind.

Aufnahmsfähig sind nun alle in legaler Ehe erzeugten inländischen israelitischen Waisenknaben, nämlich Bayern, vom zurückgelegten 5. Lebensjahre an, die dann in der Anstalt bis zu zurückgelegtem 13., beziehungsweise 14. Lebensjahre verbleiben und während ihres Aufenthaltes in der Anstalt freie Kost, Kleidung und Unterricht genießen.

Im Jahre 1866 resignirte Herr Lehrer Bamberger auf die innegehabte Stelle und die Administration wählte zum Direktor, Waisenvater und Lehrer der Anstalt Herrn Dr. Königshöfer, früher Distriktsrabbiner zu Hagenbach.

Bis zum Jahre 1868 befand sich das Anstaltsgebäude in der sogenannten Geleitsgasse. Da nun aber die Räumlich-

keiten zur Aufnahme einer größeren Anzahl von Waisenknaben zu beschränkt waren und auch das Gebäude an sich, den sanitären Verhältnissen nicht mehr entsprach, so kaufte die Administration einen größeren Bauplatz, dessen Ostseite an der Julienstraße, und dessen Nordseite an der Rosengasse liegt. Hierauf wurde nun das große neue Waisenhaus erbaut und mit einem Garten versehen.

Der Unterricht umfaßt Religionslehre und in den Elementarfächern entspricht derselbe den Anforderungen an eine vollständige städtische Volksschule, während bei den Befähigteren sich der Unterricht auch auf kaufmännische Wissenschaften und fremde Sprachen erstreckt.

Die Einkünfte der Anstalt bestehen in Jahresbeiträgen der Mitglieder, aus Spenden und Legaten. Auch besitzt die Anstalt mehrere Freiplätze. Die betreffenden edlen Menschenfreunde bestimmten die nöthige Summe, aus deren Zinsen stets ein Waisenknabe auf ihren Namen in der Anstalt erzogen wird.

Die Administration der Anstalt besteht aus 9 hiesigen Mitgliedern, die ihr Amt in aufopfernder Weise unentgeldlich versehen.

Druck von Eduard Volkhart in Fürth.